

DEZEMBER 1980

51



NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

PREIS DES MILITARISMUS

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum: _____ Unterschrift des Leiters: _____

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
– Hauptbibliothek –
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305





Nikolai Bubnow,
das Oberhaupt
der Dynastie

Die ganze Familie



Sohn Nikolai befaßt sich
mit der Einführung
von Erfindungen

Tochter Tatjana
an ihrem Arbeitsplatz

Die jüngere Generation:
Tatjanas Mann mit Sohn Sergej



Gespräch mit
einer britischen
Gewerkschafts-
delegation

nen Planjahr fünf sind die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds pro Person von 354 auf 438 Rubel angewachsen.

Sehen wir uns als Beispiel die Arbeiterfamilie Bubnow an. Nikolai Bubnow arbeitet seit 1942 in der Werkzeugmaschinenfabrik „Roter Proletarier“. Dort hat er es vom Arbeiter zum Abteilungsleiter gebracht. Sein Sohn beendete die Betriebsfachschule im Abendstudium und erhielt Fachschul-, danach Hochschulbildung. Jetzt steht er in der Aspirantur. Die Tochter Tatjana absolvierte ebenfalls im Abendstudium die Betriebsfachschule und arbeitet

keine Sozialabgaben und keine Rentenbeiträge.

Die Bubnows sind eine bewegliche Familie. Die jungen Leute haben Touristenreisen in der UdSSR und ins Ausland unternommen. Für die Reiseschecks mußten nur 30% der Selbstkosten gezahlt werden, den Rest zahlt die Gewerkschaft. Auch die Erholung der älteren Familienangehörigen, die ein Sanatorium oder ein Erholungsheim vorziehen, erfordert keine hohen Ausgaben.

So hat die Familie monatlich mehr als 400 Rubel übrig, die zum Kauf von Langzeitgütern oder Büchern, für Theater oder Kinobesuche verwendet werden. Der Familienrat hat die Anschaffung eines PKW beschlossen.

Fotos: R. Denissow

SOWJETUNION IM BILD

Im letzten Planjahr fünf der 70er Jahre ist das reale Pro-Kopf-Einkommen in der UdSSR um 17% gestiegen. Eine bedeutende Rolle bei der Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes spielen die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds. Aus ihnen zahlt der Staat die unentgeltliche Ausbildung und medizinische Betreuung sowie Renten und andere soziale Vergünstigungen. Gegenüber dem vorangegange-

in der Technischen Kontrolle. Nikolai Bubnow hat eine Werkwohnung. Tatjana und ihr Mann bekamen eine Wohnung im gleichen Haus.

Der Gesamtaufwand der Bubnows macht 920 Rubel pro Monat aus. Ausgaben für die medizinische Betreuung, die Ausbildung oder den Kauf einer Wohnung müssen daraus nicht bestreift werden. Die Monatsmiete für die beiden Wohnungen unter Einbeziehung der kommunalen Dienstleistungen (Strom, Heizung, Wasser, Telefon) macht insgesamt 37 Rubel aus. Die Bubnows kennen

DIE HUMANSTE AUFGABE

Tag für Tag lauschen die Menschen dem Pulschlag der Welt: Schlägt er so gleichmäßig wie gestern? Oder unregelmäßiger?

Was in der Welt von heute geschieht, kann niemanden gleichgültig lassen. Der Planet fiebert. Die Entspannungsgegner klirren mit den Waffen, wollen anderen Völkern und Staaten ihren Willen aufdrängen. Einflußreiche Politiker im Westen drohen der Welt mit der „sowjetischen Gefahr“ und heizen damit das Wettrüsten an. Die aggressiven Kreise der USA und der NATO sind drauf und dran, das militärische Gleichgewicht in der Welt zu verletzen und Überlegenheit zu erzielen. Hier wird auf Diktat und Erpressung statt auf den Dialog gleichberechtigter Seiten und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit gesetzt.

Das Leben hat gelehrt, daß alles, was sich auf grobe Gewalt stützt, kurzlebig ist. Keine einzige ernst zu nehmende Frage in der Welt läßt sich mit Waffen lösen. Man kann keine erfolgreiche Außenpolitik betreiben, wenn man die souveränen Rechte anderer dabei antastet.

Leider können nicht alle die richtigen Folgerungen aus den Lehren der Geschichte ziehen und die Wandlungen in der Welt real einschätzen. Nach dem zweiten Weltkrieg, der etwa 55 Millionen Menschenleben gekostet hat, gab es in der Welt 150 bewaffnete Konflikte, denen 25 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Viele dieser Konflikte hätten vermieden werden können, wenn die Staatsmänner des Westens Verantwortungsgefühl und Realität, Vernunft und Geduld gezeigt hätten. Die Völker dürfen wohl Weisheit von denen erwarten, denen die Staatspolitik anvertraut ist. In erster Linie von den Spitzenpolitikern der Großmächte, deren Einfluß auf die Geschicke der Welt unbestreitbar ist. Konfrontation und weitere Zuspitzung der zwischenstaatlichen Beziehungen bergen jedoch ernstliche Gefahren für den Weltfrieden.

Gibt es unter den heutigen komplizierten Voraussetzungen eine Möglichkeit, die zerquälten Beziehungen auf die im vergangenen Jahrzehnt geebneten günstigen Bahnen zurückzuführen? Uns scheint, es gibt sie. Die Weltgemeinschaft hat mehrfach ihre Fähigkeit bewiesen, gemeinsam mit den brennendsten Problemen fertigzuwerden. Erinnern wir uns an den harten Weg heraus aus dem kalten Krieg, hinein in die Entspannung. Wie viele Schwankungen im internationalen Klima mußten überwunden werden: Die Spannungen um Westberlin, die Karibikkrise 1962, die immer wieder eintretende Verschärfung der Situation im Nahen Osten,

Washingtons Indochina-Aggression. Doch die 70er Jahre brachten die Entspannung.

Mit einem Wort, die Weltgemeinschaft verfügt über solide Erfahrungen, die es ihr gestatten, in schwierigen Situationen eine gemeinsame Sprache zu finden. Diese Erfahrungen im gemeinsamen Vorgehen von Ost und West fanden ihren Niederschlag in der KSZE-Schlußakte von Helsinki. Das ist ein wertvolles Kapital. Aber es reicht nicht, sofern die westlichen Staatsmänner nicht den ehrlichen Wunsch zeigen, eine Wende von der Zuspitzung der Konflikte zu ihrer Regelung, von Konfrontation zum Dialog zu vollziehen. Das zu tun, ist nicht einfach, aber unabdingbar. Es ist, wie Leonid Breshnew gerade erst in Delhi sagte, die humanste Aufgabe von heute. Lösen läßt sie sich nur gemeinsam, von allen, die Frieden wollen und für ihn wirken. Eben darin ist, unserer Ansicht nach, jetzt das Hauptkriterium bei der Bewertung der staatlichen Außenpolitik zu sehen.

Was die UdSSR betrifft, bleibt unsere Be trachtungsweise nach wie vor die gleiche, bekräftigte der sowjetische Staatsmann: Wir sind immer bereit, jede Frage in realistischem Geist zu diskutieren. Und wir glauben wie bisher, daß der Dialog die gegenseitige Achtung der legitimen Rechte und Interessen der anderen voraussetzt. Ohne einen vernünftigen Kompromiß auszuschließen, muß der Dialog von der Hauptsache ausgehen, muß sein Ziel der Schutz und die Festigung des Weltfriedens sein.

Nein, nicht im Waffengeklirr liegt die staatliche Weisheit. Viel vernünftiger, wenn vielleicht auch nicht immer einfacher, ist es, den Frieden konsequent und fest zu verteidigen, ohne Provokationen, Druck und Erpressung nachzugeben. Viel vernünftiger auch, die Sicherheit und den Wohlstand seines Volkes nicht auf Kosten der Interessen anderer Länder, sondern auf friedlicher, gleichberechtigter Zusammenarbeit aufzubauen.

Die Bürger der Sowjetunion glauben an die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit, an das Konstruktive des Dialogs zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Leonid Breshnews Besuch in Delhi, seine kürzlichen Gespräche mit dem finnischen Präsidenten Kekkonen in Moskau, der Ausbau der beiderseitig vorteilhaften Beziehungen zu Frankreich und zu einigen anderen westeuropäischen Staaten zeigen, wie begründet dieser Glaube ist. Wir hoffen, daß der gesunde Menschenverstand in der Politik der realdenkenden Staatsmänner des Westens triumphieren wird. Die volksweite Diskussion in unserem Lande anlässlich des XXVI. Parteitags der KPdSU ist von den Gedanken des Friedens durchdrungen.

Ja, unsere Erde macht eine schwere Zeit durch. Um so dringender ist die Hauptaufgabe, auf den bereits gebahnten Weg der Entspannung zurückzukehren.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 51 DEZEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chiefredakteur: M. FIODOROW

Redaktsionskollegium: L. BESYMEŃSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PIETSCHEK (Stellv. Chiefredakteur), W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chiefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die humanste Aufgabe	1
S. Irodow, B. Pitschik — UdSSR—Indien. Stabilität und Dynamik	5
D. Wolski — Persischer Golf. Die Zeit drängt	7
G. Rjabow — Für die Zukunft bewährt	8
A. Stepanow — Verhärtung	9
Peking wechselt die Taktik (Zur Chinareise einer Delegation der KP Spaniens)	10
L. Besymenski — Erfüllen sich die Hoffnungen von Telesforo Fuentes Suárez?	12
W. Kusnezow — NATO. Nicht nur Routine	14
Notizen ◆ Glossen	16
W. Promyslow — Riesenstädte heute und morgen (Interview)	18
Der Preis des Wettrüstens:	
W. Boikow — Was vergeudet wird	20
F. Gorjunow — Umstellung möglich	21
J. Strelzow — Gleiche Schuld!	23
A. Usatow — AAPSO-Pläne	24
Sturm auf die letzte Bastion (Interview mit Alfred Nzo)	24
L. Skuratow — Obote wiedergewählt	26
J. Lomko — Internationale Zusammenarbeit	26
S. Pardera — Italiens Schmerz und Zorn	27
G. Sidorowa — Zum Schutz der Menschenrechte	28
N. Iwanow — DDR. Im neuen Kietz	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Durch Forcierung des Wettrüstens verpulvern die USA und die anderen NATO-Länder enorme Mittel, die dem Wohl der Menschheit hätten dienen können.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 11. Dezember kam der offizielle Freundschaftsbesuch Leonid Breshnews in Indien zum Abschluß. Es wurden eine Gemeinsame Deklaration, ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, ein Handelsabkommen für 1981—1985 u. a. unterzeichnet. (Siehe S. 5.)

■ Das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR erörterten die Ergebnisse des Indienbesuchs Leonid Breshnews, billigten voll und ganz seine Tätigkeit zur Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Indien und brachten die tiefe Genugtuung über die Ergebnisse der Verhandlungen mit Ministerpräsidentin Indira Gandhi und anderen indischen führenden Politikern zum Ausdruck.

■ Das ZK der KPdSU billigte die Ergebnisse des am 5. Dezember in Moskau abgehaltenen Treffens der führenden Repräsentanten der Warschauer Vertragsstaaten sowie die Tätigkeit der von Breshnew geführten sowjetischen Delegation zu diesem Treffen.

■ Auf Einladung der Auswärtigen Kommission der Französischen Nationalversammlung traf am 14. Dezember eine Delegation der Auswärtigen Kommissionen beider Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR in Paris ein. Delegationsleiter: Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender der Auswärtigen Kommission des Nationalitätenwesens des Obersten Sowjets der UdSSR.

■ Am 12. Dezember trafen sich im ZK der KPdSU Boris Ponomarjow und Wadim Sagladin, Kandidat des ZK der KPdSU und 1. stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU, mit einer Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (Horst Schmitt, SEW-Vorsitzender; Dietmar Ahrens, stellvertretender SEW-Vorsitzender, und Harry Fliechtbeil, Vorstandsmitglied).

■ Am 10. Dezember, um 12.26 Uhr Moskauer Zeit kehrten die Kosmonauten Leonid Kisim, Oleg Makarow und Gennadi Strelakow nach erfolgreicher Erfüllung des Flugprogramms zur Erde zurück. Die Landekapsel des Transportschiffes Sojus T 3 landete im vorgeklärten Raum, 130 km östlich von Dsheskasgan. (Siehe S. 8.)



Delhi, 10. Dezember. Bei der Unterzeichnung der sowjetisch-indischen Dokumente.

Foto: W. Mussaeljan und E. Pessow (TASS)

Zum 60. Geburtstag Stanko Todorows, Mitglied des Politbüros des ZK der Bulgarischen KP und Vorsitzender des Ministerates der VR Bulgarien, gratulierten Leonid Breshnew und Nikolai Tichonow ihm herzlich im Namen des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung. Durch einen Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde Todorow mit dem Orden der Oktoberrevolution ausgezeichnet.

Zum 60. Geburtstag Kaysone Phomvihane, Generalsekretär des ZK der laotischen Revolutionären Volkspartei und Ministerpräsident der VDR Laos, gratulierten ihm Leonid Breshnew und Nikolai Tichonow. Durch einen Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde Kaysone Phomvihane mit dem Leninorden ausgezeichnet.

Das Sowjetische Komitee der Freundschaft und Solidarität mit dem arabischen Volk Palästinas verurteilte die Anlegung israelischer Wehrdörfer, die verstärkten Repressalien und Rassendiskriminierungsmassnahmen gegenüber der arabischen Bevölkerung auf den von Israel okkupierten arabischen Territorien sowie die Schritte zur Abänderung des Status Jerusalems und der Golanhöhen. In einer Erklärung des Komitees wird der gerechte Kampf des arabischen Volkes von Palästina unterstützt.

Am 12. Dezember wurden in Moskau sowjetisch-jugoslawische Verhandlungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit 1981—1985 abgeschlossen. Der Handelsumsatz wird in dieser

Zeitspanne mehr als 30 Md. Dollar betragen.

Die UNO-Vollversammlung beauftragte in der Resolution einer Plenarsitzung das UNO-Komitee für den Indik, alles zu tun, um die Vorbereitungen zu einer Konferenz zwecks Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über die Verwandlung des Indik in eine Zone des Friedens abzuschließen, denn das wäre „ein wichtiger Beitrag zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit“.

Auf der Plenarsitzung vom 11. Dezember beging die UNO-Vollversammlung den 20. Jahrestag der auf Initiative der UdSSR ausgearbeiteten und angenommenen Deklaration über Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker. In einem Schreiben Leonid Breshnews an die Tagungsteilnehmer anlässlich dieses Datums heißt es u. a.: „Die Deklaration muß vollständig und ohne weitere Verzögerungen auch auf alle anderen Territorien, die noch Kolonien bleiben, angewandt werden. Es ist Pflicht der UNO, maximal dazu beizutragen, daß kein einziges Volk, kein einziger Mensch kolonial unterdrückt wird.“

Auf der Plenarsitzung des Madrider Treffens vom 15. Dezember wurde einstimmig die Arbeitsordnung für die ersten fünf Wochen der zweiten Etappe des KSZE-Nachfolgetreffens bestätigt. Die zweite Etappe beginnt am 27. Januar 1981. (Siehe S. 12.)

In Warschau fand eine Sitzung der zentralen Schiedskommission für die Zusammenarbeit der PVAP, der Verei-

nigten Bauernpartei und der Demokratischen Partei statt. In ihrer gemeinsamen Deklaration forderten sie ihre Mitglieder zur aktiven Tätigkeit auf, um den Fortschritt bei der sozialistischen Erneuerung im Lande zu gewährleisten. Das grundlegende Prinzip unserer Gesellschaftsordnung, wird im Dokument hervorgehoben, sei die führende Rolle der PVAP, die sie im Zusammenwirken mit den verbündeten Parteien — der Vereinigten Bauernpartei und der Demokratischen Partei — erfülle.

Am 13. Dezember begann in Warschau der VIII. Parteitag der Vereinigten Bauernpartei. Stanislaw Gucwa, Vorsitzender des Hauptrausschusses der Partei, hielt den Rechenschaftsbericht, in dem der Akzent auf den Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erneuerung Polens lag.

Am 12. Dezember kam in der CSSR der traditionelle Monat der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft zum Abschluß. In seinem Zuge fanden Treffen von Massenorganisationen, Belegschaften in Stadt und Land, Angestellten und Studenten mit sowjetischen Gästen, ferner Vorträge und Diskussionen statt. Es gab Veranstaltungen mit mehr als 700 sowjetischen Schauspielern, Literaten und Künstlern.

Die Internationale Demokratische Frauenföderation gab eine Erklärung gegen das Wettrüsten und die Kriegsgefahr, für den Weltfrieden und die Völkersicherheit ab. Die IDFF forderte das Madrider Treffen auf, sich für die von den sozialistischen Ländern vorgeschlagene Konferenz über die militärische Entspannung und Abrüstung in Europa auszusprechen.

Die KP Uruguays rief alle demokratischen Kräfte des Landes auf, sich im Kampf gegen das gegenwärtige Regime, für die demokratischen Freiheiten, für ein besseres Leben der Volksmassen zusammenzuschließen. Das uruguayische Volk habe, heißt es in der Erklärung der KP, bei dem Referendum vom 30. November über den Entwurf der neuen Verfassung einen wichtigen Sieg davongefragt und die Anmaßung des herrschenden Regimes auf die Legalisierung seiner Macht entschieden abgelehnt.

Auf der geschlossenen Plenarsitzung in Wien am 11. Dezember erzielten die Teilnehmer der Rüstungsabbauverhandlungen zur aktuellsten Frage der Verhandlungen — Ausarbeitung des ersten

Abkommens — eine Vereinbarung über das gemeinsame Ziel des Abkommens sowie einen Truppenabbau bei den direkten Teilnehmern der einen und der anderen Seite in zwei Etappen.



In Antsirabe (Madagaskar) besteht ein mit sowjetischer Hilfe geschaffenes staatliches Zentrum, wo z. Z. 200 Personen an belorussischen MTS-Traktoren zu Mechanikern und Traktoristen ausgebildet werden. **Unser Bild:** Dipl.-Ing. Dergatschenko erteilt Unterricht

Foto: W. Jewsejew (TASS)

Laut einer Erklärung des Verteidigungsministeriums der VR Angola griffen zwei südafrikanische Bombenjäger am 7. November über dem Territorium der angolanischen Provinz Cuando-Cubango einen Militärtransporter der VRA an und zwangen ihn, in Namibia zu landen. Zusammen mit dem Flugzeug kaperten die RSA-Piraten die 4 Mitglieder der Besatzung. Das Verteidigungsministerium der VRA verlangte die Rückführung des Flugzeugs und die Befreiung der Besatzung.

Am 12. Dezember schloß im Hauptquartier der NATO in Evre (Belgien) die NATO-Ratstagung als Ausklang der „atlantischen Winterwoche“. (Siehe S. 14.)

Ronald Reagan gab die ersten Ernennungen in seinem Kabinett bekannt: Caspar Weinberger als Verteidigungsminister, Donald Regan als Finanzminister, William Smith als Justizminister, William Casey als CIA-Direktor, Malcolm Baldrige als Handelsminister, Richard Schweiker als Minister für Gesundheits- und Sozialwesen, Andrew Lewis als Verkehrsminister und David Stockman als Direktor der Haushaltswaltung. Alle Ernennungen sind vom Senat zu bestätigen.

Am 12. und 13. Dezember befand sich USA-Verteidigungsminister Brown zu einem Besuch in Japan, worauf er nach Seoul flog. In Tokio verlangte er höhere Haushaltsbewilligungen für militärische Zwecke und eine aktiveren Teilnahme Japans an den militaristischen USA-Plänen.

Dem Aufruf von ungefähr 80 Parteien und Massenorganisationen folgend, demonstrierten über 10 000 Personen in Amsterdam gegen die Aktivierung neofaschistischer und rassistischer Gruppen in den Niederlanden.

Der UNO-Sicherheitsrat verlängerte den Aufenthalt der internationalen UNO-Friedenskräfte auf Zypern bis zum 15. Juni 1981.

In Uganda fanden am 10. und 11. Dezember die Parlamentswahlen statt. Den Sieg errang der Volkskongreß Ugandas unter Milton Obote (mehr als die Hälfte der Sitze im Parlament). Am 15. Dezember wurde Obote als Präsident vereidigt. (Siehe S. 26.)

In Denpasar (Bali, Indonesien) begann am 15. Dezember eine OPEC-Konferenz, auf der die 13 Mitgliedsländer eine einheitliche Strategie bei der Ölgewinnung und Preisbildung angesichts der sich vertiefenden Energiekrise in der kapitalistischen Welt formulieren sollen.

Japans Außenminister Ito begann am 8. Dezember eine Reise durch Westeuropa. Das Hauptziel seiner Besuche in Frankreich, Belgien, Großbritannien, der BRD und den Niederlanden ist der Versuch, die akuten kommerziellen Widersprüche zwischen den EG-Ländern und Japan einzubauen.

Das britische Unterhaus billigte den Regierungsantrag, den Notstand in Nordirland, bei dem Polizei und Armee unbegrenzte Vollmachten haben, zu verlängern.



In Dublin fand eine Protestdemonstration von 40 000 Personen aus verschiedenen Gegenden des Landes gegen die Willkür und die Repressionen der britischen Regierung in Nordirland statt. **Unser Bild:** Die Demonstranten tragen die Bildnisse der Häftlinge des KZ „Long Kesh“ und des Gefängnisses „Armagh“, die in einen Hungerstreik getreten sind, um den Status politischer Häftlinge zu erkämpfen.

Foto: AP-TASS

Die Abkehr Chinas von der Sache des Sozialismus, von den Prinzipien des Internationalismus, die Ende der 50er Jahre begann, nützt nur den reaktionären Kräften. Die Maoisten, die chinesischen Chauvinisten möchten sich die ganze Welt unterordnen. Zum Glück können sie es nicht, sie werden es auch niemals können. China erlebt große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die einfachen Chinesen sind die ersten Opfer der Politik ihrer Regierung. Dagegen imponiert mir die konsequente, würdige und zugleich sehr kluge Chinapolitik der UdSSR.

Antonio CANDIA
Madrid, Spanien

S. Mirskis Beitrag „Aus Angst zur Lüge“ (Nr. 47/80) ist sehr aktuell und enthüllt überzeugend die Lüge von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“. Es ist sehr wichtig, daß Ihre Zeitschrift über die aggressiven Handlungen des USA-Imperialismus, die Einmischung der USA in die Angelegenheiten anderer Länder schreibt. Was für einen Rummel haben die westlichen Massenmedien im Zusammenhang mit sowjetischem Beistand für das Volk Afghanistans aufgezogen! Indessen behalten die Amerikaner ihre Militärstützpunkte auf fremden Territorien bei und suchen ihren Willen souveränen Staaten zu diktieren.

Nikolai SOKOLOW
Gebiet Swerdlowsk, UdSSR

Ich lese Ihre Zeitschrift seit 10 Jahren und möchte meine Eindrücke von der Reise zur Olympiade in der UdSSR mitteilen. Wir waren 20 Personen aus verschiedenen Ecken und Enden Indiens. Wir durften nicht nur den Sportveranstaltungen beiwohnen, sondern auch Ihr schönes Land kennenlernen. Wir — meine Frau und ich — sind Ärzte und freuten uns sehr, Kliniken besuchen und Einblick in die Tätigkeit sowjetischer Ärzte nehmen zu können. Meines Erachtens ist die unentgeltliche medizinische Betreuung eine der größten sozialen Errungenschaften der UdSSR. Ich denke gern an diese Reise zurück und bin stolz darauf, daß Indien zur UdSSR die freundschaftlichsten Beziehungen unterhält.

Dr. Navtej SINGH DHILLON
Pandschab, Indien

STABILITÄT UND DYNAMIK

Vier Tage, vom 8. bis zum 11. Dezember, hielt sich Leonid Breshnew zu seinem offiziellen Freundschaftsbesuch in Indien auf. Der Stellenwert unserer Länder in der Welt von heute, ihr Einfluß, das Ansehen der an den Gesprächen beteiligten Politiker haben das neue sowjetisch-indische Gipfeltreffen zu einem unzweifelhaft herausragenden Ereignis werden lassen.

In der sowjetisch-indischen Deklaration, die die Unterschrift Leonid Breshnews und Indira Gandhis trägt, wird mit tiefer Genugtuung festgestellt, daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten über die Jahrzehnte hinweg eine erstaunliche Entwicklung in einer Atmosphäre der Freundschaft und des Vertrauens erfahren haben.

Gerade in diesem Jahr konnten unsere beiden Völker den 25. Jahrestag der guten und sich noch weiter entwickelnden wirtschaftlichen Zusammenarbeit begehen. Sie erfaßt heute die unterschiedlichsten Bereiche: Industrie, vor allem Schwerindustrie, Landwirtschaft, Erkundung und Verarbeitung von Erdöl, Energetik, Förderung von Bodenschätzen sowie Wissenschaft und Technik, einschließlich Raumforschung. Juri Gagarin, der Indien nach seinem historischen Flug besucht hatte, träumte davon, daß ein sowjetischer und ein indischer Kosmonaut gemeinsam ins All fliegen. Jetzt stehen wir kurz vor der Erfüllung dieses Traums.

Jawaharlal Nehru hat die Industriegiganten, die von indischen und sowjetischen Werktagen gemeinsam errichtet wurden, einmal als „neue Tempel“ bezeichnet. Jetzt erheben sich im Land Mahatma Gandhis und Jawaharlal Nehrus immer mehr solcher Tempel, deren Zahl in Zukunft noch zunehmen wird. Die Sowjetunion äußerte ihre Bereitschaft, Indien beim Bau von Großobjekten, bei der Entwicklung besonders wichtiger Wirtschaftszweige weiterhin zu unterstützen. Diese Hilfe wird u. a. bei der Erkundung neuer Erdölvorkommen geleistet sowie bei der erhöhten Ausbeutung der bestehenden Bohrfelder, bei der Steigerung der Arbeitseffektivität der indischen Kraftwerke. Man befaßt sich mit der Möglichkeit einer Beteiligung der UdSSR am Bau eines großen energetischen Komplexes in Indien und am weiteren Ausbau

seines Hüttenwesens. Der Warenaustausch zwischen unseren Ländern hat sich seit 1975 mehr als verdoppelt.

Nur es geht nicht allein um den quantitativen Zuwachs. Es geht darum, daß die sowjetisch-indische Zusammenarbeit, wie der indische „National Herald“ hervorhebt, auf den Prinzipien des gegenseitigen Vorteils, der internationalen Arbeitsaufteilung, der gemeinsamen Hilfeleistung an Drittländer erfolgt. Eine weitere wichtige Seite dieser Zusammenarbeit nannte der indische Vizepräsident, der Vorsitzende des Staatenrats Mohammad Hidayatullah bei seiner Begrüßungsansprache für Leonid Breshnew im Parlament: „Ein kennzeichnendes Merkmal der sowjetischen Hilfe ist, daß sie zur Entwicklung des staatlichen Sektors des Landes beigetragen hat, der heute die Kommandohöhen in der nationalen Wirtschaft belegt.“

Im kommenden Jahr besteht der Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit, der die zuverlässige Grundlage für den Ausbau und die Festigung unserer Beziehungen darstellt, zehn Jahre. Leonid Breshnew verglich den Vertrag mit einem mächtigen Baumstamm. Wie ein Baum immer neue grüne Zweige ansetzt, so erhält der Vertrag immer neue Abkommen über Kontakte, Austausch und gemeinsames Vorgehen. Neue Zweige sind auch bei diesem Besuch hinzugekommen. Unterzeichnet wurden ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, ein Handelsabkommen für 1981—1985, ein Austauschprogramm im kulturellen, wissenschaftlichen und Bildungsbereich für die kommenden zwei Jahre sowie ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Filmwesen.

Nach der feierlichen Verabschiedung Leonid Breshnews kehrte mit uns zusammen Professor Nurul Hassan vom Flughafen zurück, der einst Staatsminister war, heute aber Vizepräsident des Rats für wissenschaftlich-technische Forschungen ist.

„Obwohl ich kein junger Mann bin, schätze ich am meisten das auf die Zukunft Gerichtete“, sagte der Professor. „Und ich möchte Ihnen sagen: Ich bin begeistert, daß Präsident Breshnew wieder über den Himalaja kam, um mit unseren Staatsmännern sowohl zweiseitige

Probleme als auch die Besorgnisse der ganzen Welt von heute zu erörtern. Wir sind stolz auf unsere Beziehungen zu Ihrem großen Land.“

Der Sprecher der Volkskammer Balram Jakhar bezeichnete die stabilen, dynamischen Beziehungen unserer Länder als Muster dafür, wie souveräne Staaten, unabhängig von allen Unterschieden ihrer sozialen und wirtschaftlichen Systeme, auf der Basis der Gleichheit, der Achtung und des Vertrauens eng zusammenarbeiten können.

„Lenin hat uns aufgerufen, „allen Völkern des Ostens die Hand der Freundschaft und der Brüderlichkeit“ zu reichen, und wir folgen diesem Ruf Lenins unabänderlich!“ sagte Leonid Breshnew auf einer Kundgebung in der indischen Hauptstadt unter dem Beifall der Anwesenden. „Uns freuen Ihre Leistungen, wir teilen Ihre Sorge um die Schwierigkeiten, die bisher noch nicht überwunden werden konnten. Wir wissen, daß die große Arbeit zur Umgestaltung des Landes, die Jawaharlal Nehru einleitete, weitergeht. Und wir wünschen Ihnen von ganzem Herzen Erfolg beim Aufbau des neuen Indien, wünschen dem indischen Volk Glück und Gedeihen!“

Die Sowjetunion hat durch ihren Staatschef erklären lassen, sie wolle das befreundete, friedliebende Indien stark und fähig sehen, seine Unabhängigkeit zu verteidigen und den Frieden in Asien zu festigen. Deshalb, so sagte Leonid Breshnew, „betrachten wir den Beistand zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Indiens als einen sehr wichtigen Bereich unserer Beziehungen.“

* * *

Die sowjetisch-indische Freundschaft richtet sich gegen kein drittes Land. Das weiß man sowohl in der Sowjetunion wie in Indien. Hier ein Beispiel. Abu Hassan, Moslem aus Sri Nagara (Staat Djammu und Kaschmir) richtete an den „National Herald“ einen Brief, in dem er seiner Empörung über die Auslassungen des ehemaligen Premierministers Desai Ausdruck gab, der kurz vor dem Eintreffen Leonid Breshnews erklärt hatte, sowjetische Politiker hätten ihm einmal nahegelegt, Pakistan „eine Lehre zu erteilen“. „Was die angeblich von der UdSSR vorgeschlagenen Schritte angeht, Indien „anzustoßen“, schrieb Abu Hassan, „kann man Desai unmöglich glauben, da die



Sowjetunion konsequent eine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und der Lösung bilateraler Probleme ohne Einmischung von Drittländern betreibt.“

Was aber dem, wie man so sagt, Mann von der Straße völlig klar ist, war vielen ausgefuchsten Politikätern nicht recht. Die ebenso dumme wie bösartige Erfindung Desais ging durch die bürgerlichen westlichen und durch einige indische Zeitungen. Diese Veröffentlichung war eindeutig als Mine unter dem Verhandlungstisch in Delhi gedacht.

Als weitere Mine wurde die sogenannte afghanische Frage installiert. Lange vor Ankunft des hohen sowjetischen Gastes phantasierten einige westliche Nachrichtenagenturen und die reaktionäre Presse darüber, wie und in welcher Form der Meinungsaustausch zu Afghanistan und der dort entstandenen Situation ablaufen werde, und ob die sowjetisch-indischen Gespräche dabei nicht ins Stocken kämen.

Diese Propagandaminer sollten jedoch nicht explodieren. Nach der Pressekonferenz beider Seiten mußten alle Zeitungen, darunter auch jene, die Desai als Sprachrohr gedient hatten, Entwarnung geben. Die „Hindustan Times“ z. B. schrieb: „Der Terminus ‚eine Lehre erteilen‘ sei nicht russischer Herkunft, erklärte ein offizieller Sprecher der sowjetischen Delegation. Es sei sehr leicht, sagte er, festzustellen, woher er komme. Nur zwei Politiker, der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Zbigniew Brzezinski und der chinesische Staatsmann Deng Xiaoping, haben diesen Ausdruck in ihrer Lexik.“

Die Teilnehmer des Gipfeltreffens in Delhi wichen dem offenen Gespräch über die Lage in Afghanistan und die Perspektiven der Entwicklung in diesem Raum nicht aus. Auf einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern im überfüllten Hauptaal des Parlaments berichtete Leonid

Breshnew über die sowjetische Hilfe an das revolutionäre Volk unseres Nachbarlandes. Er offenbarte die wahren Motive derer, die zwar lautstark die Einstellung der Militärhilfe an Afghanistan fordern, das aber tatsächlich verhindern wollen.

Leonid Breshnew sagte: „Das Leben in Afghanistan gerät allmählich und wird weiter in normale friedliche Bahnen geraten, der Nebel der Desinformation lichtet sich allmählich. Dann, so ist anzunehmen, wird den südlichen Nachbarn Afghanistans klarwerden, daß der einzige Weg gutnachbarliche Übereinkünfte mit der afghanischen Regierung sind. Im Ergebnis werden die Voraussetzungen für eine vollständige politische Normalisierung der Situation entstehen, einschließlich für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan... Die Sowjetunion wünscht eben eine solche Entwicklung.“

Nur die Gegner der indisch-sowjetischen Freundschaft haben sich mit dem Zusammenbruch ihrer Vorhaben nicht abgefunden.

„Man braucht sich über dieses ganze provokatorische Theater nicht zu wundern“, hörten wir im Vorstand der Regierungspartei Indischer Nationalkongress (INK-I). Es ist das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen der Reaktion und ihrer überseeischen Brotgeber.“

Hier denkt man an die Worte Indira Gandhis, daß es schon viele Versuche gegeben habe, Mißverständnisse zwischen Indien und der UdSSR auszulösen und die indisch-sowjetischen Beziehungen in falschem Licht darzustellen.

„Aber wir konnten uns gegen all diese Versuche wehren und haben uns konsequent für die Stärkung unseres gegenseitigen Vertrauens eingesetzt...“, sagte Indira Gandhi auf einem Meeting in Delhi.

Während der Gespräche und in der ganzen Besuchsatmosphäre wurde die Überzeugung der indischen und der sowjetischen Politici-

Ansprache Leonid Breshnews auf einer indisch-sowjetischen Freundschaftskundgebung

Fotos: S. Smirnow

ker deutlich, daß die zwischen unseren Ländern bestehenden Beziehungen der Verständigung, des Vertrauens und der allseitigen Zusammenarbeit von hoher Bedeutung für Frieden und Stabilität in Asien und in der ganzen Welt sind.

Der Meinungsaustausch umfaßte einen weiten Kreis aktueller internationaler Probleme. Beide Seiten gaben ihrer festen Überzeugung Ausdruck, die vordringliche Aufgabe sei die Beendigung des Wettrüstens, vor allem des nuklearen, und die Durchsetzung wirksamer Maßnahmen zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Eingehend befaßte man sich mit der Lage im Raum des Indischen Ozeans, einschließlich des Persischen Golfs, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südostasien. Die Realitäten verlangen, daß sich in Asien, wo gut die Hälfte der Menschheit lebt, friedliche und gutnachbarliche Beziehungen auf dem gemeinsamen Beitrag möglichst vieler, noch besser aller asiatischen Länder aufbauen sollten.

Die Anheizung der Spannungen im Persischen Golf und im Indischen Ozean soll von den imperialistischen Kreisen mit der „sowjetischen Bedrohung“ für den Erdölreichtum dieser Region gerechtfertigt werden. Doch die Sowjetunion hat schon mehrfach die Gedanken jener Leute entlarvt, die das in der Welt entstandene Kräftegleichgewicht stören und den Völkern ihren Willen von der Position der militärischen Überlegenheit her aufzwingen wollen. Das indische Volk begreift immer besser, daß sein Land in Wirklichkeit von eben dieser Politik des Imperialismus bedroht ist, während die Politik der UdSSR seinen Interessen voll und ganz entspricht.

„Breshnews Friedensdoktrin“,

„NEUE ZEIT“ 51-80

Breshnews Fünf-Punkte-Plan zum Schutz des Friedens im Golf, mit solchen Schlagzeilen erschienen die indischen Zeitungen am Tag nach der Rede des sowjetischen Staatsoberhaupts im Parlament, in der er seine Doktrin von Frieden und Sicherheit im Persischen Golf entwickelt hatte.

Namhafte indische Staatsmänner, Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter, die den sowjetischen Vorschlägen hohen Wert beimaßen, hoben noch hervor, daß diese Äußerungen eben in Delhi gemacht worden sind. Der Generalsekretär des Allindischen Komitees der INK-I Kalpnath Rai sagte uns dazu:

„Wir sind Präsident Breshnew sehr dankbar, daß er seine neue Doktrin für Frieden und Sicherheit im Persischen Golf in unserer Hauptstadt vorgelegt hat. Selbst wenn es während des Besuchs nichts anderes gegeben hätte, hätte allein dieser mutige und von Herzen kommende Aufruf aus Delhi das jetzige Treffen der sowjetischen und indischen Politiker zu einem Faktor von hoher, wahrhaft historischer Bedeutung gemacht. Als sehr wichtig betrachten wir auch die Erklärung Präsident Breshnews, der Indische Ozean war und bleibe eine Sphäre der Lebensinteressen seiner Anliegerstaaten, nicht aber irgendwelcher anderen...“

Alle Gutgewillten in Indien, und Pressemeldungen zufolge, auch im Ausland haben die Versicherung der sowjetischen und der indischen Bevölkerung aufgenommen, bei der baldigen Durchsetzung der UNO-Deklaration über den Indischen Ozean als Friedenszone zusammenzuarbeiten. Beide Seiten riefen zur Beseitigung aller dort bestehenden ausländischen Militär- und Marinestützpunkte auf und begrüßten die Forderung des Staates Mauritius nach Rückgabe der Inselgruppe Chagos, einschließlich der Insel Diego Garcia.

Die vier Besuchstage Leonid Breshnews in Indien waren angefüllt mit Arbeit, an deren positiven Ergebnissen jeder friedliebende Mensch, wo auch immer, zutiefst interessiert ist.

Das sowjetisch-indische Gipfeltreffen in Delhi ermöglichte eine Bilanz des Vollbrachten und die Festlegung neuer Möglichkeiten zum weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Indien. Es hat das gegenseitige Verständnis vertieft, die traditionelle sowjetisch-indische Freundschaft und Zusammenarbeit mit neuem Inhalt erfüllt. Und einen Beitrag zum Weltfrieden geleistet.

S. IRODOW, B. PISTSCHIK
NZ-Sonderberichterstatter

„NEUE ZEIT“ 51-80

DIE ZEIT DRÄNGT

Dmitri WOLSKI

Die Weltöffentlichkeit betrachtet das Programm für die Normalisierung im Golfraum, das Leonid Breshnew im indischen Parlament vorbrachte, als eine überaus wichtige konstruktive Anregung. Selbstverständlich reagierten verschiedene Kreise unterschiedlich. Die einen mit Erleichterung und Hoffnung, da sie in diesem Programm die Grundlage sehen, auf der man eine der explosivsten Situationen entschärfen kann; die anderen mit dem instinktiven Argwohn der Militaristen gegen jede friedliche Initiative. Wieder anderen liefert das sowjetische Programm zumindest Stoff zum Nachdenken.

Das ist verständlich. Gegenwärtig haben die Spannungen dort eine gefährliche Stufe erreicht. Verursacht wurde das durch die Feindseligkeit des Imperialismus gegenüber den sozialen und politischen Veränderungen in dieser Region und die Angst, daß die westlichen Monopole die Kontrolle über das dortige Erdöl verlieren.

Als Großbritannien dort noch Protektorate hatte, tat es alles, um jeden Fortschritt in der Golfregion zu verhindern. Seine US-Nachfolger erlebten noch die Zeit, da z. B. der Vater des heutigen Sultans von Oman Film und Fernsehen verbot und da auf den Basaren in den arabischen Staaten (das weiß ich noch aus eigener Erinnerung) nur Münzen in Zahlung genommen wurden, Papiergeleid dagegen nichts galt. Aber das Erdöl brachte Petrodollars und diese den wirtschaftlichen Boom der 70er Jahre. Eine ganze neue Generation energischer, gebildeter, patriotisch gesinnter Menschen war herangewachsen; ihnen paßten die einseitige Wirtschaftsentwicklung und die überlebten sozialen Strukturen nicht.



Noch weniger vertrugen sie die neokolonialistische Abhängigkeit vom Westen, die einige Herrscher (z. B. der Schah von Iran, der gern den „Golfgendarmen“ hervorkehrte) im eigenen Interesse zu verankern suchten.

Gerade nach dem Zusammenbruch des Schah-Regimes wurde zu der Reservevariante gegriffen, die in den Geheimdirektiven des Weißen Hauses (sie wurden noch 1977 publik gemacht) vorgesehen war. Damals, d. h. lange vor den iranischen und afghanischen Ereignissen, wurden Vorbereitungen getroffen, US-Truppen im Falle „außerordentlicher Umstände“ in die erdölrreichen Gebiete zu transportieren. Aus diesen Vorhaben entstand das gegenwärtige System der militärischen US-Präsenz am Golf mit seinen drei zusammenhängenden Komponenten.

Erstens ist es eine in den dortigen Gewässern ständig kreuzende Kriegsflotte. Zusammen mit den Schiffen einiger anderer westlicher Länder sind es bereits 60 an der Zahl, darunter 3 US-Träger.

Zweitens ist es die USA-Eingreiftruppe. Wie sich herausstellt, soll ihre Stärke laut Angaben der US-Presse bereits auf 300 000 Mann gebracht werden. Der Vortrupp (die Rangers) ist noch relativ klein: 1800 Mann. Sie befinden sich auf Landungsschiffen und sind stets einsatzbereit. Ihnen sollen dann andere Verbände folgen.

Die dritte Komponente schließlich ist das Netz der US-Militärobjekte mit dem Mittelpunkt auf Diego Garcia. Dieser gigantische Fliegerhorst und Flottenstützpunkt des Pentagon wurde im März 1980 amtlich „in Betrieb genommen“. Dort landeten die ersten „Fliegenden Festungen“ B 52, die Kernbomber tragen können. Kernwaffenbestückte U-Boote laufen seit langem den eigens dazu eingerichteten Hafen der Insel an. Unsichtbare Fäden laufen von hier unmittelbar in die Golfregion, zu Bahrain und Oman, wo unterschiedliche US-Militärobjekte angelegt wurden bzw. werden, sowie zum Spionagesystem AWACS in Saudi-Arabien. Dieses System erlaubt es dem Pentagon, die ganze Region zu „überwachen“.

Im Grunde handelt es sich um einen Versuch, die Region unter direkte militärische Kontrolle zu nehmen und einen Mechanismus zu schaffen, um großangelegte Interventionen in die dortigen Länder vornehmen und die Freiheitsbestrebungen ihrer Völker unterdrücken zu können. Was ist das, wenn nicht ein Rückfall in die Politik

der kolonialen Aggressionen? Nicht etwa ein einzelner Rückfall, sondern der Drang danach, mit Hilfe der neuen Formel von den „Lebensinteressen“ die gesamte kolonialistische geopolitische Strategie zu beleben, beruhend diesmal auf den neuesten militärtechnischen Errungenschaften der USA und der anderen westlichen Länder. Es ist gewissermaßen gesetzmäßig, daß Washington diese Strategie im Persischen Golf zu einer grundlegenden Doktrin erhob und ihr sogar den Namen des nun gehenden Präsidenten verlieh. Die im Januar 1980 veröffentlichte Carter-Doktrin lautet: „Ein Versuch jedweder äußeren Kraft, Kontrolle über den Golfräum zu erlangen, wird als Anschlag auf die Lebensinteressen der USA betrachtet und mit allen Mitteln zurückgeschlagen werden.“

Es ist begreiflich, wozu hier die „äußere Kraft“ eingeflochten wird: eine weitere Anspielung auf die „sowjetische Bedrohung“, obwohl sie selbst die listreichen Professoren, die das Dokument verfaßten, durch nichts belegen konnten.

Leonid Breschnew wies die Erdichtung Washingtons erneut entschieden zurück. So erklärte er im indischen Parlament:

„Der imperialistischen Doktrin der Aggression und des Diktats gegenüber den Ländern der Golfregion stellen wir die Doktrin des Friedens und der Sicherheit entgegen.“

Das sowjetische Programm ist in dieser Rede wie folgt formuliert: „Wir schlagen den USA, den anderen Westmächten, China, Japan, allen interessierten Staaten vor, sich über folgende gegenseitige Verpflichtungen zu einigen:

— keine ausländischen Militärstützpunkte in der Golfregion und auf den anliegenden Inseln anzulegen; dort keine nuklearen oder sonstigen Massenvernichtungswaffen zu stationieren;

— keine Gewalt gegen die Länder der Golfregion anzuwenden oder anzudrohen, sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen;

— den von den Staaten der Golfregion gewählten Status der Nichtpaktgebundenheit zu respektieren; sie nicht in Militärgruppierungen unter Beteiligung kernwaffenbesitzender Mächte einzubeziehen;

— das souveräne Recht der Staaten dieser Region auf ihre Naturreichtümer zu achten;

— keinerlei Hindernisse oder Gefahren für den normalen Handel und die Nutzung der Seewege zu schaffen, die die Staaten dieser Region mit anderen Ländern der Welt verbinden.“

Selbstverständlich erwartete niemand, daß die Liebhaber neokolonialistischer Abenteuer dieses Programm begeistert aufnehmen würden. Heißt das aber, daß die Vorschläge der UdSSR nur ihr selbst nützen und, wie ihre Opponenten

FÜR DIE ZUKUNFT BEWÄHRT

Am 10. Dezember war der Flug des Transportraumschiffs Sojus T 3 abgeschlossen. Die Kosmonauten Kisim, Makarow und Strelakow haben während der 13 Tage im All das geplante Arbeitsprogramm voll ausgeführt und das verbesserte Raumschiff der Sojus-T-Serie in unterschiedlichen Flugregimen weiter getestet.

Den äußerlichen Merkmalen nach kopiert das neue Raumschiff die Sojus. All seine Hauptsysteme sind jedoch auf prinzipiell neuer Basis ausgeführt, unter Berücksichtigung der hohen Möglichkeiten moderner Wissenschaft und Technik. Das Steuerungssystem funktioniert beispielsweise auf Grundlage eines Datenverarbeitungskomplexes. Er bearbeitet nicht nur Informationen und lenkt das Raumschiff, sondern übt eine dynamische Kontrolle über die unterschiedlichsten Vorgänge aus.

Die Sojus T sind mit einem neuen Fernseh- und einem verbesserten radiotelemetrischen System sowie mit einer Leitprogramm-Radiofrequenz ausgerüstet. Wesentliche Veränderungen erfuhren die Bergungssysteme für die Mannschaft sowie die Versorgungs- und Wärmeausgleichssysteme. Der Einbau von Sonnenbatterien in das Energieversorgungssystem hat die Möglichkeiten des autonomen Flugs erweitert.

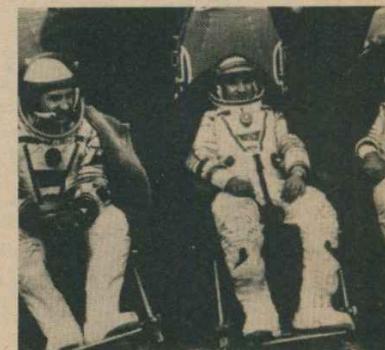
Die Raumtransporter der Serie Sojus T sind für Flüge einer Drei-

personen-Mannschaft bestimmt. Der dritte Kosmonaut kann Forschungsingenieur, Arzt, Wissenschaftler oder Reparaturfachmann sein. Bei manchen Aufgaben kann die Sojus-T-Mannschaft auch aus zwei Kosmonauten bestehen. In solchen Fällen wird statt des freien Sitzes ein Frachtkontainer installiert.

Sojus T 3 hat die Prüfung bestanden. Während des Fluges wurde kontrolliert, wie das Landesystem bei einer erweiterten Mannschaft arbeitet, ob man zu dritt an Bord des Raumschiffs bequem arbeiten kann, ob das nun stärker belastete Versorgungssystem einwandfrei funktioniert. Die kompliziertesten Aufgaben hatten Raumschiff und

Die Kosmonauten Makarow, Kisim und Strelakow nach der Landung

Foto TASS



behaupten, „einseitigen antiwestlichen Charakter“ fragen? Zweifellos liegt der UdSSR daran, daß im Persischen Golf, also unweit ihrer Grenze, eine normale, ruhige Situation besteht. Liegt aber denn anderen Staaten nicht ebenfalls daran? Sagen wir, den westeuropäischen Ländern, die ihren Erdölbedarf zu 67% aus dem Import aus dieser Region decken, oder Japan, für welches das Erdöl des Persischen Golfs von noch größerer Bedeutung ist. Was die USA angeht, so importieren sie jetzt nur 16% des von ihnen benötigten Erdöls aus der Region, es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß dieser Anteil in den nächsten Jahren zunimmt. Kann es also für die kapitalistischen Industriestaaten von Vorteil sein, daß im Golf Tanker versenkt werden und an seiner Küste Erdölfelder und Raffinerien in Flammen stehen?

Die Folgen des iranisch-irakischen Krieges machen sich sehr bemerkbar.

Dieser, wie Leonid Breschnew sagte, in seiner Sinnlosigkeit tragische Konflikt wirkt sich schon negativ auch auf die Verbraucher des Erdöls aus beiden Ländern aus. Dabei weiß man, daß die imperialistischen US-Kreise den Konflikt zum Vorwand nehmen, um ihre Interventionsvorbereitungen im Golf zu verstärken. Heute sind es noch Vorbereitungen. Und morgen? Die Gefahr schwächt noch an, weil in diesem Raum an einem militärpolitischen Block, einer Art NATO-Ableger, gearbeitet wird.

Im Lichte all dieser Fakten ist es beinahe schon eine Selbsterklärung, was der USA-General Rogers, Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, in einem Interview für „Reader's Digest“ (Dezemberheft) erklärte. Er ließ sich recht zynisch über die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges aus und bemerkte u. a.: „Der wahrscheinlichste Entstehungsherd eines solchen Kon-

VERHÄRTUNG

Wieder haben Massenunruhen das von den israelischen Militärs besetzte Cis-Jordanland ergriffen. Die Bevölkerung verlangt die Aufhebung des Beschlusses der israelischen Behörden über die Ausweisung der Bürgermeister der arabischen Städte El Khalil und Halhoul, Fahd Kawasmi und Mohammed Milhem. Beide waren vor einem halben Jahr wegen Unterstützung der PLO deportiert worden. Gegen diesen Willkürakt legten sie beim Obersten Gericht Israels Revision ein. Das hat die Ausweisung jetzt bestätigt, dennoch aber empfohlen, den Bürgermeistern „auf Ehrenwort“ die Rückkehr zu gestatten. Ministerpräsident Begin beachtete diese Empfehlung jedoch nicht und erklärte, er habe Beweise dafür, daß die Bürgermeister Gewalt provoziert hätten.

Tatsächlich wird Gewalt nicht nur provoziert, sondern systematisch ausgeübt, und zwar von den Besetzungsbehörden. Das taten sie im Dezember in Bethlehem, wo Studenten die palästinensische Flagge auf der Universität gehisst hatten. Die Besatzer beantworteten das mit dem Ausnahmezustand. Viele Studenten und einige Mitarbeiter der Gemeinderäte wurden verhaftet. Das Ende November abgehaltene Plenum des ZK der KP Israels hat die Ausdehnung der Unterdrückungspolitik der israelischen Behörden am Westufer des Jordans und im Ghazastreifen scharf verurteilt.

Worin ist die Ursache für die Verhärtung des israelischen Besetzungsregimes zu suchen? Erstens ist es eine Reaktion auf den Mißerfolg der israelisch-ägyptischen „Autonomieverhandlungen“ zu Palästina. Das palästinensische Volk in den okkupierten Gebieten hat diese Scheinautonomie einstimmig abgelehnt und sich zum entschlossenen Kampf für seine legitimen nationalen Rechte erhoben. Die Okkupanten wollen jetzt mit grober Gewalt diesen Kampf brechen. Zweitens ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Tel Aviv, wenn es die die PLO unterstützenden Persönlichkeiten am Westjordanufer (zu denen auch die ausgewiesenen Bürgermeister gehören) ausschaltet, damit den Boden für die Durchsetzung der alten Pläne (wie des Allon-Plans) bereiten will. Sie jedoch wurden von der PLO und den fortschrittlichen Kräften der arabischen Welt längst zurückgewiesen.

Die Erde brennt den Okkupanten unter den Füßen, und dieser Brand läßt sich mit keinerlei Maßnahmen Tel Avivs löschen.

A. STEPANOW

Mannschaft während der Annäherung und der Kopplung an Salut 6 zu bewältigen. Diese Vorgänge ließen anders ab als während des benannten Flugs von Sojus T 2. Diesmal arbeitete die Station im automatischen Betrieb, Sojus T 3 aber legte am Bug und nicht am Heck an, da dieses mit Progress 11 schon besetzt war. Die dynamischen Möglichkeiten des Komplexes sind bei dieser „Kontaktvariante“ begrenzter, und die Kopplung erfolgte auf der Nachtsseite. Schließlich war beim Sojus-T-3-Flug die letzte, wichtigste Etappe der Kopplung voll und ganz der Automatik übertragen worden. Das waren die wichtigsten Besonderheiten bei der Kopplung des neuen Raumschiffs.

Die neuen Systeme haben sich auch in der letzten Testetappe bewährt. Es gab eine weiche Landung und eine nur unbedeutende Abweichung vom berechneten Landepunkt.

Die Kosmonauten hatten ferner den Zustand der Bordsysteme und Aggregate der Station zu beurteilen, die nun ihr viertes Jahr auf der Umlaufbahn verbringt. Sie wechselten einige Anlagen aus, deren Ressourcen erschöpft waren. In der kurzen Flugzeit befaßten sich die Mannschaftsmitglieder auch mit Reparatur- und Wartungsarbeiten. Eingehend wurde die Konstruktion der Station untersucht und ihre Bordsysteme kontrolliert. Die wichtigste Reparatur nahm die Mannschaft am 6. Dezember vor: Zum ersten Mal in der Geschichte des Raumflugs wurde auf der Umlaufbahn das Hydrosystem der Wärmeregulierung enthermetisiert und

neue Hydropumpen eingefügt.

Parallel zu den Reparaturen nahm die Mannschaft technologische Experimente in den Elektro-Vakuum-Schmelzöfen „Splaw“ und „Kristall“ vor, untersuchte das Mikroklima der Station und studierte die Zerreißfestigkeit der Konstruktion bei dynamischer Belastung. Zum ersten Mal wurden unter Raumflugbedingungen holographische Aufnahmen von der Auflösung untersuchter Kristalle gemacht. Das Experiment „Hologramm“ war von Wissenschaftlern der UdSSR und Kuba gemeinsam ausgearbeitet worden. Durchgeführt wurde es mit einem tragbaren Gerät, einem Helio-Neonlaser und einer Kontrollvorrichtung. Das Experiment ist für die Entwicklung der kosmischen Materialforschung von großer Bedeutung. In den kosmischen Gewächshäusern „Oasis“ und „Swetoblock“ studierten die Kosmonauten nach einem biologischen Experimentalprogramm den Einfluß von Raumflugfaktoren auf die Entwicklung hochstehender Pflanzen.

Natürlich beobachteten während des Flugs Mediziner aufmerksam die Gesundheit der Kosmonauten und die Funktion der verschiedenen Organe und Systeme des menschlichen Organismus.

Der erfolgreiche Test von Sojus T 3 und die komplizierten Reparatur- und Wartungsarbeiten Kisims, Makarows und Strelakows bieten neue Perspektiven für die Lebensdauer der Orbitalkomplexe und erhöhen ihren Nutzeffekt für Wissenschaft und Volkswirtschaft.

G. RJABOW

fliktes ist der Raum Nahost — Persischer Golf — Indik.“

Der General mag diese Prognosen mit seinem Gewissen ausmachen. Doch veranschaulichen sie immerhin, welch einer gefährlichen Entwicklung Breshews Vorschläge den Riegel vorschlieben sollen. Sie entsprechen den Erfordernissen der ganzen Menschheit. Zugleich gewährleistet das sowjetische Programm für den Persischen Golf zuverlässig die legitimen (wohlgerne: nur die legitimen) Interessen aller Länder, darunter der kapitalistischen Industrieländer. Nicht auf der Basis der aggressiven Carter-Doktrin, sondern nur unter Respektierung der souveränen Rechte der Länder der Golfregion und im Zuge eines normalen Handels mit ihnen kann der Westen auf sichere Erdöllieferungen rechnen. Und nicht zuletzt auf einen stabilen Frieden!

Den Staaten und Völkern der Golf-

region eröffnet das sowjetische Programm Perspektiven, die sie ohne jede Übertreibung noch nie kannten. Seine Realisierung gäbe ihnen die Möglichkeit, selbstständig, gemäß ihren Erfordernissen und Traditionen, ohne jeden äußeren Druck den außenpolitischen Kurs als auch die Wege für die Lösung komplizierter innerer Probleme zu wählen. Der Breshew-Plan sieht die gleichberechtigte Teilnahme dieser Staaten an allen Abkommen über den Persischen Golf vor und gewährleistet zuverlässig ihre Sicherheit und Souveränität. Deshalb fand das sowjetische Programm in den Ländern der Region sofort ein breites Echo.

Auf dem Wege, den die Moskauer Vorschläge weisen, gibt es natürlich viele Schwierigkeiten. Aber die Zeit zu wählen ist gekommen. Die Zeit in der Golfregion drängt.

PEKING WECHSELT DIE TAKTIK

(Zur Chinareise einer Delegation der KP Spaniens)

Der jüngste Chinabesuch einer Delegation der KP Spaniens unter ihrem Generalsekretär Santiago Carrillo bestätigte ebenso wie die ähnliche Reise einer Delegation der Italienischen KP, daß Peking seine Taktik gegenüber einigen kommunistischen Parteien wechselt.

Seit Jahren überschüttete die chinesische Führung praktisch alle kommunistischen und Arbeiterparteien mit Schimpfwörtern und warf ihnen „Verbürgerlichung“, „Revisionsismus“ und „Kumpanei mit dem Imperialismus“ vor. Gegenwärtig ist sie um eine differenzierte Haltung zur kommunistischen Weltbewegung bemüht, teilt sie in Parteien, die aus Pekings Sicht „richtige Positionen“ beziehen, und solche, die „falsche Ansichten und Positionen“ teilen, um sie gegeneinander auszuspielen. Das zeigte sich deutlich während des Besuchs der KPS-Delegation.

Diese verhandelte mit einer Delegation der KP Chinas unter ZK-Generalsekretär Hu Yaobang, traf mit Hua Guofeng und Deng Xiaoping zusammen und machte eine Reise durch China. S. Carrillo durfte seine Anschauungen öffentlich vor einem weiten Kreis darlegen. Im Ergebnis der Reise wurde eine „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen der KP Chinas und der KP Spaniens bekanntgegeben.

Welche Ziele verfolgt Peking durch seine neue Taktik, indem es gegenüber einigen kommunistischen Parteien „Gnade vor Recht“ ergehen läßt? Was haben die kommunistischen Parteien, deren Delegationen in China verhandelten, was hat die Sache des Friedens und des Sozialismus insgesamt davon? Die Ziele und Resultate dieser Reisen entsprechen vor allem den Interessen der Innen- und Außenpolitik der heutigen chinesischen Führung. Die „Normalisierung“ der Beziehungen zu einigen kommunistischen Parteien wirft Peking politische Dividenden ab.

Gegenwärtig werden einige Konzeptionen Mao Zedongs und seine Rolle in der Geschichte Chinas einer Revision unterzogen. Der „große Sprung“ wird offiziell verurteilt, die „Kulturrevolution“ heißt heute „eine Periode großer konterrevolu-

tionären Zerstörung“, eine Periode der „faschistischen Diktatur“ und ein „Jahrzehnt der Wirren“. Wie Deng Xiaoping zugibt, befand sich das ganze Land während der „Kulturrevolution“ „im Zustand des weißen Terrors und eines beispiellosen Chaos, die Parteiorganisationen wurden ernsthaft zerstört, die Volksmassen rücksichtslos unterdrückt“; im Zuge dieser Kampagne „waren etwa 100 Millionen Personen grausamen Verfolgungen ausgesetzt“.

Daß die heutige chinesische Führung den Bankrott mehrerer Hauptaspekte des maoistischen „Modells des Sozialismus“ zugibt, ist gewiß bemerkenswert. Im Grunde bedeutet das, daß sie die Richtigkeit des Urteils der Kommunisten vieler Länder als wahrer Freunde des chinesischen Volkes über die Mao-Politik einsieht. Aber wenn die gegenwärtigen chinesischen Führer auch eingestehen, daß Mao ernste Fehler beging, so wälzen sie, um das Gesicht zu wahren, die Hauptschuld an allen früheren Sünden auf diejenigen ab, die heute auf der Anklagebank in Peking sitzen, wo der Prozeß gegen die „konterrevolutionären Gruppierungen“ Lin Biaos und Jiang Qings im Gange ist.

Gewisse Leute in Peking sind wohl bestrebt, die Autorität einiger kommunistischer Parteien und die „Normalisierung“ der Beziehungen zu ihnen für die eigene hegemonistische Großmachtpolitik einzuspannen und zugleich einen Vorsprung in den Machtkämpfen der Fraktionen zu gewinnen. Wenn verschiedene politische Kräfte im Ausland, darunter einige Vertreter der kommunistischen Parteien, „Dengs Politik des Pragmatismus“ billigen, so ist das für die chinesische Führung ein hoher Trumpf.

Nun, die KPS-Delegation verweigerte eine solche Billigung nicht. Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage in China verwies S. Carrillo auf den „Enthusiasmus der Bevölkerung“ und meinte, die jetzt laufenden Reformen seien „richtig“ und förderten die Modernisierung der VR China. Er äußerte sich positiv über die Absicht der chinesischen Führer, die „individuelle Initiative“ und Auslandskapital zur wirtschaft-

lichen Entwicklung zu nutzen und schätzte die „Demokratisierung“ des Wirtschaftslebens hoch ein. Den Gerichtsprozeß in Peking nannte S. Carrillo „einen weiteren Schritt zur Gewährleistung der Menschenrechte“ in China.

Viele Journalisten wissen aber auch noch, daß S. Carrillo seinerzeit die Politik lobte, die in Peking heute als „verbrecherisch“ abgestempelt wird. Nach seinem Chinabesuch 1971 sagte er: „Alles, was wir gehört und gesehen haben, läßt uns den Schluß ziehen, daß die Kulturrevolution die Positionen des Sozialismus in China gefestigt hat, weil sie die Jugend und die Riesenmassen in die Lösung der revolutionären Aufgaben einbezieht, den Kampfgeist, Enthusiasmus und revolutionären Romantismus der Massen fördert und zur Entwicklung der Produktion beiträgt. Die Kulturrevolution hat mit der Entstehung bürokratischer Strukturen Schluß gemacht, gewissermaßen die Kontrolle der Massen über den Stamm der Funktionäre wiederhergestellt... Sie hat dem Sozialismus Formen verliehen, die der spezifischen Situation in China mehr entsprechen.“ Demnach unterstützte S. Carrillo damals sehr aktiv Mao Zedong und dessen Politik, jetzt aber verschweigt er das.

Der Führungsgruppe in Peking geht es darum, in den Machtkämpfen der Fraktionen zu siegen und es denjenigen recht zu machen, die die höchsten Kredite für die Verwirklichung der hegemonistischen Großmachtambitionen herausrücken können. Bekanntlich ist der Schwerpunkt der jetzigen „vier Modernisierungen“ der Ausbau der Rüstungsindustrie Chinas. Ihr werden die meisten Investitionen und ein Großteil der in kapitalistischen Ländern gekauften Technik zugeführt. Eben deshalb ist das Chaos in der Wirtschaft Chinas trotz allen Geredes von der Modernisierung und Demokratisierung noch nicht überwunden, das Leben des Volkes wird nicht besser, während Rechtsbruch und Willkür noch immer grassieren.

Die italienische bürgerliche Zeitung „Il Giorno“ schrieb vor kurzem: „Die Industrialisierung bringt nach Luft, da sie ganz auf ausländi-

sche Investitionen angewiesen ist, die noch fraglich sind, und 100 Millionen Menschen hungern, was seinerzeit Li Xiannian, stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates, zugab. Die um ihre Zukunft beraubte Jugend wandert aus den Dörfern unaufhaltsam in die Städte ab... Politische Gewaltanwendung und Kriminalität sind eng miteinander verflochten... Jetzt, nachdem der ideologische Nebel der „Kulturrevolution“ weg ist, bietet sich uns ein düsterer Anblick... Die moralische Krise der Partei kündet vom Ende des „chinesischen Modells“. „Aber was der Journalist aus „Il Giorno“ gesehen hatte, „bemerkte“ die KPS-Delegation nicht.

Wozu Peking die „Normalisierung“ der Beziehungen zu einigen kommunistischen Parteien benutzen will, verdeutlicht seine Außenpolitik noch mehr. Sie ist darauf gerichtet, die Entspannung zu unterminieren, den Militarismus zu schüren sowie einen militärpolitischen Block mit dem Imperialismus und der Reaktion gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen und progressiven Staaten, gegen die Befreiungsbewegungen einzugehen. Vor S. Carrillos Besuch und in seinem Verlauf predigten die Pekinger Führer aufdringlich die Hauptlosungen ihrer Außenpolitischen Doktrin. Deng Xiaoping orakelte: „Der Krieg ist unvermeidlich... In jedem Teil der Welt sind heute viele überzeugt, daß der Krieg in den 80er Jahren ausbricht.“ Ihm sekundierte Außenminister Huang Hua: „Die internationale Situation tendiert zu wachsender Labilität und Spannung, die Kriegsfaktoren nehmen zu...“ Die chinesischen Führer nennen die Entspannung einen „Bluff“ und fordern die US-Falken, die NATO-Militärs und die japanischen Militaristen immer wieder auf, sich mit China zu einer „Einheitsfront“ zum Kampf gegen die UdSSR „Spitze gegen Spitze“ zusammenzuschließen. Hierbei wiederholt Peking eifrig die verlogene Behauptung, die größte Kriegsgefahr gehe von der UdSSR aus.

Solche und ähnliche absurde Theesen drängt die Pekinger Führung allen Delegationen, die nach China kommen, auf. Auch für die KPS-Delegation wurde keine Ausnahme gemacht. Bei den Verhandlungen mit den spanischen Kommunisten verbang Peking nicht, daß der Angelpunkt seiner Außenpolitik hemmungsloser Antisowjetismus ist.

Wie verhielt sich die spanische Delegation dazu? In den Kommentaren zum Besuch S. Carrillos zitierte die chinesische Presse ausgiebig Hua Guofengs Worte, daß die KPCh und die KPS „vieles gemein haben, während die Differenzen zwischen beiden Parteien belanglos sind“.

Auf einer Pressekonferenz in Peking hob S. Carrillo eine „Annäherung der Standpunkte“ beider Parteien zur Frage von Krieg und Frieden hervor. Zugleich ließ er durchblicken, daß die KPS mit mehreren Thesen der chinesischen Seite nicht einverstanden ist; das betreffe die Einschätzung der UdSSR und der KPdSU, die Pekinger Vietnapolitik u. a.

Sobald aber die Rede von konkreten außenpolitischen Problemen war, mußten einige Urteile des spanischen Gastes in Peking gefallen. So unterstützte er gern die chinesische Position in bezug auf die „afghanischen Ereignisse“, blieb jedoch eine Antwort auf die Frage schuldig, wie die KPS-Führung dazu stehe, daß China Beziehungen zum faschistischen Regime in Chile unterhält. Es erfolgten auch keine Einwände gegen Dengs Aufforderung, Spanien solle der NATO beitreten, obwohl die offizielle KPS-Position in dieser Hinsicht eindeutig negativ ist.

Können aber die Geschickte von Krieg und Frieden, die politische Kräftegruppierung in der Welt, die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den kommunistischen Parteien bei den Verhandlungen von Parteien als belanglos gelten?

Im Zuge des Besuchs kamen die Seiten überein, „einander zu unterstützen und Weltfragen gemeinsam zu erörtern“. Wie und worin will Peking die spanischen Kommunisten unterstützen? Im Kampf gegen das Monopolkapital, für die europäische Sicherheit? Pekings Haltung zu diesen Fragen ist allgemein bekannt: Sie ist nämlich der Position der Kommunisten diametral entgegengesetzt. Die erwähnte Aufforderung zum NATO-Beitritt Spaniens ist ein genügend beredtes Beispiel. Bekannt ist auch, wem die Sympathien der Pekinger Führer in Wirklichkeit gehören. Vor kurzem brachte eine italienische Journalistin Deng Xiaoping in Verlegenheit. Sie fragte: „Wie ist es denn möglich, daß Sie auf Pol Pots Seite stehen?.. Wieso unterhalten Sie Beziehungen zu gewissen Menschen? Pol Pot ist ja bei weitem nicht der einzige. Als Generalissimus Franco gestorben war, kamen die ersten Blumen von den Chinesen, und auf dem Kranz prangte Zhou Enlai Name?“ In der Tat sind die bei ihren Völkern verhafteten und heute gestürzten Tyrannen — der Schah von Iran, Pol Pot, Bokassa, Somoza — in den letzten Jahren die besten Freunde Pekings geworden. Auch heute zählen Sadat, Pinochet und andere Diktatoren zu seinen Freunden.

Zu den häufigsten Besuchern Pekings zählen heute auch Pentagon-Generale, NATO-Exponenten und

japanische Militaristen. Hat die Führung der für ihre revolutionären Traditionen berühmten Partei der spanischen Kommunisten keine Bedenken angesichts einer solchen „Protokoll-Liste“?

Übrigens hindert die „Normalisierung“ der Beziehungen zu kommunistischen Parteien Peking nicht daran, mit Pomp auch Delegationen promaoistischer Spalter zu empfangen, obwohl sie den Kommunisten, darunter den italienischen und den spanischen, unverkennbar feindlich gegenüberstehen. Offenbar will Peking seine doppelzünglerische Taktik legalisieren und die Beziehungen parallel sowohl zu den Kommunisten als auch zu den promaoistischen Spaltern in denselben Ländern entwickeln.

Bei den Kontakten zwischen der KPS und der KPCh wurde erklärt, die „Normalisierung“ ihrer Beziehungen liege im Interesse der gesamten kommunistischen Weltbewegung. Ist dem so?

Peking will offensichtlich die „Normalisierung“ der Beziehungen zu einigen kommunistischen Parteien dazu benutzen, den Kampf der Kommunisten um seinen internationalen Inhalt zu bringen und die KPdSU und die UdSSR international zu isolieren. Zugleich ist Peking bestrebt, mit Hilfe der Autorität der kommunistischen Parteien das eigene verlorene Prestige bei den demokratischen Kräften der Welt und dem chinesischen Volk selbst aufzupolieren, hinter dem politischen Vorhang jedoch eine militärpolitische Allianz mit dem Imperialismus, die sich gegen diese Kräfte richtet, aufzuziehen. Deshalb fragen sich viele Kommunisten: Sind in dieser Situation Schritte in Richtung Peking nicht ein Treten in die Fußstapfen derjenigen, die auf abschüssiger Bahn immer rascher zu den reaktionären imperialistischen Kreisen abgleiten, und werden solche Handlungen nicht den Kampf für die prinzipiellen Ziele der kommunistischen Parteien schädigen, nicht die internationalistische Unterstützung für die Völker schwächen, die um ihre nationale und soziale Befreiung ringen?

Ein weiteres Moment. Die Zeitung „Renmin ribao“ schrieb: „Wir müssen uns ... der großen Verantwortung für die kommunistische Weltbewegung bewußt sein.“ Lassen wir die Frage einmal beiseite, wer der KPCh so umfassende Vollmachten erteilt hat, die Verantwortung für die Tätigkeit der mehr als 90 kommunistischen und Arbeiterparteien zu tragen. Wie man in Peking diese „Verantwortung“ versteht und welches Kriterium die derzeitige chinesi-

sche Führung für die Beurteilung des Wirkens der kommunistischen Parteien vor allem anwendet, geht aus der Erklärung Hu Yaobangs hervor, ausschlaggebend für die Richtigkeit der Position der anderen Parteien „ist vor allem, inwiefern sie sich von der KPdSU abgrenzen haben“.

Aber die KPdSU verfolgt ihre Politik in voller Übereinstimmung mit den gemeinsamen Interessen der kommunistischen Weltbewegung und läßt sich konsequent von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus leiten. Wenn die Pekinger Führung eine „Abgrenzung“ gegen die KPdSU verlangt, will sie in Wahrheit eine Abkehr der kommunistischen Parteien von den marxistisch-leninistischen Prinzipien und eine ihr erwünschte Veränderung in den Positionen der kommunistischen Weltbewegung durchsetzen.

Die fast 20 Jahre ideologischer Streitereien der KPCCh-Führer mit den Kommunisten der Welt haben klar genug erwiesen, daß hinter solchen Prätentionen jedesmal die Tendenz steckte, der kommunistischen Weltbewegung die Pekinger Hegemonie aufzuwingen und die vitalen Prinzipien des Marxismus-Leninismus durch die maoistischen Konzeptionen zu ersetzen. Die Haltlosigkeit dieser Konzeptionen in bezug auf die chinesischen Verhältnisse ist schon allgemein anerkannt. Aber auch wer im Ausland die „Verantwortung“ Pekings für die kommunistische Weltbewegung anerkannte und seine strategischen Rezepte in die Tat umzusetzen versuchte, hat erfahrungsgemäß große, manchmal sogar nicht wiedergutzumachende politische Verluste erlitten. Diese Lehren der Geschichte dürfen nicht vergessen werden.

Es liegt auf der Hand: Peking will die kommunistischen Parteien miteinander verfeinden, die kommunistische Bewegung spalten und schwächen. Ein solcher Kurs nützt der antikommunistischen Strategie des Imperialismus und der Reaktion.

Die KPdSU ist nach wie vor für die Erweiterung der Kontakte, die Vertiefung der Beziehungen, den Ausbau der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den Bruderparteien, um die kommunistische Weltbewegung zu konsolidieren. Die einzige mögliche Basis für eine solche Konsolidierung sind nur der Marxismus-Leninismus, der schöpferisch entwickelt und gemäß den konkreten Verhältnissen des jeweiligen Landes angewandt wird; der proletarische Internationalismus; der gemeinsame Kampf für den Weltfrieden, für den Sieg des Kommunismus.

ERFÜLLEN SICH DIE HOFFNUNGEN VON TELESFORO FUENTES SUÁREZ?

Von unserem politischen Kommentator Lew BESYMENSKI

Der Absender des Briefes, der das TASS-Büro auf dem Madrider Treffen erreichte, kam mir bekannt vor. Wirklich stammte der Brief von einem treuen NZ-Leser aus Las Palmas, Telesforo Fuentes Suárez, dessen Zuschriften unsere Wochenschrift auch veröffentlicht hat. Diesmal bat er, dem sowjetischen Chefdelegierten in Madrid Leonid Iljitschow die besten Wünsche auszurichten und schrieb: „Ich möchte, daß dieses Treffen zum Wohl aller Völker erfolgreich verläuft.“

Ich denke, Fuentes Suárez steht da nicht allein. In allen europäischen Ländern löst das Madrider Treffen nicht nur starkes Interesse, sondern auch nicht minder starke Beunruhigung aus. Unter diesem Blickwinkel möchte ich die seit dem 11. November vergangenen Wochen betrachten.

Es gibt verschiedene Methoden des Bilanzierens. Man kann beispielsweise Einzelergebnisse zusammenzählen. Im Zeitalter der Kybernetik und Elektronik aber haben wir als neue Methode die Hochrechnung, mit der sich ein ziemlich genaues Resultat vorherbestimmen läßt. Leider aber kann man derartige Methoden wohl kaum dazu benutzen, eventuelle Resultate so komplizierter diplomatischer Vorgänge zu berechnen, wie es das Treffen der 35 Staaten seit dem 11. November in Madrid ist.

Spaniens Ministerpräsident Adolfo Suárez äußerte den Gedanken, am Madrider Treffen sei schon wichtig, daß es überhaupt stattfinde. Möglicherweise ergab sich diese Äußerung aus den dramatischen Vorgängen, die der Eröffnung des Treffens vorausgingen (siehe NZ 47/80). Aber, so überlege ich mir, kann man sich mit dieser Konsequenz zufriedengeben?

Die in Madrid vertretene sozialistische Diplomatie hat bei den Diskussionen der gesamteuropäischen Probleme eine Haltung bezogen, die darauf abzielt, daß die Treffensteilnehmer den Meinungsaustausch nicht zu einer „Diskussion um der Diskussion willen“ machen, sondern sich auf die Suche nach realistischen, für alle annehmbaren Lösungen konzentrieren. Dagegen

hatte übrigens (zumindest verbal) auch niemand etwas einzuwenden. Niemand wagte es, sich von Helsinki loszusagen.

Doch was dem diplomatischen Jovi nicht geziemt, darf der journalistische Bovi. Der doch ziemlich angesessene „Spiegel“ nannte seinen Beitrag unter Berufung auf einen westlichen Teilnehmer: „Der Geist von Helsinki ist tot.“ Wirklich ließen sich einige westliche Diplomaten von dieser Parole leiten. Sie argumentierten: Ja, Helsinki sei eine wichtige Etappe gewesen, doch habe sich die gesamteuropäische und die Welt-situation inzwischen grundlegend geändert (allerdings angeblich nicht durch die Schuld des Westens)...

Ein „Zwischenergebnis“ des Madrider Treffens besteht eben gerade darin, daß, während sich die Teilnehmer auf den Plenarsitzungen und in den Arbeitshilfsorganen mit Fragen der Einhaltung der Schlußakte beschäftigten, ein Bild entstand, das der kategorischen Aussage des „Spiegel“ zuwiderlief. „Der Geist von Helsinki ist nicht tot“, meinte das SPD-Organ „Vorwärts“, und trifft meiner Meinung nach damit die Tatsachen.

Das gilt für alle Bereiche der Schlußakte. Im politischen Bereich wurde eine intensive Entwicklung der zwischenstaatlichen Kontakte auf unterschiedlichsten Ebenen sowie der Abschluß vieler Abkommen konstatiert. Festgestellt wurde der Erfolg der in Helsinki ausgearbeiteten Maßnahmen zur Vertrauensstärkung. Im ökonomischen und technischen Bereich war die Wirksamkeit der Vereinbarungen von Helsinki so bedeutsam, daß man dazu einen besonderen Artikel schreiben müßte. Die Redner erwähnten den Erfolg der auf sowjetische Initiative einberufenen gesamteuropäischen Konferenz für Zusammenarbeit beim Umweltschutz. In einem dem Madrider Treffen vorgelegten Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Europa heißt es: „Das Treffen markiert den Kulminationspunkt einer mehr als dreijährigen Vorbereitungsarbeit seit der 31. Tagung 1976, auf der die Kommission in Beantwortung der Initiative der UdSSR an die Teilnehmerländer mit der Bitte herantrat, ihre Ansicht zu dem Vorschlag

gesamteuropäischer Kongresse zu Fragen der Zusammenarbeit auf den Gebieten Umweltschutz, Ausbau des Verkehrswesens und Energetik vorzulegen.“

Schließlich konnte auch im Bereich der kulturellen, humanitären und anderen Kontakte, die die Entspannungsgegner seit langem als beliebte Zielscheibe benutzen, eine wesentliche Weiterentwicklung und Verbesserung der Zusammenarbeit festgestellt werden. Und wenn jener Abschnitt des Treffens einen Sinn gehabt hat, der die Analyse der Einhaltung der Schlußakte betraf, dann bestand der keineswegs in den Versuchen einiger westlicher Delegationen, sich in Anklägerpositur zu werfen, sondern in der Klarstellung der Realität und Wirksamkeit des Programms von Helsinki.

Der US-Delegierte Kampelman z. B. wiederholte in seiner Rede die von der Realität seit langem widerlegte These, die Amerikaner seien „genau so frei, die Arbeiten von Marx und Lenin zu lesen, wie die Arbeiten von Franklin und Jefferson“. Und er fragt dann: „Haben aber die Sowjetbürger die gleiche Freiheit?“

Kampelman konnte mit seiner Tirade niemanden überraschen, am wenigsten die Vertreter der Sowjetunion, die in der Übersetzung von Fremdsprachenliteratur nach wie vor an erster Stelle steht. Hier einige Zahlen, die den Treffensteilnehmern bekanntgegeben wurden: Allein in diesem Jahr ediert der sowjetische Verlag „Progress“ Werke von 536 ausländischen Schriftstellern in der Gesamtauflage von 5 000 000; der Verlag „Chudoshestwennaja literatura“ mehr als 100 Werke in einer 15 000 000-Auflage. Insgesamt sollen über 1500 Titel ausländischer Verfasser herausgegeben werden! Für die sowjetischen Menschen ist es das Übliche, die hervorragendsten Werke ausländischer Denker — auch Franklins und Jeffersons — zu studieren. Womit aber kann Mr. Kampelman seine Behauptung von der angeblich freien Verbreitung des Marxismus-Leninismus in den USA untermauern?

Nein, Gesamteuropa hat wirklich keine abgewetzten Propagandaphrasen, sondern eine ernsthafte Analyse verdient! Wenn das geschah, dann würden die realen Perspektiven klar, die sich für die Entwicklung der Zusammenarbeit in vielen Bereichen ergeben. Wurde dagegen erneut mit demagogischen Tricks gearbeitet — und wir brachten hier nur eines von Dutzenden Beispielen! — dann wurde die Arbeit sichtlich beeinträchtigt.

Natürlich darf man keinem Irrtum

verfallen. In den von westlichen Nachrichtenagenturen und Massenmedien verbreiteten Informationen aus Madrid gab es wenig Positives. Selbst wenn es von westlichen Delegierten erwähnt wurde, ließ man diese Äußerungen unter den Tisch fallen. Alle Ausfälle gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder dagegen wurden sorgfältig gesammelt.

Merkwürdigerweise jedoch waren die Entspannungsgegner bemüht, ihren Ausfällen den Anschein einer prinzipiellen Treue zu eben dieser Entspannung zu verleihen. Die Entspannung in Europa und in der ganzen Welt, sagten sie, sei unteilbar. Von daher jedoch gelangen sie zu einer unerwarteten Schlußfolgerung: Wenn es in anderen Welträumen zu Konflikten kommt, dann verlieren die Prinzipien von Helsinki für Europa ihren Sinn. Dieser absurdenscheide wurde beispielsweise die sowjetische Hilfe für Afghanistan zugeordnet, die als Begründung für die Weigerung der USA angegeben wurde, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit der Sowjetunion fortzusetzen.

Die Delegierten der sozialistischen Länder setzten in ihren Ansprachen geduldig und argumentiert die Verlogenheit dieser Anschuldigungen auseinander. Leonid Iljitschow erinnerte die Teilnehmer sehr zu Recht daran, daß die Konzeption von der „Unteilbarkeit“ des Friedens von niemand anderem als der sozialistischen Diplomatie kam. Dieser Konzeption war und bleibt die Sowjetunion treu, die nicht nur die Ideen zur Ausweitung der Friedens- und Entspannungszonen anbietet, sondern sie auch konkret realisiert.

Wen wollen die neuerklärten Anhänger der „Unteilbarkeit der Entspannung“ in der NATO einwickeln? Schließlich waren es doch nicht sie, sondern die Sowjetunion, die in der gesamten Nachkriegszeit für Entspannungszonen in und außerhalb Europas eingetreten ist. Selbst wenn derartige Vorschläge von westlichen Ländern kamen — sagen wir, als Finnland eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa vorschlug —, stellte die NATO ein „Nein“ dagegen. Und wo war die jetzige gespielte Begeisterung, als die Sowjetunion anbot, die in Helsinki vereinbarten Vertrauensmaßnahmen auf das Mittelmeer auszudehnen und dort eine kernwaffenfreie Zone zu schaffen? Will man den jetzigen Versicherungen folgen, müßte der Westen eine solche territoriale Ausdehnung des Entspannungsprozesses akzeptieren. Aber nicht doch: Für die atlantischen Politiker ist das Mittelmeer keine Entspannungszone, sondern

die „Südflanke“ der NATO. Deshalb wird die Entspannung hier unverzüglich der Teilung und Spaltung ausgesetzt.

Aber lassen wir das, denn die westliche Konzeption der „Unteilbarkeit der Entspannung“ verfolgt ja im Grunde ganz andere Zwecke. Sie will die Entspannung gar nicht gewährleisten, sondern führt unter dem Vorwand von der Unteilbarkeit der Entspannung zur Unteilbarkeit der Spannungen. Diese Taktik verfolgt das durchsichtige Ziel, praktische Beschlüsse zum Ausbau des gesamteuropäischen Prozesses zu verhindern. Während des Meinungsaustauschs zeichnete sich eine gewisse Annäherung der Positionen einiger Delegationen in bezug auf die Einberufung einer Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa ab. Nach seiner Rückkehr aus Madrid erklärte der finnische Außenminister Paavo Väyrynen:

„Tatsächlich besteht eine ausreichend starke Einheitlichkeit darüber, daß auf dem Madrider Treffen ein Beschuß über die Einberufung der Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa notwendig wäre.“

Destützt auf diese „starke Einheitlichkeit“ drängen die sozialistischen Länder auf positive Beschlüsse. Der polnische Chefdelegierte Marian Dobrosielski legte dem Treffen am 8. Dezember offiziell den Antrag über die Einberufung einer solchen Konferenz für Oktober 1981 nach Warschau vor. Ausführlich entwickelte er ein mögliches Konferenzprogramm und rief die Delegierten zu einer konstruktiven Diskussion dieses wichtigen Antrags auf.

Von den amerikanischen Vertretern kam dazu jedoch ein Nein. Sie behaupteten, das Prinzip von der Unteilbarkeit der Entspannung gestatte keine Abrüstungsmaßnahmen in Europa, solange Konflikte in anderen Weltteilen andauerten. Ähnlich sind auch die Einwände gegen einen Ausbau der Wirtschaftskontakte, unter anderem gegen die Einberufung einer gesamteuropäischen Energiekonferenz. Für diese Konferenz aber spricht sich eine beachtliche Anzahl von NATO-Ländern und neutralen Staaten des Westens aus!

Nicht umsonst schrieb die „Washington Post“ kürzlich, die Carter-Administration werde in Madrid eine „Abwartestellung beziehen“. Wenn man sich natürlich an solche Methoden hält, dann wird das Treffen kaum die in es gesetzten Hoffnungen rechtfertigen.

* * *

Die Ereignisse der letzten Wochen in Madrid waren eine aussagestarke

Illustration der Ziele, die von den Gegnern der gesamteuropäischen Zusammenarbeit verfolgt werden. Das Madrider Treffen verläuft sozusagen auf unterschiedlichen „Ebenen“. Eine davon kann man als diplomatische Ebene bezeichnen: Dort gibt es Diskussionen, Meinungsaustausch, Vorschläge. Wie jedoch schon die Erfahrungen von Belgrad zeigten, wird die diplomatische Ebene durch das Bemühen einiger westlicher Delegationen zu billiger Propaganda benutzt. Damit gerät sie sofort auf die propagandistische Ebene, was zur Abwertung des Gedankens solcher Treffen führt.

Nehmen wir beispielsweise die Frage der Menschenrechte, die der westlichen Propaganda so viel Freude macht. Wie zu erwarten, wurde sie erneut Diskussionsobjekt, darunter auch auf dem Treffen selbst. Wie früher aber wurde bei diesen Diskussionen die grundsätzliche Schwäche jener aufgedeckt, die die Menschenrechte zu Ausfällen gegen die sozialistischen Länder gebrauchen wollen. Diese Schwäche hat in Madrid auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale ihr Vizepräsident Bruno Kreisky nicht schlecht definiert. Er äußerte, die westlichen Politiker seien häufig „blind“, wenn es um die Sicherung der Menschenrechte in Ländern gehe, die ihnen in politischer Hinsicht nahe stünden.

Ebenso lässt sich die Haltung des US-Chefdelegierten bezeichnen, der großspurig erklärte, er glaube, daß der Rekord der Vereinigten Staaten bei der Durchsetzung (dieser Prinzipien) etwas ist, auf das sie stolz sein könnten. „Wir sind frei genug, unsere Unzulänglichkeiten anzuerkennen.“ Von den „Unzulänglichkeiten“ selbst sagte er jedoch nichts! Dafür galten drei Seiten seiner Rede angeblichen Verletzungen der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern.

Zur Untermauerung wurden propagandistische „Extramaßnahmen“ getroffen. Die Hauptrolle dabei kam jenen Leuten zu, die seit einiger Zeit die außergewöhnliche Beachtung der Westpresse finden. Sogenannte Dissidenten, die ihre Länder verlassen haben oder ausgewiesen wurden, strömten nach Madrid. Ebenso eilig hatte es das Aufgebot eindeutig antisowjetischer Organisationen.

Eigentlich waren es gar nicht so viele. Mit Hilfe bestimmter Massenmedien aber wollten sie den Eindruck erwecken, als stecke ganz Madrid voll von ihnen. Ein bundesdeutscher Fernsehkorrespondent sagte mir:

„Wir sind selbst schuld. Wenn es

kein Fernsehen gäbe, würden dann diese Herrschaften ihre Kundgebungen veranstalten?“

Wenn aber irische Persönlichkeiten auf einer Pressekonferenz in Madrid von den Verletzungen der Menschenrechte in Nordirland durch England berichteten, kommt davon kein Wörtchen in die Presse. Das gleiche Schweigen im Blätterwald herrschte in bezug auf eine Pressekonferenz von Geistlichen aus der Sowjetunion. Kein Wort auch über die nichtstaatlichen Organisationen, die sich für die Einberufung einer Konferenz für militärische Entspannung aussprachen. Diese Spezifik hatte offenbar auch Fuentes Suárez im Auge, als er es in seinem Brief bedauerte, daß „die Massenmedien hier sehr tendenziös sind“.

* * *

Es ist selbstverständlich, daß viele Journalisten (und auch Delegationsmitglieder) in Madrid in einem gewissen „Mikroklima“ leben. Der tägliche angespannte Sitzungsrhythmus, die ununterbrochen auftauenden praktischen Fragen beschäftigen einen nicht nur am Tage, sondern auch am Abend und manchmal sogar in der Nacht. Man kann nur über die unendliche Geduld der meisten Teilnehmer staunen, die mit so schwierigen und verantwortungsvollen Aufgaben beschäftigt sind. Das Madrider Treffen ist nicht etwa von der Welt isoliert. Es gewinnt seine wahre Bedeutung im Gegenteil erst im Zusammenhang mit der gesamten Weltlage.

Etliche Vorgänge der letzten Wochen bekräftigen die Dringlichkeit der vor den Treffensteilnehmern liegenden Aufgaben. Auf der kürzlichen Begegnung der Staatsmänner der Warschauer Vertragsstaaten wurde das Bemühen der sozialistischen Länder bekräftigt, in Madrid einen Erfolg zu erzielen. Leider gibt es Leute, die nicht dazu beitragen. Man braucht da nur an die kürzlichen NATO-Beschlüsse zu erinnern! Aber die Aufgaben bleiben. Und obwohl nun eine Arbeitspause heranrückt, die gemäß der Tagesordnung vom 20. Dezember 1980 bis zum 26. Januar 1981 dauert, bleibt das Madrider Treffen, wenn man so sagen kann, „auf der Tagesordnung“ der Weltpolitik.

Um so mehr Verantwortung tragen die Delegationen der 35 Länder, denen noch eine lange Arbeit im Madrider Kongress- und Ausstellungspalast bevorsteht. Es wäre unverzeihlich, diese Möglichkeit zur Fortsetzung des gesamteuropäischen Entspannungsprozesses auszulassen. Die Hoffnungen von Fuentes Suárez müssen in Erfüllung gehen.

Madrid—Moskau

Die Tagungen der NATO-Gremien ähneln einander wie ein Ei dem andern. Da macht die jetzige Wintertagung in Brüssel keine Ausnahme. Klagen über die „Überlegenheit“ der Warschauer Vertragsstaaten und das eigene „Hinterherhinken“. Und lange Listen neuer Raketen, Panzer, Geschütze und Flugzeuge. Schließlich müsse man die Kluft schließen! Im Ergebnis haben sich die atlantischen Antreiber des Wettrüstens eine neue kräftige Portion militaristischen Dopings injiziert.

Gewöhnliche Routine? Ja. Aber es gibt auch ein bißchen was Neues. Es gibt bedenkliche Tendenzen.

Das NATO-Oberkommando hat die Erhöhung der Kampfbereitschaft von zwei ständigen Verbänden der Marine im Atlantik und im Ärmelkanal befohlen. Obwohl die Seeleute gerade erst ein Manöver hinter sich haben, läßt man sie entgegen den Pflichten nicht auf Landgang und gestattet ihnen sogar kein Weihnachtsfest im Kreise der Lieben. Gleichzeitig verlegte Washington schleunigst vier AWACS-Flugzeuge in die BRD.

Was soll das alles? UPI äußert dazu, daß die „fliegenden Radargeräte“ im Luftraum der BRD patrouillieren sollen und damit eine „elektronische Überwachung“ über einem großen Teil Polens ausüben.

So sieht Zurückhaltung in bezug auf die polnischen Ereignisse nach NATO-Manier aus. Die „Zurückhaltung“, in der sich führende Politiker der NATO-Staaten überschlagen, sie der Öffentlichkeit zu verschaffen. Nach alldem wagen es die Verteidigungsminister der NATO-Länder noch, in ihrem Schlüsselkommuniqué zu behaupten, sie seien von der Sorge um die „Sicherheit und Stabilität“ in Europa und die Beibehaltung der normalen Beziehungen zwischen Ost und West erfüllt. Tärtüfe würde vor Neid erblassen.

Die Gefährlichkeit der Brüsseler Beschlüsse war sogar denen klar, die sie diskutierten. Die französischen Abgesandten erklärten, die USA hätten die Lage in Polen an, „um unter diesem Vorwand Westeuropa zur Durchsetzung ihrer Politik zu veranlassen“, einer Politik also, die gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten gerichtet ist.

Praktisch spekuliert die NATO auf die Entwicklung der rein inneren polnischen Vorgänge und will die Volksrepublik Polen erpressen. Diese Pläne der atlantischen Politiker müssen alle, denen der Frieden in Europa feuer ist, alarmieren.

Wie immer drückte man sich auf der NATO-Ratstagung eine Träne über die „Krise“ innerhalb des Blocks breit. Das gehört auch zur Routine. Da die „Krise“ vorhanden ist, muß man auf den Stellen des militaristischen Geschäfts und

NICHT NUR ROUTINE

Wladlen KUSNEZOW

der atlantischen Disziplin aus ihr heraushumpeln. Selbstverständlich unter dem Auge des Pentagon, dessen Chef auch gleich zur Stelle war. Harold Brown ließ die Brüsseler Mannschaft stramm stehen und vergatterte sie: „Sie müssen sich so verhalten, daß klar werde, daß ihre militärische Sicherheit für sie genau so wichtig wie für uns ist. Manchmal meinen einige unserer Verbündeten: Ja, es müsse eine Pflichtteilung geben — wir werden mit den Russen Handel treiben, ihr aber werdet uns schützen. Das ist aber nicht das, was ich Pflichtteilung nenne.“

Brown weiß besser, was die Verbündeten zu tun und zu lassen haben. Weniger Geschäfte machen, stärker aufrüsten. Und dafür jährlich mindestens 3% mehr aufwenden. Es dürfen auch 5% sein, denn so machen die USA es vor. „Es gibt praktische Anzeichen dafür, daß die neue US-Regierung diese 3% nur als Minimum betrachtet“, meldet ein US-Korrespondent aus dem Brüsseler NATO-Stab.

Tatsächlich existiert keinerlei „militärische Krise“ in der NATO, der Block zerbröckelt nicht. Dagegen besteht eine finanz-ökonomische Krise, die ein solches Stadium erreicht hat, daß sogar so wohlhabenden Ländern wie der BRD die Militärausgaben allmählich bis zum Hals stehen. Die zunehmende ökonomische Krise kündigt eine heftige Auseinandersetzung in der NATO um die Höhe der Militärausgaben an. Eine Kraftprobe gab es sogar vor und während der Winter-tagung.

Auseinandersetzungen und Zwiespalt hindern die NATO-Strategen nicht, weitreichende Pläne zu zimmern. Ein bundesdeutscher Korrespondent meldet aus Brüssel: Im NATO-Oberkommando werde die Neuorientierung nach den Ereignissen in Afghanistan debattiert. Eine Reuter-Meldung aus Tokio besagt: Dort hat eine Gruppe US-amerikanischer und japanischer außenpolitischer Experten

ten an die USA, Japan und die NATO appelliert, „eine neue gemeinsame Sicherheitsstrategie zu entwickeln“. In der britischen „Financial Times“ finden wir einen Artikel von Malcolm Rutherford, der behauptet, die westliche Betrachtungsweise des Sicherheitsproblems sei veraltet und man müsse eine neue finden.

Deren Konturen sind allerdings noch recht verschwommen. Die politischen, wissenschaftlichen oder journalistischen Strategen lassen die Katze nicht aus dem Sack. Doch der Haupttrend ist zu erkennen. Der Autor des „Financial Times“-Beitrags beruft sich auf eine Äußerung der britischen Regierungschefin Thatcher, die es für wünschenswert hält, „gemeinsame Bemühungen zur Stärkung der wichtigsten Länder der dritten Welt zu unternehmen“. Versuchen wir, diese Formulierung zu verdeutlichen. Als wichtigste für den Westen gelten jene, die man zu Stützpunkten machen kann, wo Vorposten errichtet werden können, mit denen sich der Westen ganze Regionen und viele Länder seinen strategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen gefügt machen kann. In Südwestasien ist das Pakistan, in Südostasien Thailand, in Nahost Ägypten, in Afrika Somalia und die RSA, in Lateinamerika die Militärdiktaturen...

Die „neue Betrachtungsweise“ braucht auch eine materielle Basis. Schon lange hat man vor, die NATO zum Gendarmen auch außerhalb ihrer geographischen Zone zu machen. Das wird jetzt forciert.

Darüber hinaus möchte man die im Raum der Entwicklungsstaaten geschürte Konfrontation zu einer Kraftprobe zwischen Ost und West werden lassen. Die

Sowjetunion müsse unverzüglich gestoppt werden, verlangt Mr. Rutherford. Aber Verzeihung, wo ist denn da das Neue? Früher hieß es: „Rollback“. Es gab sogar eine „Rollbackstrategie“. Muß man wirklich jetzt so verrostetes Waffengerümpel aus der Schublade ziehen, das jahrelang Schüsse in den Ofen abgab?

Man muß den Hut vor solchen westlichen Politikern ziehen, die vor der Gefahr solcher Pläne warnen. In der gleichen Reuter-Meldung aus Tokio heißt es, einer der Experten habe eine abweichende Meinung gehabt. Die „neue Betrachtungsweise“, meint er, könne als Bildung einer provokatorischen antisowjetischen Front bewertet werden. Eine durchaus begründete Meinung, und wir wollen hoffen, daß sie in der kapitalistischen Welt genügend Anhänger findet.

Der vom Westen angewandte Dreh konnte natürlich denen nicht verborgen bleiben, gegen die er sich richtet. Auf dem Treffen der Warschauer Vertragsstaaten am 5. Dezember in Moskau wurde vor den Versuchen gewarnt, „die Position der sozialistischen Länder, der Entwicklungsstaaten und der nationalen Befreiungsbewegungen zu beeinträchtigen“. Die Sowjetunion, ihre sozialistischen Verbündeten und ihre Freunde unter den Entwicklungsstaaten besitzen genügend Mittel, die man derartigen Versuchen entgegensemmt kann. Sie möchten jedoch eine Konfrontation im Geist der Konzeption „Klinge gegen Klinge“ vermeiden, die den Pekinger und US-amerikanischen Falken in den Kram passen würde. Die Warschauer Vertragsstaaten bieten einen anderen Weg an: vereinte Anstrengungen aller Länder und Völker, um die Verankerung der Entspannung als führende Tendenz in der internationalen Entwicklung zu gewährleisten.

Braucht es wirklich irgendeine „neue Betrachtungsweise“, da es doch die Entspannungsstrategie gibt, die Ost und West gemeinsam — und nicht schlecht! — in den 70er Jahren verfolgt haben? Braucht es noch irgendein Sicherheitssystem statt der Entspannungspolitik? Wohl kaum.

Von neuen Betrachtungsweisen, Doktrinen, Strategien und Konzeptionen mit dem Ziel, die Entspannung zu ersetzen, reden am häufigsten die Leute, denen diese Politik nicht gefällt, Leute, denen es wie Mr. Rutherford leid tut, daß die USA nach Vietnam „keinen Geschmack mehr an militärischer Einmischung haben“, die haben selbst den Geschmack an der Entspannung verloren. Die friedliebenden Kräfte aber wissen ihn zu schätzen, und sie haben das entscheidende Wort.

Fliegende „Frühwarnsysteme“ vom Typ AWACS

Foto aus „U. S. News & World Report“



NEUE WINTERHILFE

In Rom machen sich Plakate der neofaschistischen Partei Italienische Soziale Bewegung — Nationale Rechtskräfte (MSI-DN) breit. Seltsamerweise fordern die Rechten: verbesserte Lage für die Jugendlichen, Veränderung des Bildungssystems, Schluß mit Rauschgifthandel und Korruption.

Die MSI-DN will die Wählergunst nicht nur mit Plakaten erringen. Sie wirft sich zu Beschützern der Armen auf und organisiert „Hilfswerke“ für Arbeits- und Obdachlose. Wenn sie an die Macht käme, würde sie für Vollbeschäftigung, wirtschaftliche Normalisierung und politische Stabilität sorgen.

„Wir haben es satt, in der Rolle von Verteidigern einer so historischen Erscheinung wie der Faschismus aufzutreten“, erläuterte der Parlamentsabgeordnete der MSI-DN, T. Di Cuddia, den „neuen Kurs“. „Wollen die Jungen, die 1960 oder 1965 geboren sind, vielleicht davon etwas wissen?“

Sollte das eine Absage an die Ideologie des Neofaschismus sein? Nein, die italienischen Rechtsextremisten ändern nur die Taktik. Die Ziele bleiben die gleichen.

Auch Mussolini und Hitler geizten seinerzeit nicht mit Versprechungen. Soziale Demagogie und Winterhilfswerk waren das politische Lockmittel, auf das Millionen hereinfielen. Aber wie sah das Ende aus?

I. GAPOTSCHEKA

„GNADE“ VOR RECHT

35 Jahre sind vergangen, seit den Kriegsverbrechern in Nürnberg der Prozeß gemacht wurde. Viele, die damals der Strafe entkamen, leben bis jetzt noch auf freiem Fuß.

So Karl-Werner Best, ehemaliger Stellvertreter des SS-Henkers Heydrich. Best war der Urheber der „Vorbeugehaft“, mit der Hundertausende hinter den Stacheldraht der KZ gebracht wurden.

Viele Kriegsverbrecher wußten von der „Gnade“, die überseeische Richter walten lassen, und begaben sich in die USA, wo sie ohne große Umstände die US-Staatsbürgerschaft erwarben. Frank Walus ist einer von ihnen. 1977 versuchte man im Staat Illinois, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Natürlich sollte er um Himmels willen nicht hinter Gitter kommen, aber doch wenigstens die Staatsbürgerschaft ver-



Dr. Merdche, der hier auf dem Balkon seines Hauses in Birkendorf (BRD) ein Sonnenbad genießt, ist ein weiterer Nazi, der friedlich unter den Fittichen der BRD-Justiz dahinlebt. Der SS-Hauptsturmführer und ehemalige Gestapochef im besetzten Orleans war nach dem Krieg in Frankreich zum Tode verurteilt worden.

Foto aus „Stern“ (BRD)

lieren. Bei der Verhandlung identifizierten Einwohner der polnischen Städte Czestochowa und Kielce den Verbrecher, der der Gestapo

DAS GELD STIMMT

Der westliche Blätterwald war voll von dem Brand eines 26-Etagen-Hotels in Las Vegas, bei dem 33 Personen umkamen und über 500 verletzt wurden. Das war der Preis für einen Fehler beim Bau des Hotels. Die Polizei hatte bei der Hoteleröffnung gewarnt, daß die Baustoffe für das Interieur leicht entflammbar seien. Aber niemand wollte auf diese Warnung hören. Denn das leicht entflammbar Material hatte die Baukosten wesentlich verbilligt.

Ein paar Brandschutzmaßnahmen hatten die Hotelmanager allerdings doch ergriffen. Sie hatten weder Zeit noch Mittel gescheut, das Casino-Personal zu unterweisen, wie es bei einem Brand blitzartig das Geld von den Spieltischen rammschen und sicherstellen könnte. Die Ergebnisse übertrafen alle Erwartungen. Zufrieden durften die Zeitungen konstatieren: „Fast alle Dollars wurden gerettet.“

L. SMIRNOWA

igen Sprößlings Papa Docs, die sich im Sessel des Präsidenten Lebenszeit niederließ.

Baby Doc machte sich frisch Werk. Es gelang ihm, die ohnehin irrsinnigen Steuern herau schrauben, die Leute müssen selbst für Naturkatastrophen zahnen. Zweimal pro Jahr, nach der Regenzeit im Herbst und im Frühjahr, die Regierung aus den Bauern aus ansässigen Ausländern „Spenden“ zur Beseitigung der Überschwemmungsfolgen herau schaften. Die Spitzenleistung Baby D waren 300 profitträchtige Betriebe Bordells für US-Touristen.

Die Großstädte der „Wirtschaftsrevolution“ auf Haiti beweisen Pläne zum Bau einer Zuckerraffinerie. Kostenpunkt 45 Mio. Dollar. Haken ist, daß schon für die bestehenden Betriebe nicht genügend Zuckerrohr vorhanden ist.

Die Presse Haitis wagte in letzten Monaten harmlose Kritik der „Wirtschaftsrevolution“ Duvaliers. Auf der Insel herrscht ausgemachter Mangel an Lebensmittel und Bedarfsgütern. Das Kopf-Einkommen ist heute eines niedrigsten in der Welt. Von je Erwerbsfähigen haben vier konstante Arbeit.

Baby Doc aber ist nicht nur „Revolutionär“, sondern auch Diktator, das scheint mancher gesessen zu haben. Zur Erinnerung wurden Hunderte Regimekritikerer Gitter gebracht.

I. DYMO

ROHRGEBIET

Ja, ein ganz gewöhnliches Rohr für die west-europäischen NATO-Verbündeten Washingtons. U.S. News & World Report lichtete es sogar in schönem Blau ab. Dieses Rohr ist eine Gasleitung. Das Rohr Moskaus". Es überzieht wie ein Spinnennetz die Niederlande, die BRD, Frankreich, Österreich und Italien. Wenn das keine Bedrohung für Westeuropa ist!

Und Washington malt weiter Schreckgespenster in die Wand. Im Juni nämlich brachte die „Prawda“ in Interview mit Nikolai Tschonow, in dem er sagte: „Im Westen, darunter in den bundesdeutschen Presse, wird intensiv die Frage über den Bau einer neuen großen Gasleitung aus den östlichen Bezirken des Gebiets Tjumen zur Westgrenze der UdSSR erörtert. Wir haben tatsächlich Angebote einiger bundesdeutscher Firmen und aus einigen anderen westeuropa-

päischen Ländern.“ Weiter erklärte Tschonow, eine endgültige Entscheidung sei noch nicht gefallen.

Das Magazin aber hatte da so seine Ahnungen. Wenn auch die Westeuropäer für die Sowjetunion Handelspartner sind, für Washington sind sie vor allem „NATO-Partner“. Deshalb fürchte man in der US-Hauptstadt, so deutet das Magazin an, die Gasleitung „verstärke die Abhängigkeit Westeuropas“ von Moskau. Ein Experte glaubt, die Verbündeten könnten der politischen Erpressung ausgesetzt werden, mit der Drohung, den Hahn zuzudrehen“.

Noch gibt es keinen Hahn. Und keinen einzigen Fall, in dem die Sowjetunion ihre Partner aufsitzen ließ, gar nicht zu reden davon, daß sie Außenhandelskontakte nicht als Erpressungsmöglichkeit be-

nutzt. Wenn jemand die Neigung dazu besitzt, dann ist das Washington.

Der französische „Figaro“ schrieb dieser Tage: „Die USA betreiben eine verstärkte Kampagne gegen Massenlieferungen dieses Gases nach Europa. Jedoch haben sie das wenigste Recht, Europa Ratschläge zu geben, da sie die Hauptschuldigen an der (Energie-) „Krise der 70er Jahre waren.“

Washington aber gibt doch so gerne Ratschläge, in erster Linie bezüglich der notwendigen Heraufsetzung der Militärausgaben. Und das Magazin findet es offenbar viel angenehmer, den westeuropäischen Lesern die Stationierungsorte für neue US-Raketen vorzustellen. Um so mehr, als der Hauptbestandteil von Raketen auch eine Art Rohr ist, allerdings von anderem Kaliber.

V. GRIBATSCHOW

Seit Januar d. J. fielen 10 000 friedliche Bürger El Salvadors dem blutigen Terror zum Opfer. Die Regierungsjunta stützt sich bei ihren Versuchen, den Widerstand zu brechen, auf Militär- und Wirtschaftshilfe aus Washington



Zeichnung: W. Rotr

HEUTE SO WIE MORGEN

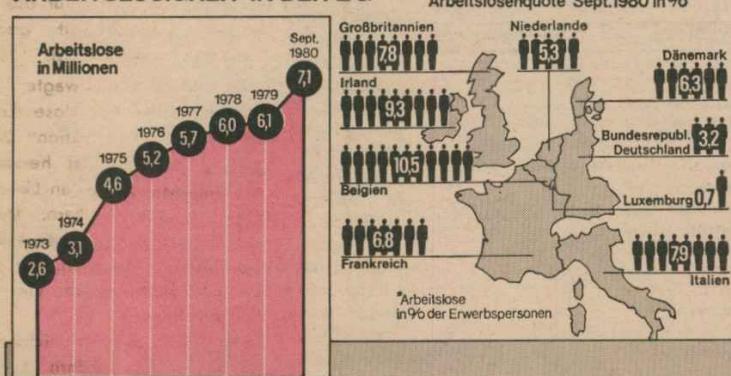
12 000 Dollar waren dem kanadischen Verteidigungsministerium nicht zu schade für eine Meinungsumfrage nach den Aussichten von Frieden und Krieg. Herauskam: Die meisten Kanadier sind fest überzeugt, daß der Krieg unvermeidbar sei und Kanada unausbleiblich in ihn verwickelt werde. Wie paradox das auch klingt, im Ministerium konnte man kaum seine Freude über die Umfrageergebnisse verbergen. Die 12 000 Dollar taten ihm nun wirklich nicht leid.

Schon lange heizen die kanadischen Behörden die Kriegspsychose an. Letztes Beispiel: Die Erklärung des kanadischen Vertreters in der NATO, Admiral Robert Falls. Das Schlimmste sei, verkündete der Admiral, daß Kanada noch zu wenig gerüstet sei und nicht genügend Mittel für die Armee bewillige. „Die Sowjets“, drohte er, seien bereit, soviel Geld wie nötig auszugeben, „um die gesamte Skala ihrer Möglichkeiten zur Entfesselung eines Krieges zu verbessern.“ Angesichts dessen gebe es nur einen Trost: Es sei gut, daß die NATO-Länder die Erhöhung ihrer Militärausgaben auf jährlich 3% beschlossen hätten, obwohl auch das noch etwas wenig sei, wenn man es recht überlege.

Jetzt hat Falls ein neues Argument: Seine Landsleute hätten sich mit der Unausbleiblichkeit des Krieges schon abgefunden und würden das auch mit einer jährlichen Heraufsetzung des Militäraushalts Kanadas tun. Obwohl es keinerlei „sowjetische Bedrohung“ gibt, werden die Kanadier zur Kasse gebeten. Heute so wie morgen.

G. VIKTOROW

ARBEITSLOSIGKEIT IN DER EG



Ein wahres Rekordjahr für die EG im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit verdeutlichte „Die Zeit“ (BRD), der wir dieses Diagramm entnahmen

RIESENSTÄDTE HEUTE UND MORGEN



Gegenwart und Zukunft der größten Städte der Erde war die internationale Konferenz der UNO zur Population und Entwicklung der Städte gewidmet, die im Herbst dieses Jahres in Rom stattfand. Die Sowjetunion war durch eine Delegation Moskaus unter der Leitung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Moskauer Sowjets der Volksdeputierten Wladimir PROMYSLOW vertreten. Unser Korrespondent Wladimir Rosen führte mit ihm ein Gespräch.

Zunächst möchte ich Sie darum bitten, die Leser der Zeitschrift über Organisation und Ziele der Römer Konferenz zu informieren.

Sie wurde vom UNO-Fonds für die Tätigkeit auf dem Gebiet der Population organisiert. Eingeladen waren die Oberbürgermeister jener 80 Großstädte des Erdballs, die nach den Prognosen für das Jahr 2000 mindestens fünf Millionen Einwohner haben werden. Selbstverständlich beteiligten sich an den Diskussionen auch Architekten, Bauleute, Wirtschaftsexperten sowie Vertreter von Regierungen und interessierten internationalen Organisationen.

Die Konferenz war besonders erfolgreich, weil ihre Organisatoren rechtzeitig von den künftigen Teilnehmern ausführliches Tatsachenmaterial erhalten hatten.

Ziel der Begegnung in Rom war es, gemeinsam die Erfahrungen im modernen Städtebau auszuwerten und Wege zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die außergewöhnlich rasch wachsende Anzahl von Stadtbewohnern zu definieren. Damit hatte sich die Konferenz wichtige und edle Aufgaben gestellt. Sie betreffen die Interessen von Millionen und aber Millionen Menschen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen, Bildungsmöglichkeiten und Freizeitgestaltung.

Ein wichtiger Umstand ist hervorzuheben. Obwohl in den für die Konferenz vorbereiteten Materialien und in der Diskussion keine spezielle Erörterung erfolgte, sind wir alle von den Perspektiven einer friedlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ausgegangen. Jeder verstand, daß der Krieg praktisch den Untergang der Städte bedeuten würde. Deshalb setzten alle Konferenzteilnehmer voraus, daß die Menschheit vernünftig genug sein wird, den Frieden zu erhalten. So verliefen die Reden und zahlreichen Gespräche in freundschaftlicher Atmosphäre der Suche nach vernünfti-

gen Lösungen der Urbanisierungsprobleme.

Sie haben erwähnt, daß die Konferenzunterlagen viel Tatsachenmaterial enthielten. Wäre es möglich, wenigstens in Kürze deren Hauptsinn darzulegen?

Der Urbanisierungsprozeß kann mit folgenden Zahlen gekennzeichnet werden: 1800 wohnten weniger als 3% der Weltbevölkerung in Städten, 1900 bereits 13,8%, 1920 19,4% und 1950 25,4%. In diesem Jahr betrug der Prozentsatz 41,3%, oder 1807 Millionen Menschen. 26 Riesenstädte zählen gegenwärtig über 5 Millionen Einwohner.

Die meisten Prognosen sagen voraus, daß im Jahre 2000 die reichliche Hälfte der Menschheit in Städten wohnen und sich die Zahl der Riesenstädte bis auf 80 erhöhen wird. Einige Städte, die sogenannten Agglomerationen, werden astronomische Ausmaße erreichen. So wird angenommen, daß zu Beginn des nächsten Jahrhunderts Mexiko-City auf 31,6 Millionen, Tokio auf 26 Millionen und New York auf 22 Millionen Einwohner anwachsen werden.

Welche charakteristischsten Probleme der Urbanisierung kamen auf der Konferenz zur Sprache?

Unsere westlichen Kollegen haben betont, daß der rasche Urbanisierungsprozeß viele negative Folgen mit sich bringt.

In den meisten Ballungsgebieten ist die Luft durch Smog und Rauch vergiftet. Die Gewässer sind ebenfalls verschmutzt. Arbeitslosigkeit, Teilbeschäftigung, Armut und Entbehrungen nehmen ein bedrohliches Ausmaß an. Nicht weniger spitzen sich auch solche sozialen Probleme zu, wie die Ausbeutung und Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel der Umsiedler und illegitimen Einwohner, sowie die zunehmende Kriminalität.

Die städtische Kommunalwirtschaft und besonders die Pläne für Neubebauung liegen in den Fesseln des Privateigentums an Grund und Boden. Heutzutage beträgt der Wert einer Bodenparzelle in den kapitalistischen Hauptstädten und Großstädten nicht selten bis zu 60% des Wertes der darauf erstellten Gebäude mit allen Nebenkosten. Viele Städte leiden an Übervölkerung, insbesondere in den Entwicklungsländern; sanitäre Betreuung und Gesundheitswesen sind unzureichend. Die Städte werden von Nissenhütten überwuchert — kläglichen selbstgebauten Behausungen.

Gegenwärtig vollzieht sich parallel zur Urbanisierung auch ein anderer Prozeß — die wohlhabenden Stadtbewohner wandern in die Vorstädte ab oder lassen sich außerhalb der offiziellen Stadtgrenzen nieder. So hat sich von 10 der größten Städte der USA 1956—1975 lediglich Los Angeles bevölkerungsmäßig vergrößert. New York schrumpfte um 5%, Boston um 20%, Detroit um 30% und Saint Louis sogar um 38%. Die wohlhabendsten Bürger wandern ab, und so werden sie Städte zu Zentren der Armut.

Die Abwanderung der wohlhabenden Stadtbewohner hat weitreichende Folgen. Sie zahlen keine Steuern mehr an die Stadt, die zum Beispiel in New York doppelt so hoch sind wie in den kleinen Städten. Der kommunale Haushalt gerät in eine katastrophale Situation. Krankenhäuser müssen geschlossen, Lehrer und Ärzte entlassen und die Zahl der Polizisten reduziert werden. Ganze Stadtviertel verfallen und verwandeln sich in Ruinen.

Wegen der hohen Steuern und anderer Unannehmlichkeiten verlassen auch Betriebe und Firmen die Stadt. Deshalb sinkt die Zahl der Arbeitsplätze bedeutend, und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Ähnliche Vorgänge spielen sich auch in anderen Riesenstädten des Westens ab. So sind die Bevölkerungszahlen in London, im zentralen Teil von Paris und in Tokio zurückgegangen.

Gleichzeitig weiten sich die Vorstädte aus, was seinerseits neue Probleme aufwirft. Die Straßen, auf denen die Bewohner der Vorstädte zur Arbeit ins Zentrum räsen, sind verstopft. Im Gefolge der Reichen aber wandern auch die Verbrecher ab, um in der Nähe ihrer potentiellen Opfer zu bleiben.

Neben diesen unerfreulichen Feststellungen sind offenbar

**auch Vorschläge zur Lösung
brennender Urbanisierungs-
probleme unterbreitet wor-
den?**

Selbstverständlich haben die Architekten und Städtebauer der kapitalistischen Länder in Jahrzehnten große Erfahrungen gesammelt. Sie schlagen sich in Empfehlungen und Entwicklungsplänen für die größten Städte nieder. Es sei nur an die Regionalplanung für Groß-London, den Planungsentwurf für Groß-Tokio, das Schema zur Regionalplanung für Groß-Kopenhagen, das Entwicklungsprojekt für den Raum Paris erinnert. Die Konferenz hat Empfehlungen zur Planungsstrategie für die Zukunft der Städte unterbreitet. Eine solche Strategie muß von der demographischen Gesamtpolitik der Nation, einer Politik ausgewogener Entwicklung sowie der Lösung der lebensnotwendigen sozialen Programme ausgehen.

Sie muß sich auf die Überwindung der schroffen Unterschiede zwischen Stadt und Land orientieren und damit zur Reduzierung der Landflucht beitragen. Die in Rom erarbeiteten Empfehlungen zielen auch auf eine Verbesserung der Situation in den Stadtbezirken, auf die Sorge um diejenigen, die noch in Elendsvierteln hausen, ab.

Es wurden also viele wertvolle Vorschläge gemacht. Man konnte jedoch häufig in den Reden der Konferenzteilnehmer und in privaten Unterhaltungen Klagen darüber hören, daß eine tiefe Kluft zwischen den realen Möglichkeiten der Städtebauer im Westen und den lebensnotwendigsten Erfordernissen besteht. Dies trifft vor allem auf die Verbesserung der Lebensbedingungen für die ärmsten Bevölkerungsschichten zu. Viele beschwerten sich darüber, daß sogar gute Projekte für lange Zeit verschoben werden müssen, weil der in Privatbesitz befindliche Grund und Boden ständig teurer wird.

**Wie wurde Ihre Rede aufge-
nommen? Was interessierte die
ausländischen Kollegen am
meisten an den Erfahrungen
des Moskauer Sowjets?**

Vor allem habe ich über den Generalplan Moskaus als Grundlage für die Entwicklung der Hauptstadt berichtet. Ich erinnerte daran, daß der Generalplan 1971 vom Zentralkomitee der KPdSU und vom Ministerrat der UdSSR bestätigt wurde, für die Zeit bis 1990 berechnet ist und Prognosen bis zum Jahre 2000 enthält. Er stellt ein umfangreiches Programm zur Lösung der sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Probleme dar, die sich für eine Stadt

der Zukunft ergeben. Der Plan sieht die Verwirklichung grundlegender Ideen vor wie:

— die Gliederung des Stadtgebiets in acht komplexe Planzonen mit einer Bevölkerung von je einer Million;

— den Übergang zur polyzentrischen Struktur im System des gesamtstädtischen Zentrums, wodurch die historisch entstandene Innenstadt und die Zentralen der Planzonen zu einer harmonischen Komposition vereinigt werden;

— die Verbesserung des städtischen Transportsystems, die Vervollkommnung der vorhandenen Magistralen und Straßen sowie deren Ergänzung durch Stadtautobahnen mit hoher Durchlaßfähigkeit;

— die miteinander abgestimmte Entwicklung aller Arten des städtischen und des Fernverkehrs;

— die Vervollkommnung der technischen Ausrüstung und der Versorgungseinrichtungen der Stadt;

— die Vervollkommnung der gegebenen Planung und Entwicklung des Systems der „grünen Inseln“, das unabdingbar zum Stadtbild gehört.

Anschließend habe ich Prinzipien und Methoden für die Herausbildung der Planzonen ziemlich ausführlich erläutert. Die Lösung dieser komplizierten Probleme wird durch die prinzipiellen Besonderheiten der Urbanisierung unter den Bedingungen des Sozialismus erleichtert. Für uns ist die Planung kein Traum, sondern Realität. Sie beruht auf dem sozialistischen Eigentum an Grund und Boden sowie auf dem System der gesellschaftlichen Fonds. Übrigens waren die westlichen Kollegen über die äußerst niedrigen Wohnungsmieten in Moskau erstaunt, die seit 1928 unverändert geblieben sind.

Ich habe auch betont, daß für Moskau und die anderen sowjetischen Städte demokratische Prinzipien und Arbeitsmethoden für die Tätigkeit der Sowjets der Volksdeputierten charakteristisch sind. Ich habe speziell über die Maßnahmen zur gerechteren Verteilung des Wohnraums sowie der Standortverteilung von Handelseinrichtungen, öffentlichen Speisegästestätten, Bibliotheken, Theatern, Konzertsälen, Lichtspieltheatern sowie Kindergärten und -krippen gesprochen.

Wir haben natürlich auch über unsere Sorgen gesprochen. So hat bei uns noch nicht jeder den Wohnraum, der seinen Wünschen entspricht. Obwohl während des laufenden Fünfjahrplans 21,7 Millionen Quadratmeter Wohnraum erstellt wurden, haben wir noch sehr viel zu bauen. Im künftigen Fünfjahrplan der UdSSR ist vorgesehen, Wohnhäuser mit einer Fläche von insge-

samt 530—540 Millionen Quadratmetern ihrer Bestimmung zuzuführen.

Mit einem Wort, der Erfahrungsaustausch in Rom war äußerst nützlich und diente einer breiten Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit.

Gestatten Sie eine abschließende Frage. Wie spiegeln sich die Entwicklungsperpektiven der Großstädte im Entwurf des ZK der KPdSU für den XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion „Hauptrichtungen der ökonomischen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1981—1985 und für die Periode bis 1990“ wider?

Das Wesen dieses eminent wichtigen Beschlusses des Zentralkomitees unserer Partei und der Geist, von dem er durchdrungen ist, rufen bei jedem Sowjetmenschen Befriedigung und tiefe Überzeugtheit von der Zukunft hervor.

In Moskau und Leningrad, den beiden größten Zentren, geht es um die Rekonstruktion und technische Umrüstung der Industriebetriebe. Der weiteren komplexen Entwicklung der städtischen Kommunalwirtschaft wird ebenfalls große Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Wirtschaft Moskaus mit seinen acht Millionen Einwohnern ist ein komplizierter und überaus gewichtiger ökonomischer Komplex. Obwohl in den vergangenen Jahren gute Ergebnisse erzielt wurden, bleibt noch viel zu tun übrig. So müssen automatisierte Leitungs- und EDV-Systeme sowie automatische Kontrollgeräte angewandt werden.

Praktisch beziehen sich alle Abschnitte der „Hauptrichtungen“ unmittelbar auf die Entwicklung Moskaus und unserer anderen Großstädte.

Mit einem Wort, uns steht eine große und vielfältige Arbeit bevor. Um sie so gut wie möglich zu bewältigen, müssen Stil und Methoden der Leitung verbessert sowie das Sparsamkeitsregime strenger gehandhabt werden. Außerordentlich wichtig ist es, die breiten Massen der Moskauer in die Entwicklung und Leitung der städtischen Wirtschaft einzubeziehen und ihre Initiative und schöpferische Aktivität zu erhöhen. Die Hauptstadt unserer Heimat ist ja der Stolz des ganzen Landes, vor allem aber aller Moskauer. Wir alle müssen Moskau noch schöner und noch kultivierter machen.

DER PREIS DES WETTRÜSTENS

WAS VERGEUDET WIRD

Unlängst stellte ein US-Senator in einem Artikel einen vielsagenden Vergleich an. Bei Indianern an der Pazifikküste galt der Potlatch genannte Brauch, daß die Anwärter auf die Würde des Häuptlings darum wetteiferten, wer den Stammesmitgliedern die meisten Geschenke darbrachte. Mit der Zeit artete dieser Brauch in ein Sichhineinsteigern in unnütze Ausgaben aus. In seinen wirtschaftlichen Folgen sei das, so schreibt der Senator, dem Wettrüsten ähnlich.

Die militärischen Aufwendungen in der ganzen Welt betragen jetzt über 500 Md. Dollar jährlich. Nächstes Jahr werden es wahrscheinlich noch 100 Md. mehr sein. Zugleich verhungern auf Erden jedes Jahr 30–40 Millionen Menschen. Es gibt 800 Millionen Analphabeten, und etwa 1,5 Milliarden genießen keinerlei ärztliche Betreuung. Um des Hungers, der Unwissenheit und vieler Krankheiten Herr zu werden, würde man, wie Experten der UNO errechnet haben, nur 8–10% von den globalen militärischen Aufwendungen brauchen. Auch ist festgestellt worden, daß unter dem Wettrüsten sowohl die Entwicklungs- als auch die Industrieländer leiden.

Schon die bloße Gegenüberstellung dieser Fakten läßt den einzigen vernünftigen Ausweg erkennen: eine Kürzung der Militäretats und die Verwendung der frei werdenden Summen zu friedlichen Zwecken. Dieser Ausweg hat aber viele einflußreiche Gegner. Zahlreiche westliche Geschäftsleute, Politiker, Wirtschaftsexperten und Massenmedien behaupten, das sei nicht möglich, darunter würde das Huhn leiden, das die goldenen Eier lege, die Kriegsvorbereitungen seien ein Stimulans für die wirtschaftliche Entwicklung, durch sie würden die Beschäftigungsmöglichkeiten gemehrt und der Lebensstandard gehoben.

Daß die Kanonenkönige und ihr Anhang am Wettrüsten gewinnen, ist eine Binsenwahrheit. Und die anderen Bevölkerungsschichten? Um das zu beantworten, wollen wir einmal die USA in Augenschein nehmen, die

mit ihren militärischen Aufwendungen in der Welt führend sind.

Nichts Überraschendes

Die Fürsprecher des Wettrüstens behaupten, die Erhöhung dieser Aufwendungen bedeute eine Ausdehnung der Rüstungsproduktion und folglich eine Schaffung neuer Arbeitsplätze. Umgekehrt würde ihre Kürzung unweigerlich zum Schließen von Betrieben und zu Entlassungen führen.

Das klingt im ersten Augenblick ziemlich plausibel, besonders wenn man das Argument mit „klassischen“ Beispielen belegt — die Wirtschaftsmilitarisierung im Dritten Reich habe ja der Arbeitslosigkeit in Deutschland ein Ende gemacht, und in den USA sei es im zweiten Weltkrieg nicht anders gewesen.

Gewiß, zum Produzieren von Waffen braucht man Arbeitskräfte. Das will aber nicht heißen, daß die Militarisierung der Wirtschaft ein All-

heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit ist. Der großen Depression der 30er Jahre machte nicht die Rüstungsproduktion als solche ein Ende, und wenn die US-Regierung die 80 Md. Dollar, die sie 1941–1945 jährlich für militärische Zwecke ausgab, für den Haus- und Kraftwagenbau oder für die Gewinnung von Bodenschätzen verwendet hätte, dann wäre der Nutzen viel, viel größer gewesen. Wieso?

In den 60er Jahren errechnete der bekannte amerikanische Wirtschaftsexperte Wassily Leontief (Nobelpreis), daß, wenn man die Ausgaben des Pentagons um 8 Md. Dollar kürzen würde, 254 000 Arbeitsplätze verlorengehen. Dagegen ließe die Verwendung dieser Summe im Zivilsektor 542 000 neue entstehen. Die USA gewönnen dabei somit 288 000 Arbeitsplätze.

In Chicago tagte 1975 eine Landeskonferenz für eine Kürzung der militärischen Aufwendungen, die über ein Friedensbudget diskutierte, in dem vorgeschlagen wurde, die Streitkräfte der USA um 1 Million Mann abzubauen, den Militäretat um 58 Md. Dollar zu kürzen, für die CIA und das FBI weniger auszugeben und für ein Friedensprogramm zusätzliche 125 Md. Dollar bereitzustellen. Hätte die Regierung das Friedensbudget angenommen, so wären, wie die Urheber dieses Dokuments errechnet haben, 4,8 Mio Arbeitsplätze hinzugekommen und wäre — was sie besonders hervorheben — die Landessicherheit nicht im geringsten beeinträchtigt worden.

Eine der neuesten einschlägigen Arbeiten ist von Senator Edward Kennedy veröffentlicht worden. Darin heißt es, wenn man den Etat des Pentagons für 1980 für friedliche Zwecke verwendet hätte, dann wäre die Arbeitslosigkeit in den Staaten um 1,5 Millionen zurückgegangen.

Die zahlenmäßigen Untersuchungsergebnisse sind verschieden, und das ist ja auch natürlich. Der Stand der Wirtschaft in den USA, der Wert des Dollars und schließlich die Forschungsmethoden sind zu verschiedenen Zeiten ja verschieden. Aber ausnahmslos alle ernst zu nehmenden Schriften enthalten dieselbe Schlüffolgerung, daß ein Umleiten von Mitteln aus Rüstungs- in Zivilbranchen

Was die NATO kostet



Die Länder mit den meisten militärischen Aufwendungen

1980 pro Kopf der Bevölkerung
[in Dollar]

	1980 pro Kopf der Bevölkerung [in Dollar]
USA	527
BRD	378
Norwegen	335
Belgien	334
Niederlande	314
England	276

In den 32 Jahren ihres Bestehens hat die NATO über 3 Billionen Dollar verausgabt. Zwischen 1949 und 1980 sind die militärischen Aufwendungen von 19 auf 225 Md. Dollar angewachsen.

die Beschäftigungsmöglichkeiten mehr. Das erklärt sich mit einer Besonderheit der Rüstungsproduktion: mit ihrer größeren Investitions- (teure Werkstoffe und Betriebsanlagen) und geringeren Arbeitsintensität.

Die Behauptungen der Verfechter höherer militärischer Aufwendungen werden nicht nur durch die Theorie, sondern auch durch die Praxis widerlegt. Nach offiziellen Angaben erfassen die Rüstungsindustrie und die Streitkräfte der USA zur Zeit 5 Millionen Personen, d. h. etwa 5% aller Beschäftigten. Folglich wirkt sich der militärische Sektor nur wenig auf die Beschäftigung aus. Dafür beträgt der Anteil des Pentagons am Staatsetat über 25% aller Aufwendungen!

Ein anschauliches Beispiel für die Unhaltbarkeit der Behauptung, daß zwischen der Größe des Militäretats und der Beschäftigung ein direkter Zusammenhang bestehe, liefern die letzten vier Jahre, in denen Carter im Weißen Haus residierte. Im Jahre 1977 betrug der Etat des Pentagons 100,1 Md. Dollar, 1981 aber wird er über 180 Md. ausmachen (gesamter Höchstbetrag der militärischen Aufwendungen: 171,5 Md.). Und die Arbeitslosigkeit? In derselben Zeitspanne hat sie von 7 auf 8 Millionen zugenommen.

„Selbst wenn man nicht von der direkten Gefahr einer nuklearen Katastrophe spricht, ist das Weltrüsten an sich eine zwecklose Vergeudung materieller und geistiger Güter der Menschheit, die sie so dringend braucht, um Hunger, Krankheiten und Analphabetentum zu bekämpfen und Sozial-, Energie-, Rohstoff- und ökologische Probleme zu lösen.“

Leonid BRESHNEW

Und das ist folgerichtig. Wahrscheinlich überrascht es auch Carter nicht, der ja 1977 sagte: „Ich glaube, der Übergang von den Waffen zu Waren des friedlichen Bedarfs und zu Dienstleistungen wird schließlich günstig für den Weltfrieden sein und obendrein mehr Arbeitsplätze je ausgegebenen Dollar erbringen.“

Den Hahn zudrehen

„Der Feind, der unsere Wirtschaft ... wirklich ruinieren kann, ist nicht die UdSSR oder irgendein anderes Land, das ich mir vorstellen könnte. Dieser Feind ist die Inflation“, sagte vor einem Jahr kategorisch der jetzige US-Staatssekretär, Edmund Muskie, und nicht ohne Grund. Die aus Rand und Band geratene Inflation leert die Taschen der Amerikaner, entwertet ihre Ersparnisse und senkt ihren Lebensstandard. Washington unterliegt dem gefährlichen

Feind. Macht die Inflation 1976 knapp 5% aus, so übersteigt sie jetzt 13%, und die Aussichten sind alles andere als rosig. Führende amerikanische Experten meinen, daß es in den nächsten Jahren eher schlechter als besser werden wird.

Nach dem offiziellen Standpunkt ist die Inflation vor allem auf die Verteuerung des Erdöls zurückzuführen. Sie wirkt sich ja tatsächlich auf die Wirtschaft aus, aber die USA hatten schon lange vor dem Steigen der Ölpreise eine schwere Inflation. Indessen haben große militärische Aufwendungen immer eine Inflation verursacht. Vor dem zweiten Weltkrieg verausgabten sie für die Verteidigung im Jahresdurchschnitt 1,5 Md. Dollar. Die Preise stiegen nicht. Das jähre Steigen dieser Aufwendungen in den Jahren 1941–1945 löste eine horrende Inflation aus. Im Jahre 1946 stieg der Preisindex für Mas-

UMSTELLUNG MÖGLICH

Das Kernforschungslaboratorium in Livermore (Kalifornien) ist den Amerikanern nicht weniger als die einschlägige Zentrale in Los Alamos (Neumexiko) bekannt. Entstand in der zweiten die Atombombe, so im ersten die Neutronenbombe. Offiziell ist das Laboratorium in Livermore beim Energieministerium der USA zuständig. Aber sein größter Auftraggeber ist das Pentagon, und dieses bezahlt auch den größten Teil der dort laufenden Forschungen. Sollten die USA ein völliges Verbot der Kernwaffenteste vertraglich vereinbaren, so könnten demnach 4000 von den 7000 hochqualifizierten Fachkräften, die an militärischen Projekten arbeiten, stellungslos werden.

Diese Aussicht bei einer „Friedensexplosion“ hat eine Gruppe im Labor veranlaßt, die Möglichkeit seiner Umstellung auf Zivilaufträge ins Auge zu fassen. Das Ergebnis ist ein Bericht, betitelt „Alternativen, die sich an-

deuten“. Darin ist stichhaltig nachgewiesen, daß die Umstellung ausführbar ist. Ein großer Teil der Fachkräfte könnte sich auf die Entwicklung von Alternativ-Energiequellen konzentrieren, und selbst die 2000 Forscher und Ingenieure mit der eng begrenzten Spezialität der Atomforschung könnten ihre Kenntnisse einem derart brennenden Gegenwartsproblem zugute kommen lassen, wie es die Verwendung des Atommülls aus den Atomkraftwerken ist.

Kann man das Livermore-Laboratorium die Küche des Atomsatans nennen, so ist das Gebiet Santa Clara ebenfalls in Kalifornien seine Schmiede. Dort befinden sich Betriebe führender Auftragnehmer des Pentagons: von General Dynamics, Westinghouse, Hughes Aircraft, United Technologies u. a. — eine selbst in den militarisierten USA seltene Blütenlese von Rüstungsbetrieben. Ihre jährlichen Aufträge werden



auf mehr als 2 Md. Dollar geschätzt. Das dortige Rüstungsgeschäft beschäftigt über 90 000 Personen, das sind 20% aller da Beschäftigten.

Aber auch in dieser durch Rüstungskontrakte prosperierenden Gegend denkt man besorgt an die Zukunft. Friedenskämpfer, Gewerkschafter, Geistliche und Umweltschützer haben eine Organisation mit Namen Projekt zur Umwandlung der Halbinsel gegründet mit der Aufgabe, die Umstellung der Produktion auf Friedenserzeugnisse zu verfechten. Die technischen Schwierigkeiten, auf die sich die Anhänger des Weltrüstens berufen, bestünden gar nicht. Die Flugzeugfabriken könnten sich auf öffentliche Verkehrsmittel und

senbedarfssatz um 18,2%, und zwei Jahre danach lag er um 72% über seinem Vorkriegsstand.

Ende der 40er Jahre wurden die Bewilligungen für das Pentagon stark gekürzt. Die Preise hatten sich stabilisiert. Der Koreakrieg und die damit verbundenen Ausgaben trieben die Inflation erneut in die Höhe. Schon im ersten Jahr der Kampfhandlungen erreichte sie 8%. Im folgenden Jahrzehnt (Mitte der 50er bis Mitte der 60er Jahre) führten die USA keine großen Kriege und unterließen eine starke Erhöhung der Bewilligungen für das Pentagon. Präsident Eisenhower setzte sogar einen Höchstbetrag für die militärischen Aufwendungen fest, er war der Meinung, daß eine gesunde Wirtschaft für die Landessicherheit ebenso wichtig wie die Streitkräfte sei. In diesem Zeitraum stiegen die Preise im Jahresschnitt nur um 1,1%. Dagegen wuchs die Inflation mit dem Aufschaukeln des Vietnamkriegs auf das Dreifache — von 2 auf 6% — an.

Allerdings brachte die Einstellung der Aggression in Vietnam der US-Wirtschaft keine Erleichterung wie nach dem zweiten Weltkrieg und dem Koreakrieg. Eine Ausnahme von der Regel? Nein, noch eine Bestätigung ihrer Richtigkeit. Wurden die militärischen Aufwendungen in den beiden genannten Fällen gekürzt, so

DIE MILITÄRISCHEN AUFWENDUNGEN VON ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Regionen	1960	1970	1979
	in Md. Dollar und Preisen von 1978		
Naher Osten	2,4	10,5	33,1
Afrika	0,9	5,3	10,3
Ferner Osten (ohne China und Japan)	3,3	6,3	12,1
lateinamerika	3,1	5,0	7,8
Südasien	1,6	3,4	4,7
Insgesamt	11,3	30,5	68,0

In den letzten 20 Jahren hat sich das Bruttonsozialprodukt dieser Staaten verdreifacht, ihre militärischen Aufwendungen aber haben sich versechsfacht.

(Nach Angaben der SIPRI)

schnellten sie in der zweiten Hälfte der 70er Jahre hoch.

„Wenn wir der Inflation wirklich ein Ende machen wollten, dann brauchten wir nur den riesigen Hahn der Regierungsaufwendungen für die Rüstungen zuzudrehen“, meint der namhafte amerikanische Wirtschaftsexperte Robert Heilbroner.

Dem Steuerzahler aufgehuckt

Im Stockholmer Rathaus stellt eine Wandmalerei ein kleines Männlein

Motoren umstellen, die Betriebe für elektronische Anlagen auf Kontroll- und Meßgeräte für den Umweltschutz und auf medizinische Einrichtungen und Instrumente. Mitglieder der Organisation haben die Möglichkeiten zur Nutzung der Sonnenenergie in Kalifornien untersucht und nachgewiesen, daß sich die Industrie nicht allein von Santa Clara, sondern von ganz Kalifornien von den Rüstungsaufträgen unabhängig machen könnte, wenn sie dazu überginge, die Nutzung der Sonnenenergie und anderer Alternativenergien zu erforschen und Ausrüstungen dafür zu bauen. Die Entwicklung allein dieser Branche werde rund 3 Mio neue Arbeitsplätze ergeben.

Nach ähnlichen Untersuchungen im Arbeitsdepartement von Kalifornien könnten Kräfte mit 121 von den 127 beim Raketenbau benötigten Berufen ohne besondere Umschulung in Zivilbranchen beschäftigt werden.

Man hat damit auch schon praktische Erfahrung. So hat sich die amerikanische Firma Boeing-Vertol, die Militärhubschrauber baute, auf Straßen-

bahnen und O-Busse umgestellt. Die letzteren verkehren schon in Boston und San Francisco, und ihre Straßenbahnen hat Chicago angekauft.

In England haben die Arbeiter des führenden Konzerns Lucas Aerospace einen detaillierten Plan für die Umstellung von 17 Rüstungsbetrieben auf die Zivilproduktion aufgestellt. Nach Ansicht von Prof. Jörg Huffschmidt von der Universität Bremen wäre eine auch in der Bundesrepublik möglich. So könnte Krupp-Atlas Elektronika statt der Feuerleitanlage für Leopard-2-Panzer medizinische Apparate und Rettungswagen erzeugen. Die Firma Renk baut jetzt Schaltgetriebe für Panzer, Diehl Raupen, MTU Motoren und Teves Bremsen. Sie könnten alle stattdessen Bulldozer und Schneeräumer bauen.

Die Aufzählung könnte fortgesetzt werden. Alle diese Beispiele widerlegen ein Hauptargument der Verfechter des Militarismus, daß die Umstellung praktisch unmöglich sei. Man müßte nicht nur, man kann auch aus Schwertern Flüge schmieden.

F. GORJUNOW

dar, das schwer an einem statlichen Stadtvater schleppen. Keiner weiß wer das Männlein ist, die Schweden scherzen aber es sei der Steuerzahler. Die amerikanische „Business Week“ meint, so eine Darstellung würde auch auf die USA passen, bloß daß das Männlein eine allegorische Gestalt des Pentagons schleppen müßte.

Je mehr Geld dieses bekommt, desto höher werden die Steuern, denn die militärischen Aufwendungen gehörer ja zum Staatsetat, der

in den USA zum größten Teil durch Steuern der Bevölkerung gebildet wird. Machten sie vor dem zweiten Weltkrieg ein Sechstel der Löhne bzw. Gehälter der Werktätigen aus, so jetzt rund 40%. Heutzutage arbeitet der Durchschnittsamerikaner 4,5 Monate im Jahr nur für die Steuer. Aber auch das reicht noch nicht, durch die Steuereinkünfte werden die staatlichen Ausgaben nicht gedeckt. So entsteht im Etat ein Fehlbetrag, dieser wird in den USA mit Anleihen „gedeckt“, und dadurch wächst die Staatsschuld (in letzter Zeit stieg sie um 50—60 Md. Dollar jährlich).

Die US-Regierung ist nicht nur im eigenen Land, sondern in der ganzen Welt am schwersten verschuldet. Beitrugen ihre Schulden 1970 381 Md. Dollar, so machen sie jetzt annähernd 900 Md. aus. Der Verlierer ist letztlich auch der Steuerzahler, denn die Staatsschulden mitsamt den Zinsen werden größtenteils mit Steuern getilgt. Das alles belastet auch schon die nächsten Generationen.

Die Amerikaner reagieren sehr empfindlich darauf, daß die USA Weltmärkte abtreten müssen und daß ihre Waren weniger konkurrenzfähig werden. Im September brachte die „U. S. News & World Report“ ein Interview mit dem Präsidenten der New Yorker Municipal Assistance Corp., Felix Rohatyn. Auf die Frage, warum die USA der Konkurrenz unterlegen, antwortete der bekannte Wirtschaftsexperte: „Wir haben Ausgaben, z. B. für die Verteidigung, die sie nicht zu tragen haben.“ Tatsächlich hat die Wirtschaft der USA eine Militarisierungsschwelle überschritten, die ihre Bündnispartner mit den westlichen

Märkten noch nicht erreicht haben. Trotzdem fangen auch sie schon an, die nachteiligen Folgen der militärischen Vorbereitungen zu spüren. Nicht von ungefähr ist die eingeplante 3prozentige Erhöhung der realen militärischen Aufwendungen seit Monaten in der NATO ein so aktuelles Thema. Viele Westeuropäer mei-

nen nicht ohne Grund, dieser Schritt sei ihrer Wirtschaft gefährlich.

* * *

„Amerika hat ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten, es kann die jetzigen Verteidigungslasten kaum tragen, und falls die Ausgaben wesentlich steigen sollten, droht ihm eine Katastrophe.“ Zu diesem Schluß ist nach Abwägen aller Für und Wider

der leitende Wirtschaftsexperte der Washingtoner Zentrale für militärische Informationen, James Treires, gelangt. Mit anderen Worten könnten nicht einmal die reichen USA wie die eingangs erwähnte Indianerhäuptlinge schmerzlos hunderte Milliarden Dollar hinauswerfen.

W. BOIKOW

EXPERTENMEINUNG

GLEICHE SCHULD?

Im letzten Jahrzehnt haben sich die globalen militärischen Aufwendungen mehr als verdoppelt und ist auch das nukleare Rüstzeug mindestens auf das Doppelte angewachsen. Noch abgefeimtere Vernichtungswaffen sind entwickelt worden. Ins Wettrüsten schalten sich immer aktiver auch Entwicklungsländer ein, deren noch labile Wirtschaft die Rüstungslasten am allerwenigsten vertragen kann. Die Welt vergeudet mehr. Und wer ist schuld daran?

Washington und seine NATO-Partner sagen, es seien die UdSSR und ihre Bündnispartner. Manche Entwicklungsländer geben beiden „Supermächten“ gleichermaßen die Schuld. Und was sagen die Tatsachen?

Das maßgebliche Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI), dem man bestimmt keine Sympathien für die UdSSR nachsagen kann, macht in seinem Jahrbuch 1980 folgende Angabe: Auf die USA und ihre NATO-Partner entfällt fast die Hälfte der globalen militärischen Aufwendungen. Das ist, wie am Institut errechnet worden ist, ungefähr doppelt soviel, wie die UdSSR und die anderen Partner des Warschauer Vertrags dafür verausgaben. Nach anderen Angaben ist der Unterschied noch größer.

Wie steht es also mit der „gleichen Schuld“? Bekanntlich dürfen ein Aggressor und sein Opfer nicht gleichgestellt werden, wenn auch beide an einem Krieg beteiligt sind. Ebensowenig darf man der UdSSR und den USA die gleiche Verantwortung für das Wettrüsten auferlegen, bloß weil beide die militärisch stärksten Länder sind. Washington hat jede neue Runde im Wettrüsten auf dem Gewissen. Die UdSSR dagegen mußte in ihrem Sicherheitsinteresse Gegenmaßnahmen treffen.

Nach Angaben des SIPRI machten das Wettrüsten der Nachkriegszeit und die damit zusammenhängenden finanziellen Aufwendungen folgende sprunghaften Veränderungen durch:

Die USA testeten 1945 als erste in der Welt eine Atomwaffe. Vier Jahre danach hob die UdSSR das amerikanische Atomwaffenmonopol auf. 1952 zündete Washington als erstes eine thermonukleare Bombe. Ein Jahr später tat es die UdSSR mit einer transportablen thermonuklearen Bombe. Im Oktober 1957 startete die UdSSR als erste einen künstlichen Erdtrabant, was von westlichen Experten als Vorsprung bei der Entwicklung interkontinentaler Waffen bezeichnet wur-

de. Im Grunde genommen war das aber eine reine Verteidigungsaktion, denn die USA hatten schon rings um die UdSSR Luftwaffenstützpunkte angelegt, auf denen sie Kernwaffen stationieren. Die UdSSR hatte keine solchen Basen. Bei den Plänen zu nuklearen Angriffen auf die UdSSR verließen sich die USA darauf, daß sie unverwundbar, weil zu weit fort seien. Insofern waren die interkontinentalen Raketen eine Antwort zwecks Herstellung des Kräftegleichgewichts.

Im Jahre 1960 lief das erste amerikanische Atom-U-Boot mit ballistischen Raketen an Bord vom Stapel. Die UdSSR nahm den Bau von U-Booten als Rakettenträger erst vier Jahre später auf. 1970 fingen die USA an, ihre interkontinentalen ballistischen Raketen mit Mehrfachsprengköpfen zu versehen. Die UdSSR ging erst 1975 daran, entsprechende Systeme einzuführen.

Das gleiche Bild sieht man heute. Die Neutronenbomben, Flügelraketen, unsichtbaren Flugmaschinen und „denkenden“ Geschosse — das alles hat die Welt den USA zu „verdanken“.

Sehr aufschlußreich finden wir auch die Einstellung der USA und der UdSSR zu einer Kürzung der Militäretats. Von seinen ersten Tagen an setzte sich Sowjetrußland dafür ein, daß Mittel aus dem Militär- dem Zivilbereich zugewendet werden. Auf der Konferenz von Genua (1922), dem ersten Welttreffen, an dem eine sowjetische Delegation teilnahm, beantragte diese einen allgemeinen Abbau der Rüstungen und Armeen. Und der Westen? Er lehnte ab.

Nach dem zweiten Weltkrieg machte die UdSSR etwa zehn Vorschläge zur Kürzung der Rüstungslasten. 1974 beantragte Moskau, daß die dem UNO-Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehörenden Staaten ihre Militäretats um 10% kürzen und einen Teil der frei werdenden Gelder für Entwicklungshilfe verwenden sollen. 1978 kam die UdSSR einem Wunsch des Westens entgegen und ergriff neuerlich die Initiative zu einer Vereinbarung der über ein großes wirtschaftliches und militärisches Potential verfügenden Staaten, ihre Militäretats nicht prozentuell, sondern absolut um eine Größenordnung zu kürzen. Der Westen hat noch jetzt kein praktisches Interesse für diese Ideen aufgebracht. Man fragt sich, was die USA und ihre Partner denn an solchen Vorschlägen auszusetzen haben könnten, falls sie wirklich gewillt sein sollten, das Wettrüsten nicht fortzusetzen.

J. STRELZOW

Tätig an der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der UdSSR
Mitglied der Abrüstungskommission des Sowjetischen Friedenskomitees

AAPSO-PLÄNE



Die Bewegung für afro-asiatische Solidarität ist schon lange für ihre antikolonialistischen Aktivitäten bekannt. Sie hat bereits Organisationen in 84 Ländern. Diese erfassen weite Kreise von verschiedenen Weltanschauungen und Glaubensbekenntnissen, die aber geeint sind in ihrem Bestreben, bestmögliche Voraussetzungen für die freie, demokratische Entwicklung der früher unterdrückten Völker zu schaffen.

Eine Präsidiumssitzung der AAPSO (Organisation für afro-asiatische Völkersolidarität — 6. und 7. Dezember in Nikosia auf Zypern) beschäftigte sich mit Methoden und Formen für die Tätigkeit dieser Bewegung, die am besten der jetzigen erschwerten internationalen Lage entsprechen. An ihr nahmen Vertreter von mehr als 50 Ländern teil.

Sie verwiesen darauf, daß die Aggressionsvorbereitungen der USA im Indik und Persischen Golf für den Frieden und die internationale Sicherheit besonders gefährlich sind. Hand in Hand mit den Imperialisten geht Peking vor, dessen hegemonistische Großmachtspolitik dem Frieden, der Entspannung sowie der nationalen und sozialen Befreiung schweren Abbruch tut. Viele Länder kennen aus eigener Erfahrung die Abtrünnigkeit der chinesischen Führung. Davon sprachen die Delegierten Vietnams, Indiens, Angolas, Äthiopiens, Afghanistans und noch anderer Länder.

Der Imperialismus strengt sich an, die frei gewordenen Länder und in ihnen bisherige Kameraden im Befreiungskampf miteinander zu verfeindeten. In Nikosia wurde große Besorgnis darüber laut, daß es den Elementen, die gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker sind, manchmal — sei es auch nur vorübergehend — gelingt, ihre Ziele zu erreichen. Es bedarf großer Bemühungen, der Uneinigkeit ein Ende zu machen, die den Imperialisten ihre Ränke erleichtert. Das Präsidium der AAPSO hat besonders an den Irak und den Iran appelliert, sie möchten ihren bewaffneten Konflikt, dessen Fortdauern Wasser auf die Mühle des Imperialismus ist, so schnell wie möglich beilegen.

In einer Generaldeklaration, die das

Präsidium angenommen hat, wird die Entschlossenheit der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung hervorgehoben, gemeinsam mit allen antiimperialistischen, friedliebenden Kräften den Kämpfern gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt jeden erdenklichen Beistand zu leisten.

Die Solidaritätsbewegung wird darauf hinweisen, daß die letzten Brüder des Rassismus und der Apartheid im Süden Afrikas ausgeräumt werden, sie wird sich konsequent dafür einsetzen, daß der Nahostkonflikt restlos beseitigt wird, davon ausgehend, daß sämtliche Truppen Israels die 1967 okkupierten arabischen Gebiete räumen und daß das arabische Volk von Palästina sein Recht auf Selbstbestimmung und Bildung eines eigenen Nationalstaates ausüben kann.

In Nikosia ist das Aktionsprogramm für das kommende Jahr aufgestellt worden. Von einigen Aktionen, die es vorsieht, berichtete unserem Korrespondenten Samadar Kalandarow, Sekretär der AAPSO, nach seiner Rückkehr aus Zypern. In der zweiten Märzhälfte tritt in Aden der AAPSO-Rat zu einer turnusmäßigen, aber erweiterten Sitzung zusammen. Vorgemerkt sind mehrere internationale Konferenzen, Kolloquien und Symposien zur Mobilisierung der Öffentlichkeit dafür, die kämpfenden Völker zu unterstützen. Auch sollen sie eine gemeinsame Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder der dritten Welt festlegen. Ein Abgeordneter aus der Republik Simbabwe von der ZANU (PF), Frederick Shava, hat dazu eingeladen, eine Konferenz der Solidarität mit dem Volk Namibias, das, geführt von der SWAPO, für seine Unabhängigkeit kämpft, in Salisbury abzuhalten. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß Vertreter Simbabwes in Nikosia erstmalig als Abgesandte des jüngsten unabhängigen Staats in Afrika aufgetreten sind.

Eine weitere Konferenz, die im Kontakt mit anderen demokratischen Weltorganisationen veranstaltet werden soll, gilt der Umwandlung des Indik in eine Zone des Friedens, der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit.

Als nichtstaatliche Organisation wird die AAPSO eine Abordnung zu der im Februar in Delhi stattfindenden Außenministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen entsenden. Beide Bewegungen, die der Nichtpaktgebundenen und die der afro-asiatischen Völkersolidarität, sind im nationalen Befreiungskampf entstanden und haben das gemeinsame Ziel, die internationalen Spannungsschilde auszuräumen und die Naturschätze der Entwicklungsländer ihren Völkern nutzbar zu machen.

A. USWATOW

Wie würden Sie die Situation in Ihrem Land charakterisieren?

Die jüngsten Geschehnisse in der RSA zeigen, daß die Krise des Apartheidregimes akuter geworden ist. Die Arbeiterklasse, die anderen Werktätigen, die Studenten und sogar die Schulkinder wollen die rassistische Unterdrückung nicht länger dulden. Fast überall kommt es zu Streiks und anderen Aktionen. Die Hauptforderung lautet: Schluß mit den rassistischen Zuständen!

Um das Volk zu beschwichtigen, suchen die Machthaber der RSA den Eindruck zu erwecken, als dächten sie ernsthaft an Reformen und kämen einigen Forderungen der Afrikaner entgegen. Eine Reihe von Kommissionen ist gebildet worden, von deren Tätigkeit die Presse viel her macht. Die veröffentlichten Reformprojekte lassen aber deutlich erkennen, daß es sich nur um Schönheitsoperationen an dem menschenfeindlichen System handelt, bei denen die Grundlagen der Apartheid unangetastet bleiben sollen.

Die Rassisten versprechen also das Zuckerbrot der Scheinreformen und bauen dabei mehr auf die Peitsche der Unterdrückung. Tausende Teilnehmer von Volksaktionen sind eingekerkert. Die Polizei schont nicht einmal Kinder; viele Schüler, die die Abschaffung des rassistischen Schulwesens gefordert haben, sind inhaftiert. Teilnehmer von Streiks sind zu Zehntausenden festgenommen und in die Bantustane deportiert worden. Den Leitern der größten Streiks drohen nach den rassistischen Gesetzen mindestens 5 Jahre Freiheitsentzug.

Die kürzliche Umstellung im Kabinett der RSA kann übrigens nur zur Steigerung der Repressalien führen. Der Einfluß des Militärklüngels und des illegalen faschistischen Broderbundes, der unbedingt die Apartheid aufrechterhalten will, hat dadurch nämlich zugenommen.

Durch die Repressalien wird die Krise des Regimes aber nur akuter. Den Ausweg weist die von unserem ANC publik gemachte Befreiungscharta, ein Programm wirklich demokratischer Umgestaltungen im Interesse der ganzen Bevölkerung der RSA.

STURM AUF DIE LETZTE BASTION

Wir bringen hier ein Interview unseres Korrespondenten im Süden Afrikas, Sergej Petuchows, mit dem Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses der RSA (ANC), Alfred NZO.



Der stellvertretende Verteidigungsminister der RSA Hendrik Coetsee hat einmal erklärt, sie werde gegen das unabhängige Simbabwe losschlagen, falls dort Stützpunkte der Partisanen des ANC Südafrikas entstünden. Was halten Sie von dieser Drohung?

Solche Äußerungen betonen nur die Aggressivität Pretorias, das Repressalien gegen diejenigen Staaten Afrikas anwendet, deren Politik ihm nicht paßt. Mit den Drohungen gegen Simbabwe will es dessen Volk zwingen, seine kämpfenden südafrikanischen Brüder nicht mehr zu unterstützen. Pretoria hofft anscheinend, dieses Volk in die Knie zwingen zu können, damit es ins Fahrwasser seiner Politik einschwenkt. Außerdem hat die RSA den Plan nicht aufgegeben, Simbabwe in das sogenannte Gestirn südafrikanischer Staaten, dieses Hirngespinst der Rassisten, einzubeziehen. Diese reaktionäre Idee hat den Sinn, die unabhängigen Länder Afrikas den südafrikanischen und den westlichen Monopolen zu unterwerfen. Die imperialistischen Mächte unterstützen das natürlich als eine Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Positionen im Süden Afrikas zu untermauern.

In derselben Erklärung des Vizeverteidigungsministers heißt

es, Pretoria habe A-Bomben und sei bereit, sie gegen Nachbarländer einzusetzen.

Niemand zweifelt mehr daran, daß Pretoria mit Unterstützung imperialistischer Länder, vor allem der BRD, Englands, der USA, Frankreichs und Israels, imstande war, eine Atom-

bombe zu entwickeln. Ob es das getan hat oder nicht, steht auf einem anderen Blatt. Besäßen die Rassisten solche Waffen, so wäre das eine ernste Gefahr für den Frieden und die Sicherheit nicht nur Afrikas, sondern der ganzen Welt. Deshalb kommt es jetzt sehr darauf an, die kriminellen Absichten Pretorias zu enthüllen und zu verhindern.

Stimmt es, daß in der RSA konterrevolutionäre Banden aufgestellt und für Wühlakte in den afrikanischen Nachbarländern gedrillt werden?

Das ist nicht zu erkennen. Das RSA-Regime stellt aus Abtrünnigen aus den Nachbarländern Söldnerbanden auf und läßt sie für seine Wühlakte drillen, um die Lage in den Nachbarländern zu destabilisieren. Ein Grund für den Beschuß der Regierung Simbabwes, die diplomatischen Beziehungen zu Pretoria abzubrechen, war der, daß Beamte der RSA-Botschaft dort für die in Namibia und gegen Angola eingesetzten Banden waren.

Unlängst haben Partisanen von den Verbänden des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation) empfindliche Schläge gegen wichtige strategische Objekte in der RSA, namentlich gegen Öl-

raffinerien, geführt. Welche Rolle spielen diese Verbände im Kampf gegen die Apartheid?

Diese Verbände sind vom ANC in unserem Land aufgestellt worden. Sie unterstützen mit ihren bewaffneten Operationen den anwachsenden politischen Kampf unseres Volkes. Unserer Ansicht nach sind politische Massenaktionen, gepaart mit einem bewaffneten Vorgehen von Partisanen, die beste Strategie, um über den Rassismus zu siegen.

Wir haben noch nicht viele Kampftruppen, sie wachsen aber an. Mit ihren Operationen fördern sie den politischen Kampf und gewinnen ihm immer mehr Teilnehmer.

Was hat die Unterstützung durch die Fortschrittskräfte der Welt für den Kampf des südafrikanischen Volkes zu bedeuten?

Wir wissen die Solidarität der Fortschrittskräfte mit unserem gerechten Kampf sehr zu schätzen. Wie Sie wissen, wird der 11. Oktober jedes Jahr als Welttag des Kampfes für die Befreiung der politischen Häftlinge aus den Kernen des Rassismus begangen. Dieses Jahr haben wir dabei besonders die Stärke der internationalen Solidarität empfunden. Sie hat unser Volk geholfen, die Aufhebung der Todesstrafe über unseren Antipartheidkämpfer James Mange durchzusetzen.

Das war ein großer Sieg unseres Volkes und der Weltöffentlichkeit. Er zeigt, daß man mit vereinten Kräften viel erreichen kann.

Jetzt ist in der ganzen RSA eine große Kampagne für die Freilassung des hervorragenden Kulturpolitikers und Politikers Nelson Mandela im Gange, den die Rassisten zu lebenslänglicher Haft verurteilt haben und der schon jahrelang im Zuchthaus auf Robben Island schmachtet.

Ich appelliere an die Weltöffentlichkeit, sich energischer für die Freilassung der politischen Häftlinge in der RSA einzusetzen.

Wir schätzen es sehr, daß unser Kampf von den sozialistischen Ländern und von allen demokratischen Bewegungen unterstützt wird. Sehr wichtig ist uns auch der Beistand der OAU. Das alles ermutigt unser Volk zur Ausdehnung des Kampfes gegen die letzte Hochburg des Rassismus in Afrika. Mag er noch so schwer sein, wir lassen uns nicht unterkriegen!

Lusaka

OBOTE WIEDERGEWÄHLT

Bei den Parlamentswahlen in der afrikanischen Republik Uganda am 10. und 11. Dezember siegte der Volkskongress Ugandas (UPC), der 66 von 126 Mandaten erhielt. Laut Verfassung ernannte die Siegerpartei den Präsidenten. Der UPC nominierte den Parteivorsitzenden Milton Obote auf diesen Posten.

Obote ist zweifellos der erfahrenste Staatsmann Ugandas, auch sehr populär. Er spielte eine wichtige Rolle im Unabhängigkeitskampf des Volkes und war der erste Präsident der Republik. Unter seiner Führung tat sie die ersten Schritte bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Aber 1971 wurde ein Militärumsturz verübt und die Diktatur General Amins errichtet.

Nach der Niederlage in dem von ihm selbst entfesselten Krieg gegen Tansania floh Amin aus Uganda, das er völlig zerrüttet hinterließ. In mehreren Gebieten wurde gehungert. Hinzu kamen die Differenzen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und die Machtkämpfe der Parteien. In dieser schwierigen Situation konnten nur ein vom Volk gesetzlich gewähltes Parlament und ein ebensolcher Präsident die Hoffnung auf eine Normalisierung bringen. Der Militärausschuß, der im Mai 1980 an die Macht kam, übernahm die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen.

Äußere Kräfte suchten die Willensäußerung des Volkes zu verhindern. Zwei US-Korrespondenten mußten des Landes verwiesen werden, zwei britische

sche Journalisten erhielten keine Einreisegenehmigung, die BBC und die „Stimme Amerikas“, die beide durch ihre provokatorischen Sendungen die ohnehin gespannte Atmosphäre in Uganda anheizten, wurden energisch zurechtgewiesen.

Die Wahlen fanden doch zum vorgesehenen Termin statt, und zwar in einer ruhigen Atmosphäre und bei hoher politischer Aktivität der Bevölkerung.

Neben dem UPC bewarben sich weitere drei Parteien um Sitze im Parlament, aber nur eine davon, die Demokratische, kam eigentlich als Herausforderer in Betracht. Sie erhielt 45 Sitze. Um diesen Mißerfolg zu erklären, behauptete die Führer der Partei, der Wahlausgang sei manipuliert worden. Doch dementierte der Leiter der Commonwealth-Beobachtergruppe solche Behauptungen.

Der UPC-Sieg zeugt davon, daß Ugandas Volk die vor 10 Jahren unterbrochene wirtschaftliche und soziale Entwicklung fortführen will.

L. SKURATOW

DAS POLITISCHE BUCH

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT



In den 50er Jahren kam der unheilvolle Ausdruck „kalter Krieg“ auf. In den 70er Jahren wurde der Menschheit mit dem neuen politischen Terminus Entspannung eine Alternative dazu angeboten. „Gründlicher politischer Dialog und umfassendere Zusammenarbeit zwischen den Staaten weisen den einzigen richtigen und sicheren Weg zur Lösung der großen und kleinen internationalen Fragen von heute.“ Mit diesem Satz beginnt der vor kurzem im Moskauer Verlag „Meshdunarodnyje Otnoshenija“ herausgegebene Sammelband „Die UdSSR und Probleme der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit“*.

Das Autorenkollektiv, Mitarbeiter der Forschungsabteilung der Diplomatischen Akademie des sowjetischen Außenministeriums, stellt in dem Buch eine fundierte Analyse an, die beweist: Von der Zusam-

menarbeit, gegenseitigen Verständigung und vom gegenseitigen Vertrauen hängt die Zukunft der Menschheit ab. Die ersten Schritte auf diesem Weg sind schon getan. Von Jahr zu Jahr vertieft sich die internationale Arbeitsteilung, die die gemeinsame Lösung globaler Aufgaben fördert. Es erweitern sich die Kontakte in Wissenschaft, Kultur und auf anderen Gebieten. Wichtige Dokumente, die die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mindern, sind signiert. An zwischenstaatlichen Abkommen beteiligen sich heute praktisch alle Länder. Die UdSSR beispielsweise unterhält Vertragsbeziehungen zu mehr als 130 Ländern. Sie ist Signatar von fast 10 000 geltenden internationalen Verträgen und Abkommen und hält sich strikt an die Ideen der friedlichen Koexistenz.

Leonid Breschnew sagte: „Der sozialistische Teil der Welt liefert durch seine innere Entwicklung und sein Herantreten an die internationales Beziehungen ein gutes Beispiel dessen, wie die großen Probleme,

die sich vor der Menschheit erheben, am besten zu lösen sind.“ Doch können die sozialistischen Länder sie nicht für die ganze Menschheit lösen, betonte er. Hier bedürfe es einer breiten und konstruktiven Zusammenarbeit aller Länder, aller Völker.

Der Nutzen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für alle Beteiligten ist heute ein Axiom. Man denke an den RGW, der die Tätigkeit der sozialistischen Länder koordiniert und lenkt. Die Vertiefung der Integration ermöglichte es ihnen, eine neue Entwicklungsstufe zu erreichen und auch ihre internationale Autorität zu erhöhen. Der wachsende Zusammenschluß und die Koordinierung des Vorgehens der sozialistischen Länder beeinflussen stark die Beziehungen zwischen den Ländern, die den unterschiedlichen sozialen Systemen angehören.

Der Ausbau der internationalen Beziehungen wirkt auch auf die dritte Welt positiv ein. Mit Unterstützung der UdSSR und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft wenden sich die Entwicklungsstaaten immer aktiver gegen den Neokolonialismus und die wirtschaftliche Unterdrückung seitens des Imperialismus und setzen sich für eine neue internationale Wirtschaftsordnung ein.

Alle Länder brauchen Entspannung und friedliche Koexistenz. Die Autoren des vorliegenden Buches zeigen das erneut anhand umfangreichen Materials.

J. LOMKO

* „СССР и проблемы международного сотрудничества“. Издательство „Международные отношения“, М., 1980.

ITALIENS SCHMERZ UND ZORN

Sergio PARDERA (Italien)

Unser Land trägt noch immer an den Folgen des katastrophalen Erdbebens. Es geschah in den Regionen Campania und Basilicata, die beide zu den ärmsten und rückständigsten im Süden gehören. Viele Ortschaften wurden buchstäblich vom Erdboden weggerissen. Die Angaben sind bis jetzt nur unvollständig: 3200 Menschen tot, 1700 verschollen, über 8000 verwundet. Doch kann man mit Bestimmtheit sagen, daß die Zahl der Opfer viel höher ist.

Über 300 000 Menschen sind nun obdachlos. Zum Teil finden sie Zuflucht in Zelten, Wohnwagen, Waggons oder Autos. Aber die Erdstöße wiederholen sich, das Wetter wird kälter und die Lage dieser Menschen immer dramatischer. Das ist ein wirklich gigantisches Drama. Der materielle Schaden läßt sich vorläufig nicht errechnen, man spricht von Billionen Lire. Auf jeden Fall sind ganze Gebiete zerstört.

Das Erdbeben in Campania und Basilicata verschärft noch die politische Situation im Lande, zumal dieses eben erst eine Serie von Skandalen erlebt hatte, in die Minister und ihre Stellvertreter, Chefs der Geheimdienste, Generale, Juristen und führende Politiker der Christlich-Demokratischen Partei (DC) verwickelt waren. Die sich vertiefende Wirtschaftskrise und die wachsende Inflation, die den Lohn auffrisst, verursachen eine immer breitere Unzufriedenheit.

Befürchtungen liegen vor, daß das Erdbeben die für Italien ohnehin bedauerliche Massenauswanderung noch steigern wird. In den vorausgegangenen 20 Jahren mußten 3 Millionen Werktätige und Arme des Südens, vom Elend getrieben, in die Industriezentren Oberitaliens oder in andere Länder Europas auswandern.

Unter diesen Umständen wird das Problem der Unterbringung der Erdbebenopfer und des Wiederaufbaus der zerstörten Ortschaften und Städte besonders akut. Bleiben die Menschen in der gebirgigen Gegend, wo sich das Drama hauptsächlich abspielte, so bedeutet das kollektiven Selbstmord. Aber trotz der düsteren Perspektiven (Kälte, Hunger, Seuchengefahr, denn unter den Trümmern liegen viele Leichen) folgten nur wenige dem Aufruf des

von der Regierung eingesetzten Hochkommissars Giuseppe Zamberletti, die heimgesuchten Gebiete zu verlassen.

Die Lage ist überaus kompliziert. Greise und Kinder müssen evakuiert werden. Aber wie? Die demokratische Öffentlichkeit fordert von der Regierung, daß gewisse Bedingungen eingehalten werden. Die Bewohner ein und desselben Ortes, erst recht die Mitglieder ein und derselben Familie dürfen nicht getrennt werden. Die Übersiedlung muß zeitweilig sein. Auf keinen Fall darf sich wiederholen, was seinerzeit in Belice (Sizilien) geschah, wo mehr als 10 Jahre nach einem Erdbeben Tausende Menschen noch immer in wohnuntauglichen Baracken hausen, oder in Friuli, woher viele emigrierten mußten. Nach dem Erdbeben in dieser Region kam es zu einem Eklat, in den Bürgermeister und führende DC-Politiker verwickelt waren. Man deckte die Unterschlagung von Mitteln auf, die für die Behebung der Erdbebenfolgen bestimmt waren.

Daß die Menschen ihre zerstörten Orte nicht verlassen wollen, hat seine Gründe. Unter den Einwohnern des Südens ist das Mißtrauen gegen den Staat tief verwurzelt. Seit 100 Jahren betrachten die Regierungen Italiens die Region des Südens als eine „innere Kolonie“, als Quelle billiger Arbeitskräfte für die kapitalistischen Großmonopole Oberitaliens und der Nachbarstaaten. Dieses Mißtrauen nahm noch zu, nachdem sich das Kabinett völlig unfähig gezeigt hat, der Bevölkerung, die beim jüngsten Erdbeben zu Schaden kam, zu helfen.

Wir wollen an folgendes erinnern. Vor 10 Jahren wurden in Italien Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Folgen der Naturkatastrophen bestätigt. Sie bleiben bisher auf dem Papier. Es gibt nur eine einzige Feuerwehr einheit von sage und schreibe 200 Mann. In der Armee, die in solchen Fällen helfen soll, wurden einige Sonderheiten ausgebildet. Aber da ein allgemeiner Aktionsplan fehlt und der Verteidigungsminister nicht rechtzeitig den entsprechenden Befehl erteilte, konnten die Truppen nicht rasch

die erforderlichen Maßnahmen treffen. Die Hilfe kam mit großer Verzögerung, und viele von denen, die hätten gerettet werden können, fanden den Tod unter den Trümmern.

Rechtzeitig und großzügig war nur die Unterstützung seitens der „roten“ Gemeinden, der Regionen der Landesmitte und des Nordens sowie seitens Zehntausender junger Freiwilliger, die von dort gekommen waren. In den heimgesuchten Gebieten trafen Tausende Kommunisten ein, um Hilfe zu leisten. Ihre konkrete Hilfe war Ausdruck der Solidarität aller einfachen Italiener mit den Opfern.

Die politische Verantwortung der Regierung steht außer Zweifel. Schuld an den Vorkommnissen sind Innenminister Rognoni (DC), der vor kurzem seinen Rücktritt einreichte, aber auf Ersuchen Ministerpräsident Forlani auf seinem Posten bleibt, und Verteidigungsminister Lelio Lagorio (Sozialist). Dieser hätte den Alarm auslösen und die Truppen einsetzen sollen, versäumte es jedoch. Von ihrer beider Schuld sprach offen und entschieden Alessandro Pertini, Präsident der Italienischen Republik, in seiner emotionalen Botschaft an die Nation, die er im Fernsehen verlas. Die DC-Führer quittierten die Botschaft mit Gegeifer.

Das Erdbeben in Campania und Basilicata stand im Mittelpunkt der jüngsten Debatten in der Abgeordnetenkammer. Sie verlief in einer geladenen Atmosphäre. Zwischen den Koalitionsparteien kam es zu einer heftigen Polemik. Forlani, der Innen- und der Verteidigungsminister mußten sich gegen eine Flut von Kritik wehren und sich vor den empörten Parlamentariern für ihr Handeln verantworten. Die Regierung erklärte, 1,5 Billionen Lire durch Einführung neuer Steuern und weitere 5,5 Billionen durch

In einer Siedlung des Erdbebengebietes

Aus: „Newsweek“ (USA)





Abänderung einiger Ausgabeposten im Haushalt 1981 bereitzustellen, damit den heimgesuchten Regionen die erste Hilfe erwiesen und mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann.

Woher sollen die nötigen Summen kommen? Hier ist noch nicht alles klar. Die Regierung beabsichtige, erklärte Forlani in der Abgeordnetenkammer, die Budgets der Gemeinden und Regionen sowie die Ausgaben für die medizinische Betreuung und den Wohnungsbau zu kürzen. Das sind gerade die Bereiche, die ohnehin in einer Krise stecken und große Summen bitter nötig haben. Am traurigsten aber ist, wie die Abgeordneten der Italienischen KP betonten, daß sich die Regierung keineswegs bereit zeigte, die Militärausgaben zu senken. Im Haushalt 1981 belaufen sie sich auf 7,5 Billionen Lire. Im Realwert bedeutet das 8% mehr als 1980: eine Rekordhöhe für Italien, weit mehr sogar, als es die USA

mit ihrer Forderung nach der 3%igen Erhöhung verlangten.

Die Abgeordneten der IKP und der anderen linken Gruppen protestierten energisch gegen diese Position der Regierung. Die Kommunisten, in deren Namen IKP-Vorstandsmitglied Giorgio Napolitano sprach, schlugen außerordentliche Maßnahmen vor. Die IKP erachtet es als notwendig, einen Wiederaufbau einzuleiten, der von Anfang an zum Plan der Entwicklung und Gesundung der heimgesuchten Gebiete gehören müsse; eine neue Wirtschaftspolitik, eine Planungspolitik und eine Politik der Reformen in Landwirtschaft und Industrie einzuführen; die Militärausgaben wesentlich zu kürzen; die Unterbringung von US-Flügelraketen in Italien nicht zuzulassen und schließlich die Ausgaben in den nichtproduktiven Wirtschaftszweigen zu senken.

Die Kommunisten forderten die Massen auf, ihre Solidarität mit den Erdbebenopfern zu bekunden. Wie Alessandro Natta, Mitglied des IKP-Sekretariats, in der kommunistischen Wochenschrift „Rinascita“ schrieb, müsse man für eine moralische Erneuerung der Landesführung kämpfen. Werde dieses Problem nicht gelöst, so sei die Republik gefährdet. Die beispiellosen Ausmaße der Skandalaffären machen das, wie Natta hervorhob, unaufschiebar.

Die Lösung der IKP lautet: „Ein anderes Italien muß regieren!“ In einem vom IKP-Vorstand angenommenen Dokument heißt es: Die ganze Nation müsse unverzüglich alle Kräfte und Reserven einsetzen, um die dramatischen Probleme der

vom Erdbeben in Mitleidenschaft gezogenen Menschen zu lösen.

Die Art und Weise, wie die Christdemokraten das Land regieren, entspreche absolut nicht dem Ernst der Lage. Als illusorisch bezeichneten die Kommunisten Versuche, die Situation nur mit Hilfe der Koalitionsparteien der letzten Jahrzehnte einzurenken. Verantwortungslos und gefährlich wäre es auch, einen Ausweg in neuen vorfristigen Wahlen zu suchen. Nach Ansicht der Kommunisten zeigt sich die DC völlig unfähig, den Staat zu sanieren und zu erneuern; folglich ist es an der IKP, die organisierende Kraft und der Garant einer Regierung zu werden, die „die besten Kräfte der italienischen Demokratie, fähige und ehrliche Menschen aus verschiedenen Parteien wie auch außerhalb ihrer Reihen vertreten und vereinigen würde“.

Auf den Vorschlag der Kommunisten über eine Regierung der demokratischen Alternative haben die DC-Führer keine einheitliche Antwort gegeben. Diese Partei wird von inneren Widersprüchen zerfleischt. Ein Großteil ihrer Mitglieder sieht die Notwendigkeit von Veränderungen ein. Vorsichtiger sind die Führer der Sozialisten und der anderen Koalitionsparteien. Sie hoffen, die Sache mit propagandistischen Erklärungen abzutun. Aber wie dem auch sei, sie werden alle die Position der Kommunisten in Betracht ziehen müssen.

Rom, im Dezember

ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE

„Wir müssen erreichen, daß kein Erdbewohner hungert, wegen seiner Überzeugungen verfolgt, gewaltsam aus seiner Heimat vertrieben oder grausam und erniedrigend behandelt wird. Es ist ein dringendes Problem unserer Zeit, allen Menschen der Welt menschliche Lebensbedingungen zu sichern.“ Diese Worte aus einer Botschaft des UNO-Generalsekretärs Dr. Kurt Waldheim schallten am 10. Dezember 1980 durch viele Länder. Sie wurden auch im Moskauer Gewerkschaftshaus, auf einer Versammlung von Vertretern der Öffentlichkeit zum Tag der Menschenrechte, der überall in der Welt begangen wird, verlesen.

Alexandra Birjukowa, Sekretär des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften, sagte in ihrer Ansprache: „Menschenrechte sind kein abstrakter Begriff. Der kapitalistische Staat deklariert gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle, beschränkt aber in der Praxis ihre Verwirklichung. Erst der Sozialismus ermöglicht die wahre Respektierung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und anderen Rechte, den freien Zutritt aller Bürger zur Arbeit, Bildung, Wissenschaft, Kultur und zur Teilnahme an der Verwaltung des Staates.“

Wie sieht es dort aus, wo die sozialistischen Länder stur beschuldigt

werden, gegen die Menschenrechte zu verstößen? Allein die USA zählen über 8 Millionen Arbeitslose. In Großbritannien wurden 1979 mehr als 200 000 Obdachlose registriert. In den meisten USA-Kliniken kostet ein Tag Aufenthalt den Patienten fast 500 Dollar.

Doch bewegen diese Probleme nicht die westlichen Schmäher des Sozialismus. Die Menschenrechte haben für manche Politiker im Westen längst ihren ursprünglichen Sinn verloren und sind zum Stoff für die Wühlpropaganda degradiert worden. Dagegen traten die Teilnehmer der Versammlung im Moskauer Gewerkschaftshaus entschieden auf.

G. SIDOROWA

IM NEUEN KIETZ

Nikolai IWANOW

Frau Elisabeth Hoffmann ist 72 Jahre alt, und 50 davon hat sie in Berlin, Fehrbellinerstraße gewohnt. Dort ist sie geboren und aufgewachsen und hat sie geheiratet. Von einem Fenster ihrer Wohnung aus sieht man ein kleines Eisenwarengeschäft. Früher war da im Souterrain das Café, in dem sie ihre Verlobung feierte. In den 30er Jahren wollten sie und ihr Mann in Mecklenburg ihr Glück versuchen, sie kehrten aber nach Berlin, in die Fehrbellinerstraße zurück, und einige Monate später wurde der Mann verhaftet.

Frau Hoffmann erhebt sich von ihrem Sessel und zeigt mir, wie die SA-Leute, die hereingestürmt kamen, nachdem sie auf einen Lärm im Treppenflur die Wohnungstür geöffnet hatte, sie auf den Treppenabsatz hinausstießen. Während der Haussuchung mußte sie draußen bleiben. Das weitere glich einem Angsttraum.

Sie nimmt das Familienalbum von einem Regal. Es erzählt von ihrem Leben hier, in dieser alten Straße Berlins, in diesem altmodisch möblierten Zimmer, in diesem Haus mit dem dunklen Hofschaft, und wir können uns lange nicht entschließen, zum Zweck unseres Besuchs zu kommen.

Frau Luise Heinze von der Hausgemeinschaftsleitung war schon öfter hier, um die alte Frau zu einem Wohnungswchsel zu überreden, denn das alte Haus soll modernisiert werden, d. h. in den alten Außenmauern soll eigentlich ein neues Haus mit allem Komfort entstehen. Zum Umbau ist das ganze Häuserviertel vorgesehen, und die Arbeiten können ein oder zwei Jahre dauern. Viele Nachbarn sind weggezogen, Frau Hoffmann kann sich aber noch immer nicht entschließen. Sie weiß, daß in der Neubauwohnung die Sorge um Kohle usw. wegfällt, ja sie war sogar schon in dem Neubauviertel in Marzahn und hat sich die blitzblanken Badezimmer und die gekachelten Küchen mit elektrischem Herd angesehen, und doch... Nicht nur die Erinnerungen halten sie im alten Haus fest. Sie sagt: „Hier kennt mich jedes Kind, und wenn ich etwas zu reparieren oder die Fenster zu putzen habe, dann findet sich immer jemand.“

Das Neubauviertel schreckt sie

damit ab, daß alles so fremd ist. In ihrem Alter schließt man nicht so leicht neue Bekanntschaften. Frau Heinze hat aber auch recht. Sie muß bis zu den ersten Frösten das alte Haus leer haben, sonst kommt die Bauorganisation aus ihrem Zeitplan. Sie macht Frau Hoffmann einen Kompromißvorschlag: während der Bauarbeiten in Marzahn zu wohnen und danach wiederzukommen, wenn es ihr dort nicht gefällt. Ich weiß, wie schwierig es war, beim Magistrat eine Wohnung zu reservieren. Das ist aber wohl der einzige Ausweg, und Frau Hoffmann, die das weiß, hat eingewilligt.

Anderntags bespreche ich mit Frau Heinze das Ergebnis: Von 16 Mietsparteien haben nur zwei die Einweisung zurückgegeben, weil sie näher bei ihrer Arbeitsstelle wohnen wollen. Frau Heinze hat ihnen vorgerechnet, daß sie von Marzahn aus schneller als früher zur Arbeit kommen, denn das Neubauviertel am östlichen Stadtrand hat schon Verbindung mit allen Bezirken der Stadt, ja die Straßenbahn kam schon hin, noch ehe die Leute einzogen. Die S-Bahn fährt zum Alexanderplatz. Marzahn ist, zum Unterschied von anderen Neubauvierteln, als Komplex bebaut. In nächster Nähe der Wohnhäuser sind Kindergärten, Schulen, Geschäfte und Cafés. Also was ist? Frau Heinze kommt auf das Gespräch mit Frau Hoffmann zurück. Diese ist ein Sonderfall, sie hat ja 50 Jahre in der Fehrbellinerstraße gewohnt. Sogar jüngere Leute ziehen nicht gern um.

Da sind zunächst einmal die Nachbarn, die man schon so manches Jahrzehnt kennt, und der Laden um die Ecke, wo man morgens immer Bekannte trifft, und das kleine Café, wo man wie zu Hause ist. Und der Frisiersalon mit dem alten Frisör, der selbst nicht mehr Haar schneiden kann, mit dem es sich aber so nett plaudert. In dieser kleinen Welt haben sich Generationen abgelöst, da kann man nicht so leicht weg, mögen die Wohnungen in Marzahn auch viel besser sein.

Frau Heinze seufzt. Vor einigen Jahren noch überlegten es sich die Leute nicht lange, eine „moderne Wohnung“ war der Gipfel der Träume. In den letzten acht Jahren haben 3,4 Millionen Bürger in der DDR Einzug in neue Wohnungen ge-

halten, und dieses Jahr allein werden 163 000 Wohnungen schlüsselfertig. Inzwischen sind die Projekte andauernd verbessert worden. Aber auch die Leute sind anders als früher. Auf der Bauausstellung in Dresden sagte mir der Architekt Hans-Klaus Kummer, daß sich die Leute jetzt nicht nur für die Wohnungen interessieren, sondern auch dafür, wie der Hof, die Straße und das ganze Viertel aussehen wird. Auch stellen sie höhere Ansprüche an die Bauqualität. Dem jetzigen Neubaumüter sind Bad, Warmwasser und Gas ebenso selbstverständlich wie Frau Hoffmann der Kohlenherd und der Badeofen. Das Fehlen eines Balkons ist für ihn ein ebensolcher Mangel wie die graue Einförmigkeit eines Wohnviertels. Er denkt nicht nur daran, wie er zur Arbeit kommt, sondern auch daran, wo er seine Freizeit verbringen wird. Im Neubau wird man ja viele Alltagssorgen los und hat mehr Muße.

Umfragen in der DDR haben ergeben, daß unter den Sorgen der Neubaumüter die der Freizeitgestaltung an einer der ersten Stellen kommt. Das Fehlen von Geschäften oder einer Reinigungsanstalt in der Nähe der Wohnung bekümmert die Leute nicht weniger als das Fehlen von Bekannten. Hatte Frau Hoffmann vielleicht das alles im Sinn, als sie ihre Einweisung zurückgab?

Als ihre Eltern in die Fehrbellinerstraße umzogen, fühlten sie sich wahrscheinlich auch eine Zeitlang fremd hier. Sie brauchten Zeit, um sich einzuleben. Die Tochter übernahm diese Nachbarschaft und brauchte das nicht mehr. Warum beschäftigt dieses Problem denn überhaupt Frau Heinze, die Architekten, Baufachleute und Soziologen? „Weil es sich dabei um den sozialistischen Aufbau handelt“, antwortet Dr. Frank Mohr.

Von den Berliner Häusern sind fast 60% zwischen 1870 und 1899 gebaut worden, in Leipzig jede dritte Wohnung um die Jahrhundertwende. Ebenso in Erfurt, Rostock und Weimar. Frau Hoffmann steht mit ihrem Problem also nicht allein da, und wenn manche Leute nicht umziehen wollen, dann ist das keine Laune. „Besteht denn die moderne Lebensweise nur aus einer Wohnung mit allen Bequemlichkeiten?“ fragt Dr. Mohr. „Dazu gehören noch viele andere Dinge, die der modernen Vorstellung von der Freizeitgestaltung, von Verkehrsmitteln und Dienstleistungen entsprechen müssen.“ Ein anderer Architekt, Dr. Bruno Flierl, schreibt, man habe sich eine neue sozialistische Stadt früher einmal neu vom Keller bis zum Dachfirst vorgestellt. Die sozialistische Gesellschaft sei doch aber ohne Traditionen, ohne Verbundenheit mit

dem Vergangenen nicht vorstellbar. Jetzt sei man von dieser kategorischen Einstellung abgekommen und verzichte nicht mehr auf die Altbauten zugunsten schöner, hoher Neubauten. Man habe es gelernt, die einen wie die anderen zu einem harmonischen Stadtbild zu verschmelzen, wenn man auch noch keine rechte Vorstellung habe, wie die Gegend um die Neubauten auszusehen hat, damit sich die Leute draußen ebenso heimisch wie in ihrer modernen Wohnung fühlen. Dieses Problem hat unzählige Aspekte.

Ich sitze wieder bei Frau Hoffmann, bloß in Marzahn. Sie erzählt mir von den ersten Wochen hier und sagt, im Park habe sie viele neue Bekanntschaften geschlossen. Wie knüpfen sich solche Bekanntschaften in Neubauvierteln an? In der Fehrbellinerstraße kannte jeder jeden mindestens vom Sehen, schon von klein auf. Hier wohnen unter einem Dach mehrere Hundert Menschen verschiedenem Alters und Berufs mit verschiedenen Interessen. Sie sehen sich höchstens im Fahrstuhl. Hans Weber erzählt in seinem neuen Roman „Einzug ins Paradies“, wie ein Kätzchen Neubaumieter miteinander bekannt macht. Es läuft weg, und das ganze Haus sucht zuerst das kleine Tier und dann seine Besitzerin. Ulkig, aber an der Sache ist etwas dran.

Die Soziologen behaupten, daß 33% aller Neubaumieter ihre Freizeit zu Hause verbringen und 30% ins Café oder Kino gehen, die gewöhnlich wenigstens 40 Minuten Fahrt vom Hause entfernt sind. Marzahn, wie es aussieht, wird, wenn es fertig ist, soll an diesen Gelegenheiten etwas ändern. Es bietet ganz in der Nähe der Häuser allerlei Möglichkeiten zum Ausspannen. Nur ein paar Zahlen: Dort sollen 23 Turnhallen, einige Dutzend Sportplätze, drei Schwimmhallen, acht Klubs, über 20 Cafés und andere Gaststätten entstehen.

Behelfsläden und zeitweilige Buslinien tragen nicht zum Heimischwerden bei. Gerade im ersten Halbjahr bemühen sich viele Neubaumieter um einen Wohnungstausch. Der Ausweg ist ein Bauen in ganzen Komplexen.

Frau Hoffmann hatte Glück: als sie umzog, bestand nebenan schon ein Feinkostgeschäft, über ein Jahr eine Wasch- und Reinigungsanstalt und sogar schon ein Park, was bei ihrem Entschluß wahrscheinlich ausschlaggebend war. Die Mieter haben selbst im Haus ein gemütliches Kellercafé eingerichtet. Solche Cafés haben übrigens ihre Vorgeschichte.

Die Einwohner von Berliner Häusern übernahmen es, in den Hausfluren und Treppenhäusern

selbst für Ordnung zu sorgen, ja sogar kleine Reparaturen auszuführen und die Anpflanzungen zu pflegen. Der Bezirksrat überweist regelmäßig die Gehälter der Portiers, Aufräumerinnen und Installateure, und so fließen z. B. einem Haus in der Koppenstraße jährlich zwischen 3000 und 4000 Mark zu. Dafür kaufen die Mieter Werkzeug für eine Tischlerwerkstatt und richten später das Café „Kajüte 17“ ein. Kajüte, weil viele Mieter gern Kahn fahren und angeln gehen, und 17 ist die Hausnummer. Das Kellercafé ist mit Fischernetzen, Signallaternen und einem blankpolierten Anker zünftig ausgestaltet, die Wände mit Brettern — billig gekauften Bauabfällen, die poliert worden sind — getäfelt. Die Barhocker stammen aus einem zum Abbruch bestimmten

alten Lokal und sind auf Hochglanz gebracht. Ähnlich ist alles andere beschafft worden, und jetzt kommen Mieter abends herunter, um Schach zu spielen, fernzusehen oder beim Kaffee oder Bier beisammen zu sitzen.

Der Kulturbund der DDR veranstaltete unlängst eine Ausstellung über Marzahn vom ersten Grundstein an. Sie wurde von Tausenden besucht. In Marzahn sind der Marktplatz und ein paar Häuschen des Dorfes Marzahn stehengeblieben. Es hat also seine Geschichte, ebenso wie die Fehrbellinerstraße. Neulich traf ich Frau Hoffmann und fragte: „Na, leben Sie sich ein?“ und sie antwortete: „In Marzahn? Da bin ich schon zu Hause.“

Berlin.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 3

Wörter und Wortverbindungen

всеноарное обсуждение

иметь возможность что-либо сделать

иметь право что-либо сделать

высказывать мнение

(высказывать)

актуальный вопрос

вносить предложение

(внести)

коллективный опыт

коммунистическое строительство

видеть высокую цель в чем?

отклик на что?

критическое замечание

Volksdebatte

die Möglichkeit haben, etwas zu tun

das Recht haben, etwas zu tun

eine Meinung äußern

die aktuelle Frage

einen Vorschlag machen, Antrag stellen

kollektive Erfahrung

der kommunistische Aufbau

ein hohes Ziel erblicken

Stimmen, Äußerungen

eine kritische Bemerkung

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

Проект ЦК КПСС к XXVI съезду партии «Основные направления экономического и социального развития СССР на 1981—1985 годы и на период до 1990 года», опубликованный недавно в печати, вынесен на всеноарное обсуждение. Это значит, что каждый советский гражданин имеет возможность и право высказывать мнение по самым актуальным вопросам развития своей страны, внести конкретные предложения и дополнения к документу, направленные на успех общего дела. Обращение к мнению трудящихся, их коллективному опыту при разработке задач коммунистического строительства — в традициях ленинской партии, которая видит высшую цель своей деятельности в служении интересам народа, повышении его благосостояния. Первые отклики на партийный документ уже поступили в редакции газет и журналов. В них содержатся деловые предложения, полезные советы, критические замечания, которые будут тщательно проанализированы и учтены в дальнейшем при реализации планов партии.

Übung 2: Prägen Sie sich folgende Ausdrücke mit dem Verb высказывать [äußern] ein:

высказывать мнение о чем?

высказывать точку зрения на что?

высказывать суждение о чем?

высказывать отношение к чему?

Übung 3: Setzen Sie in den folgenden Sätzen an die Stelle der fettgedruckten Wendungen geeignete Synonyme:

1. При обсуждении этого вопроса были высказаны разные точки зрения.
2. При утверждении плана работы несколько человек проголосовали против.
3. При заключении торгового договора присутствовали представители обеих фирм.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Man wundert sich darüber, wie unobjektiv Ihre Kommentatoren berichten. So war es z. B. mit dem Kommentar über die Lage in El Salvador. Darin wurden die Bemühungen der US-Diplomaten um eine Behebung der dortigen gefährlichen Lage absichtlich in ein falsches Licht gesetzt. Besonders kränkt mich das für Botschafter White, der den Salvadorianern aufrichtig helfen will, dem Terror ein Ende zu machen.

Luis CARRERA
Miami, Florida, USA



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Alexander
BARYSCHEW

Den US-Botschafter in El Salvador, Mr. Robert White, stellt man in der amerikanischen Presse tatsächlich als eifigen Schützer der Menschenrechte und Verfechter einer friedlichen Regelung, als ideenfreuen Demokraten und Verteidiger der Gerechtigkeit hin. Beweise dafür, daß er das alles ist, sind nicht vorhanden. Noch vor kurzem vertrat dieser so gut beleumundete Diplomat die USA bei einem der anrüchigsten Militär- und Polizeiregimes in Lateinamerika, bei der Diktatur General Alfredo Stroessners. Die US-Diplomatie hat die Führung Paraguays innerpolitisch immer stark beeinflußt. Dennoch haben die Anschauungen des Beraters von Stroessner (wie White in der westlichen Presse genannt wird) nicht das geringste an der Sachlage im Sinne einer Beserung geändert.

Kann er sich vielleicht in El Salvador rühmen, die Menschenrechte zu verteidigen?

Gleich nach seiner Ernennung dort hin (März 1980) schrieb die „Washington Post“, das sei „außer einer neuen politischen Taktik ein wichtiges Element der gegenwärtigen Strategie der USA in El Salvador“. Was für eine neue Strategie und Taktik sind das, die mit Hilfe des früheren Beraters von Stroessner in die Tat umgesetzt werden? Sie bestehen darin, daß Washington, nachdem es begann, den Verbrechen seiner Protegés in El Salvador Vorschub zu leisten, die Strafoperationen in diesem Land jetzt unverblümter unterstützt. Gleichzeitig mit dem Aufkreuzen Whites nahmen nordamerikanische Söldner, frühere „Gardisten“ Somozas, kubanische Kon-

terrevolutionäre, in Südvietnam dagekommene Saigon „Krieger“ und Mitglieder von Terrorgruppen aus Guatemala Kampfhandlungen gegen die Patrioten El Salvadors auf. Zugleich begann auch ihre intensive Belieferung mit Waffen.

Gerade unter White bekam das Unterdrückungsregime der Militär- und Ziviljunta immer neue Dollarspritzen. Gemeinsam mit ihm trafen, angeblich zur Bewachung der US-Botschaft in San Salvador, die ersten Einheiten der US-Marineinfanterie ein und gingen dort die 200 nordamerikanischen Militärexpererten zu einer regeren Betätigung über. White als hoher US-Beamter, der „der Prokonsul Washingtons“ in El Salvador genannt wird, weiß am allerbesten, daß unter unmittelbarer Leitung dieser Experten Gegenden unter Einsatz nordamerikanischer Panzer, Schützenpanzerwagen und Hubschrauber durchgekämmt und Dörfer mit Napalm eingeäschert werden, daß man dort die schon in Südvietnam ausprobierte Taktik der „verbrannten Erde“ anwendet, giftige Herbizide und Defolianten versprüht und damit ganze Gebiete infiziert, ferner mit Stacheldraht eingehügte Lager für Bauern in der Art der „strategischen Dörfer“ in Südvietnam nun auch in El Salvador anlegt.

Buchstäblich vor den Augen des neuen US-Botschafters wird die Reaktion beschleunigt aufgeschaukelt. Vor seinem Eintreffen — zwischen Jahresbeginn und März — entstanden in El Salvador über

1000 Gräber. In seiner Gegenwart, zwischen März und November, fielen rund 8000 Salvadorianer bei Strafexpeditionen.

In letzter Zeit fühlen sich die Behörden El Salvadors von der US-Diplomatie dazu ermutigt, sogar das Blut nordamerikanischer Staatsbürger zu vergießen. Unlängst ermordeten Agenten des salvadorianischen Sicherheitsdienstes nach grausamen Folterungen vier nordamerikanische Missionarinnen. Daraufhin hatte Washington El Salvador die wirtschaftliche und militärische Hilfe „zeitweilig“ gesperrt. Aber das war nur eine auf Publikumswirkung berechnete Geiste. Dieses Jahr sind El Salvador allein durch nordamerikanische Kanäle schon fast 100 Mio Dollar zugeflossen.

Obrigens gab man sich im Weißen Haus nicht lange der edlen Entrüstung über den Tod der vier Frauen hin. Die US-Regierung hob ihren Beschuß sehr bald auf, formal wegen des eiligen politischen Dekorationswechsels in San Salvador. Als Präsident ist Jose Napoleon Duarte, Führer der christdemokratischen Partei, vereidigt und Oberst Jaime Abdul Gutierrez zum Vizepräsidenten gemacht worden, Männer, die ja für die Greueln des Militärklüngels direkt verantwortlich sind.

Das ist es, worüber sowjetische Kommentatoren schreiben. Manchmal wird es auch von Kommentatoren in den USA zugegeben, also kann von einer Unobjektivität unsererseits keine Rede sein.



Vor kurzem las ich, daß sowjetische Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten den nach Jawaharlal Nehru benannten Preis erhalten haben. Was ist das?

V. SMELENTSCHUK
Baku, Aserbaidschanische SSR

Die Regierung Indiens stiftete diesen Preis 1967 zum 20. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der UdSSR. Zugleich wurde ein sowjetisch-indisches Komitee gebildet, das sowjetischen und indischen Kulturpolitikern, Staatsmännern, Schriftstellern und Journalisten für Verdienste um die Verständigung und Festigung der Freundschaft zwischen den beiden Völkern die Preise verleiht.

Jedes Jahr sind es zwei erste, zwei zweite und vier dritte Preise. Unter den Preisträgern sind Iwan Benediktow, ehemaliger Botschafter der UdSSR in Indien, der Maler Ilya Glazunow und der Maler Dmitri Nalbandian.

Die diesjährigen Preise für Verdienste um die sowjetisch-indische Freundschaft und Zusammenarbeit sowie um die Festigung der wissenschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen Indien und der UdSSR gingen an den Präsidenten und den Vizepräsidenten der sowjetisch-indischen Freundschaftsgesellschaft, Nikolai Goldin und Rostislav Ulianowski, an die Vorsitzende der Frauenkommission der Gesellschaft, Lydia Kibirkstis, sowie an den Präsidenten der AdW Tadzhikistans, Muhammed Assimow.

Verheerend



Das von Großbritannien, der BRD und Italien gemeinsam gebaute Mehrzweckkampfflugzeug trägt mit Recht den Namen Tornado. Wie Bundesverteidigungsminister Apel erklärte, hat dieser Tornado ein gehöriges Loch in den Staatssäckel gerissen: Er kostet 1,33 Md. DM. Den versammelten Spitzen seines Ministeriums hat Apel weiter mitgeteilt, daß die Erhöhung des Militäretats nicht nur darauf, sondern auch auf große Bestellungen neuer Waffen zurückzuführen sei. Für 1981 beläuft sich der Etat des Ministeriums auf die Rekordsumme von 39,75 Md. DM.

Keiner will unten sein

Am 1. Januar 1981 wird Griechenland das zehnte Mitglied des Gemeinsamen Marktes. Bei der Entscheidung, wo seine Vertreter im Brüsseler EG-Hauptquartier untergebracht werden sollen, kam es zu Unstimmigkeiten. Die Vertretungen der bisherigen neun Mitglieder befinden sich im 13. Geschöß des Gebäudes. Um dort auch noch die Griechen hineinzubringen, müßte man etwa 400 000 Dollar für Umbauten ausgeben, was der Haushaltsausschuß des Europaparlaments abgelehnt und dafür vorgeschlagen hat, sie im 12. Geschöß zu beherbergen. Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt, die Griechen seien der Meinung, diese „Herabsetzung“ könne ihrem An-

sehen schaden, was unerwünscht sei, weil in Griechenland ohnehin starke Widerstände gegen dessen Beitritt bestünden. Deshalb kommt die Sache nicht recht vom Fleck.

Rangliste der Trinker

Durch die Trunksucht wird die Wirtschaft Großbritanniens jetzt um gut 1 Md. Pfund Sterling im Jahr geschädigt. Für 750 000 Engländer haben sich infolge des Alkoholmissbrauchs „ernste“ Probleme ergeben, wie vom Ausschuß für Alkoholismus beim St.-Andrew-Krankenhaus in Northampton festgestellt worden ist. In England ist der Prozentsatz der Trinker bei den Topmanagern am höchsten. An zweiter Stelle kommen die Spirituosenhändler selbst, dann die Journalisten, die Kabarettisten, die Matrosen, Soldaten, Ärzte usw.

Haut ihn!



Ein Riesenkerl läßt einen Riesenhammer auf einen funkelnagelneuen Wagen niedersausen. Metall klappt, Scheiben gehen in Scherben. Ein zweiter Kerl tut es dem ersten gleich, ein dritter und noch einer. Jeder gibt sein Bestes her, und sie verwandeln den Wagen in einen Blechsalat. So etwas sieht man jetzt ziemlich oft in Detroit, der Kapitale des amerikanischen Wagenbaus. Zerstört werden japanische Wagen, womit die Veranstalter dieses „Wettkampfs“, amerikanische Autokonzerne, dage-

gen protestieren, daß der Automarkt in den USA mit Erzeugnissen der japanischen Konkurrenz überwemmt wird.

Das kleinere Übel



Die Kanadierin Els Early wurde vom Gericht freigesprochen, obwohl bei ihrem Haus 28 Marihuana-Stauden entdeckt wurden. Die Frau hatte erklärt, sie sei Mutter von fünf Kindern, und statt daß sich diese Rauschgift auf der Straße kaufen, noch dazu zu horrenden Preisen, sei es immerhin besser, sie hätten Eigenbau.

Nicht nur ein Handwerk gelegt

Über die Nachricht, daß der Rädelshörer der rechts-extremistischen Nationalen Heilspartei, Necmettin Erbakan, in der Türkei festgenommen und eingesperrt worden ist, hat sich am meisten die bundesdeutsche Polizei gefreut. Nicht etwa, weil ihr sein religiöser Fanatismus zuwider wäre, sondern weil er Rauschgiftschmuggel aus der Türkei nach der BRD und den Absatz in großen Partien organisierte und weil er obendrein mit dem Erlös Terrorgruppen außer in der Türkei auch in der BRD finanziert hat.

Wieder gelbe Arier

Vor einiger Zeit zählten die rassistischen Behörden in der RSA nur Europäer und Amerikaner zu den Weißen. Die Gelben und die Farbigen aller Schattierungen waren faktisch ebenso entrichtet wie die Schwarzen. Als sich dann die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der RSA und Japan anbahnten (die die Rassisten dringend brauchten,

weil sie in der Welt isoliert standen), wurden auch die Japaner für stubenrein, d. h. zu „Ehrenweißen“, erklärt. Vor kurzem nun ist diese hohe Ehre auch den Chinesen zuteilt geworden aber nur denen auf Taiwan. Das ereignete sich nach dem Besuch Ministerpräsident Pieter Bothas auf Taiwan, wo er einen großen Bahnhof hatte.

Zart ausgedrückt

Die Historische Kommission für Hessen hat ein Nachschlagebuch über „Die akademischen Lehrer der Philipps-Universität Marburg“ herausgegeben. In dem Abschnitt über den fortschrittlichen Wissenschaftler Wolfgang Abendroth heißt es von den vier Jahren, die er für seine antifaschistische Aktivität im Nazikerker zubrachte: „1937 bis 1941 passive Tätigkeit im Strafvollzug des 3. Reiches.“

Erraten!

Im Oktober erschien in Chicago eine Neuausgabe des Webster. Darin ist als 40. Präsident der USA Ronald Reagan genannt, obwohl die Präsidentschaftswahlen doch erst Anfang November stattgefunden haben.

Noch immer kein Kraut gewachsen



In den USA ist der Verkauf sämtlicher Haarwuchsmittel amtlich verboten worden. Experten haben erklärt, in Amerika gebe es noch kein Medikament gegen die leidige Glatze.

Zeichnungen:
W. Rosanew



MEZHDUNARODNAYA KNIGA

V/O „Meshdunarodnaja kniga“ bietet seinen ausländischen Lesern vom Verlag „Progress“ zum XXVI. Parteitag der KPdSU herausgegebene Bücher in Fremdsprachen:

L. I. BRESHNEW.
Unser Kurs: Frieden und Sozialismus.
In Schwedisch und Laotisch.

B. N. PONOMARJOW.
Der Marxismus-Leninismus — eine lebendige und wirksame Lehre.
In Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch.

B. N. PONOMARJOW.
Der real bestehende Sozialismus und seine internationale Bedeutung.
In Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch.

W. BAIKOWA.
Ideologischer Kampf der KPdSU und die Herausbildung des neuen Menschen.
In Spanisch.

A. BUTENKO.
Entwickelter Sozialismus: Voraussagen, Entstehen und Wesen.
In Französisch.

Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas für Frieden und Sicherheit [Paris 28.—29. April 1980].
Sammelband.
In Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch.

F. GELBUCH, P. LOPATA.
Die entwickelte sozialistische Gesellschaft: Historischer Platz und Hauptmerkmale.
In Englisch.
Grundgesetz der UdSSR.
Autorenkollektiv.
In Englisch und Spanisch.
Gegen die Story von der sowjetischen militärischen Bedrohung.
In Englisch.

W. PETROW u. a.
Die sozialistische Friedenspolitik. Theorie und Praxis.
In Englisch.

T. SMIRNOW.
Der sowjetische Mensch.
In Portugiesisch.
Arbeitskollektive und sowjetische Demokratie. Autorenkollektiv.
In Spanisch.
E. M. TSCHECHARIN.
Das sowjetische politische System im entwickelten Sozialismus.
In Japanisch.

Bestellen und erwerben können Sie diese und viele andere Ausgaben über Firmen Ihres Landes, die in Geschäftsbeziehungen zu V/O „Meshdunarodnaja kniga“ stehen.

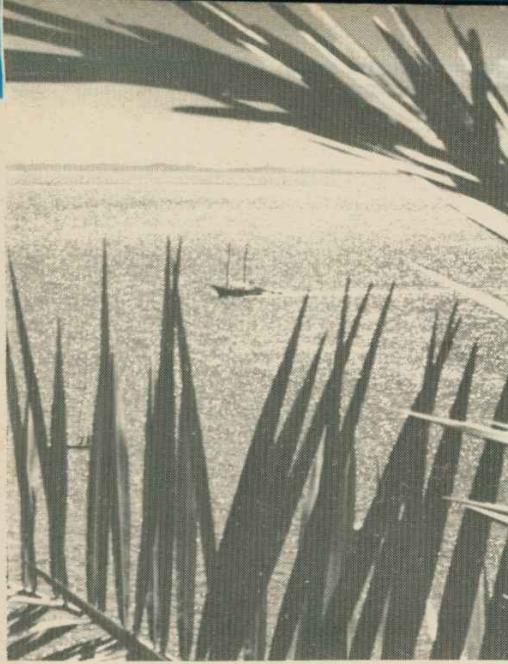


Adresse: UdSSR, Moskau 121200

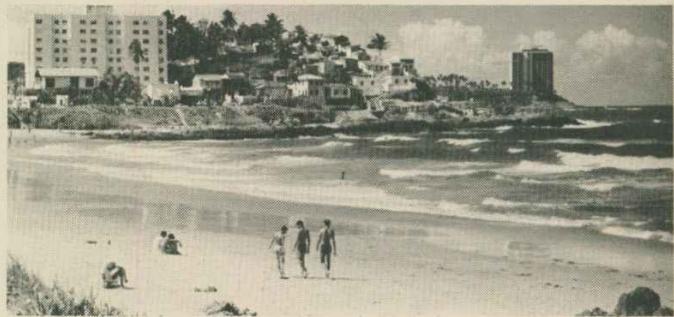
Smolenskaja-Sennaja 32/34

Ruf: 244-10-22

Telex: 411160



Salvador, eine Stadt am Meer



Im Objektiv: BRASILIEN

Brasilien ist das größte Land Lateinamerikas und eins von den größten der Welt, größer sind nur die UdSSR, die VR China, Kanada und die USA. Schon jetzt hat es rund 119 Millionen Einwohner. Es besitzt alles für eine moderne Industrie und vielseitige Landwirtschaft. Die industrielle Entwicklung beruht auf den reichen Rohstoffquellen und auf der Ausweitung des Markts für Produktionsmittel sowie darauf, daß das nationale Kapital seine Positionen verstärkt. In der Wirtschaft beginnt ein staatskapitalistischer Sektor eine wichtige Rolle zu spielen.

Das arbeitsame, begabte Volk hat viele Städte und Industriezentren entstehen lassen. In letzter Zeit hat sich das Aussehen Brasiliens sehr verändert. Es sind hochmoderne Baukomplexe in Brasilia, der neuen Landeshauptstadt, entstanden. Ferner Wolkenkratzer und Viadukte in der Industriestadt São Paulo.

Aber es bestehen hier nebeneinander noch ältere Jahrhunderte und das jetzige. Ein Beispiel ist die Stadt Salvador, eine der ältesten in Südamerika. Früher kamen über ihren Hafen afrikanische Negersklaven nach der westlichen Halbkugel. Der bekannte brasilianische Schriftsteller Jorge Amado hat Salvador eine „aus dem Meer geborene und auf den Berg gestie-

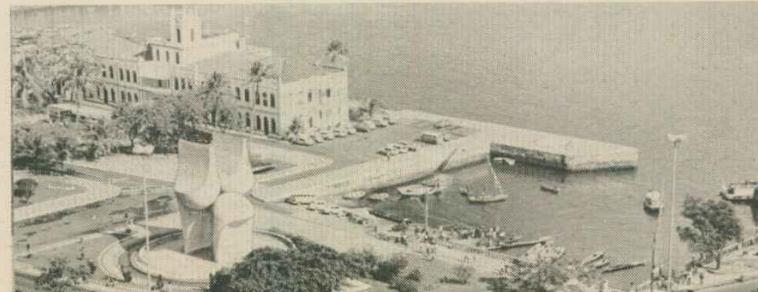


Die städtischen Autobahnen führen durch viele Tunnels



Bauarbeiter in Salvador

gene Stadt“ genannt. Sie wurde von den Portugiesen im Jahre 1549 gegründet, ist 18 Jahre älter als Rio de Janeiro und war bis 1763 die Hauptstadt Brasiliens. Jetzt ist es die Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Bahia.



Die sogenannte Untere Stadt: der Hafen und das Geschäftsviertel



So sieht es in den Arbeitervierteln aus



Die Einwohner bemalen gern die Mauern ihrer Häuser